

Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

29. Jahrgang

Nov. 1936

Heft 11

Wirtschaftsauffassung und Betriebswirtschaft

Von Prof. Dr. WALTER THOMS, Heidelberg

Kreiswirtschaftsberater der NSDAP., Kreis Mannheim

Die Aufgaben des Betriebes sind nicht zu suchen in der Erreichung der höchstmöglichen Rentabilität, sondern sind abzuleiten aus den Gegenwartsaufgaben, die dem Volke gestellt sind. Die Betriebsführung muß von der Lebensart des Volkes ihre Aufgaben ableiten; sie muß artgemäß sein. Die Betriebsführung muß aus dem völkischen Lebensraum ihre Aufgaben ableiten; sie muß raumgemäß sein. Die Betriebsführung muß aus der Gegenwart der politischen Lage ihre Aufgaben ableiten; sie muß zeitgemäß sein.

I. Die alte Denkform: Die Vormachtstellung der Rentabilität

Die kapitalistische Wirtschaftsauffassung sieht in der Erzielung des höchstmöglichen Gewinnes die einzige Aufgabe der Betriebswirtschaft. Die Betriebsführung wird allein von dem Gewinnstreben geleitet. Von ihm leitet sie auch ihre Aufgaben im einzelnen und die Maßnahmen und Einrichtungen zu deren Lösung ab. Es ist für Kapitalisten eine allgemein anerkannte und gültige Tatsache, daß der Gewinn einziger Ausdruck des erfolgreichen Betriebslebens ist.

Um die Gewinnhöhe messen und beurteilen zu können, wird die Gewinnsumme zur Kapitalsumme in Beziehung gesetzt und dieses Verhältnis in einer Prozentzahl ausgedrückt. Durch diese Rechenoperation wird die „Rentabilität des Betriebes“ festgestellt, die als objektiver Maßstab für die Beurteilung der Wirtschaftsführung in den Betrieben allgemein angesehen wird.

Die Rentabilität gilt als feste und sichere Beurteilungsbasis. Alle Betriebserscheinungen und Betriebsmaßnahmen werden nach der Art ihrer Beeinflussung der Rentabilität bewertet und gestaltet.

Die unterschiedliche Höhe der Rentabilität in den einzelnen Betrieben und Zeitabschnitten wird gleichgesetzt mit dem Gütegrad der Betriebsführung.

Die unbedingte Notwendigkeit, daß zur geordneten und ziel-sicheren Betriebsführung gerechnet werden muß, darf nicht dazu verleiten, allein aus der Art und Weise rechnerischer Zusammenhänge und deren Veränderungen die Aufgaben der Betriebsführung abzuleiten. Solches Denken führt dahin, als einzige Aufgabe der Betriebsführung das Streben nach höchster Rentabilität zu proklamieren. Die Entfaltung des Betriebes erfolgt dann nur im Sinne kalkulatorischer Behandlung von Rentabilitätsfaktoren.

Das Rentabilitätsdenken kann aber dem lebensvollen Ganzen des Betriebes nicht gerecht werden; denn es erfäßt im günstigsten Falle nur das Meßbare. Wenn es auch hier recht weit geht und mitunter selbst moralische Schwächen und gesetzliche Überschreitungen einkalkuliert, bleiben viele Faktoren, die auf die „Rentabilität“ von Einfluß sind, unbeachtet. Arbeitsunlust

und Schaffensfreude sind niemals durch das Netz rechnerischer Operationen einzufangen. Die Rentabilitätsrechnung läßt vieles Bedeutsame für Wertung und Planung unbeachtet. Sie vermittelt nur nachträglich ein rechenhaftes und daher lückenhaftes Betriebsbild, das der Betriebsführung nicht die vollständigen Unterlagen für ihre Aufgabensetzung liefern kann.

Das Rentabilitätsdenken ist reines Nützlichkeitsdenken, das bei seiner Vormachtstellung dahin führt, das Leben der Rentenrechnung unterzuordnen und ihr dienstbar zu machen. Es entspringt der individualistischen Vorstellungswelt.

Bei seiner Herrschaft kann der Betrieb im günstigsten Falle gesteuert sein vom Eigennutz der Einzelwirtschaft, der sich aber genau so verhängnisvoll auswirkt wie der Eigennutz des Individuums.

Das Rentabilitätsdenken ist liberalistisches Denken. Es kennt keine Bindungen, weder völkische noch nationale, weder sittliche noch religiöse, weder soziale noch wirtschaftliche. Es kennt nur die Schaffung aller Voraussetzungen für den höchsten Grad der Rentabilität. Die Rentabilität ist auf diese Weise wohl Mittelpunkt aller kalkulatorischen Überlegungen und dispositiven Maßnahmen, aber nicht bindende Mitte des Betriebsraumes; denn sie ist immer nur zugeordnet dem im Betriebe investierten Kapital eines ganz bestimmten Interesses. Durch diese Haltung wird der Mensch der Bewirtschaftung durch das Kapital unterworfen.

Das Rentabilitätsdenken ist der Ausdruck individualistisch-liberalistisch-kapitalistischer Wirtschaft¹⁾.

Das Brauchbare und Wertvolle einer Betriebsrechnung soll und kann nicht über Bord geworfen werden. Im Gegenteil. Um die Durchführung der dem Betriebe gestellten Aufgaben in Bezug auf ihren Aufwand und Ertrag beobachten und beurteilen zu können, wird das betriebliche Rechnungswesen dringend gebraucht. Es ist das Instrument der Betriebsführung, das ihr hilft, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. Es dient aber nicht einzig zur Berechnung der Rentabilität, sondern zur Unterstützung der Aufgabenlösung. Die Aufgaben des Betriebes aber sind nicht zu suchen in der Erreichung der höchstmöglichen Rentabilität, sondern sind abzuleiten aus den Gegenwartsaufgaben, die dem Volke gestellt sind.

Aus dem ausschließlichen Rentabilitätsstreben im Raume des Betriebes heraus entwickelt sich eine „eigentümliche Geistes- und Willenshaltung“, die wir mit Kapitalismus bezeichnen. Bernhard Köhler, der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. kennzeichnet sie treffend, wenn er von ihr sagt, daß sie „in der Bildung von Kapital den letzten Sinn der gewerblichen Tätigkeit sah, die die Erhaltung und Vergrößerung des Vermögens als innersten Lebenszweck und volle Lebenserfüllung der Menschen ansehen konnte, und die schließlich damit enden mußte, die Sicherung des Vermögens

¹⁾ Thoms, Rentabilitäts- und Leistungsdenken. Der Wirtschaftstreuhänder, 4. Jahrgang (1935) Heft 5, S. 97 ff.

als wichtigste Pflicht zu empfinden, weil sowohl das eigene Leben als auch das Leben des Volkes von dieser Sicherung unentrinnbar abhängig zu sein schien. Der Marxismus hat gegenüber dieser Geistes- und Willenshaltung nichts anderes getan, als sie anzuerkennen, ja sogar sie zu unterstreichen und zu fördern und lediglich danach zu streben, daß an Stelle einzelner Priester dieses Aberglaubens eine unpersönliche Kulturgemeinde, die kommunistischen Götzenanbeter des Kapitalismus träten.

Er hat sich in keiner Weise gegen die Herrschaft des Kapitals über den Menschen empört, sondern lediglich eine andere Inhaberschaft dieser Herrschaft gefordert.

Erst der vollkommene Bruch mit dem materialistischen Aberglauben und die Besinnung auf die sittlichen Untergründe des menschlichen und völkischen Lebens hat die Enthronung des Kapitals und die Beseitigung des Kapitalismus eingeleitet²⁾."

II. Der entscheidende Umbruch: Volk als einziger Lebensgrund

Das Streben nach höchster Rentabilität ist nicht die Aufgabe der Betriebswirtschaft. Ihre Anerkennung als Betriebsaufgabe ist die Anerkennung des Vorrangs des Kapitals und die Beibehaltung des Kapitalismus als jene „eigentümliche Geistes- und Willenshaltung“ und damit die Anerkennung der Wirtschaft als selbständigen Wirtschaftskörper, der neben dem Volkskörper ein Sonderdasein nach eigenen Gesetzen führt.

Die Rentabilität könnte vielleicht der Ausdruck einer Bedingung sein, unter der bestimmte Aufgaben durchzuführen sind. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß der Rentabilitätsbegriff in seiner gedanklichen Verankerung zutiefst mit der individualistischen Vorstellungswelt verbunden ist. Man kann ihn schlecht aus dieser Verflechtung herausreißen und als Baustein einem neuen Gedankengebäude zuführen.

Die Versuche, dem Rentabilitätsbegriff einen neuen Verputz zu geben, ändern nichts. Bei solchem Bemühen ist nur zu leicht die Beobachtung zu machen, daß alter Wein in neue Schläuche gegossen wird. Behält der Rentabilitätsbegriff die monopolistische Stellung in der wirtschaftswissenschaftlichen Dogmatik, dann bleibt die Wirtschaftswissenschaft in der individualistischen Gedankenwelt stecken. Sie bleibt liberalistisch-kapitalistisch.

Das Leben eines Menschen und Volkes wird nicht ausgefüllt durch das Streben nach einem Rentnerdasein. Es ist ein Irrglaube, das anzunehmen, ebenso aber auch die Möglichkeit der Erreichung eines solchen Zieles. Der Rentner steht am Ende seines Lebens und erwartet den Tod. Ein Rentnervolk gibt seinen Lebenswillen auf; denn es hat keine Aufgaben mehr zu erfüllen. Wer aber ewig leben will, kann nicht ohne Aufgabe sein.

„Die Besinnung auf die sittlichen Untergründe des menschlichen und völkischen Lebens“ stellt auch der Betriebsführung die Aufgaben für den Marsch des Volkes in seine bessere Zukunft, den es unter der Führung *Adolf Hitlers* angetreten hat.

Durch die nationalsozialistische Revolution ist der Kampf gegen den Individualismus eingeleitet mit dem Ziel der Verwirklichung der deutschen Volksgemeinschaft. Durch diese Zielsetzung ist ein neues Zeitalter angebrochen, in dem sich eine vollständige Umformung des völkischen Lebens in seinen Erscheinungsformen vollzieht.

Die völkische Erneuerung kann nicht durch Wirtschaftsmaßnahmen oder gar betriebliche Richtlinien durchgeführt werden.

²⁾ *Köhler, Bernhard*, Das Recht auf Arbeit als Wirtschaftsprinzip. Berlin 1934. S. 8/9.

Sie ist eine sittliche Forderung und erwächst aus der Urkraft des Volkes. Sie erfordert von jedem Volksgenossen Haltung und Handlung als Glied der Gemeinschaft des ewigen deutschen Volkes.

Das Leben eines Volkes hat eine Fülle von Aufgaben zu erfüllen; diese werden in Gemeinschaftsarbeit durchgeführt. Der einzelne kann immer nur „seine“ Arbeit verrichten, weil er Glied einer Gemeinschaft ist.

Alle Gemeinschaften erhalten dadurch ihren letzten Sinn, daß sie vom Leben des Volkes ihre Sonderaufgaben ableiten. Alles Wirken der Gemeinschaften ist das Leben des Volkes selbst. Sie dienen der Ewigkeit des Volkes durch das Streben, der Lebenskraft die besten Voraussetzungen und günstigsten Bedingungen zu schaffen. Aus der völkischen Substanz heraus wächst die Gestaltungskraft für die Gemeinschaftsformen.

III. Die neue Lebensformen: Die Betriebsgemeinschaft als Leistungsgemeinschaft

Die wirtschaftlichen Aufgaben erfüllt das Volk in seinen Betrieben. Sie sind die dafür geschaffenen Formen. Es wäre aber ein Verkennen des Inhalts der tatsächlichen Lebensverhältnisse, wollte man zur Erfassung des ganzen Betriebsraumes nur ökonomische Maßstäbe anlegen.

Die Betriebe sind die Arbeitsstätten der schaffenden Volksgenossen. In der Arbeit sieht der deutsche Mensch den Sinn seines Lebens. Die Art und Weise der Betriebsführung ist darum entscheidend für den Lebensinhalt des deutschen Menschen. Sie kennzeichnet die gestaltende Kraft und bestimmt Lebensart und Lebensstand des schaffenden Volksgenossen. Wie jede Erscheinungsform des Lebens, so muß auch der Betrieb als eine ganz bestimmte Lebensform durch die völkische Substanz gestaltet sein.

Sollen die Betriebe die lebensvolle Einheit sein, in denen das Volk seinen wirtschaftlichen Aufgaben nachgeht, und wollen die Betriebe von der lebendigen Kraft erfüllt sein, dann müssen die Betriebe ihre Aufgaben von der Not und Hoffnung des Volkes ableiten und diese in Gemeinschaftsarbeit lösen.

Die Betriebsgemeinschaft ist die notwendige Voraussetzung, um die volksgemäßen Aufgaben zu übernehmen und zu lösen. Nur die Gemeinschaft kennt Führung und Verantwortung, Leistung und Anerkennung. Mit dem Wachsen der Betriebsgemeinschaften entstehen die Volksbetriebe.

Die Betriebsgemeinschaft ist durch das individualistische Denken zerstört. Der Individualismus kennt keine gemeinschaftsmäßige Bindung. Im Betriebe erfolgt die Auflösung der Gemeinschaft derart, daß im Rahmen der Rentabilitätsrechnung der Mensch nur als Kostenfaktor angesetzt und behandelt wird. Nur die Kostenbedingtheit des Leistungseinsatzes wird beurteilt, nicht die lebendige Kraft des schaffenden Gliedes der Gemeinschaft.

Der individualistische Rentabilitätsbegriff ist ungeeignet als Mitte der Betriebsgemeinschaft. Er steht dieser direkt hindernd im Wege. Die Betriebsmitte muß wo anders gefunden werden. Sie liegt in dem gemeinsam zu schaffenden Werk als Volksaufgabe.

Die Betriebsleistung — als Arbeit und Ergebnis — bildet die sinnvolle Verbindung aller Glieder der Betriebsgemeinschaft. So bestimmt auch das Gesetz zum Schutze der nationalen

Arbeit, daß Führer und Gefolgschaft gemeinsam arbeiten zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.

Die Betriebsgemeinschaft ist eine Leistungsgemeinschaft. Die Betriebsarbeit ist ein Frontabschnitt im Lebenskampfe des Volkes. Aus diesem Kampferlebnis heraus muß die Betriebsführung ihre Gesetze ableiten. Der Betriebsmann steht mit seinen Kameraden in der Arbeitsfront. Er kämpft für das tägliche Brot seines Volkes. Sein Einsatz wird geleitet von der Treue zu seinem Volk.

Das Betriebsleben ist der ewige Kampf des Volkes um seine Existenz, der täglich und unerbittlich geführt wird. Die Glieder der Betriebsgemeinschaft sind die Soldaten der Arbeit. Das gemeinsame Kämpfen muß zum gemeinsamen Bewußtsein und Erlebnis werden. Aus ihm erwächst das Gefühl der Zusammengehörigkeit, die Kameradschaft, der Betriebsgeist als Ausdruck der Gemeinschaft. Die Betriebsgemeinschaft ist Schicksalsgemeinschaft.

Aus dem neuen Lebensgefühl, das in die Betriebe einzieht, erwächst der Betriebssozialismus, der gekennzeichnet ist durch die gleiche Ehre aller Glieder der Gemeinschaft und ihre gegenseitige Treue. Durch die Verwirklichung der Betriebsgemeinschaft wird der Betrieb zu einer völkischen Lebensform, die vom nationalsozialistischen Weltbild geprägt wird. Dadurch wird der Betrieb in den Stand gesetzt, die Aufgaben zu erfüllen, die das Volk dem Betrieb stellt.

IV. Die sinnvolle Aufgabenstellung: Lebensart, Lebensraum, Lebensgegenwert

Träger der Betriebsleistung ist die Betriebsgemeinschaft. Diese aber lebt in und von der Volksgemeinschaft, der ein ganz bestimmter Lebensraum zugewiesen ist. Lebensart und Lebensraum stellen der Betriebsführung die Aufgaben, die durch die Leistungen der Betriebsgemeinschaft durchzuführen sind.

Die Betriebsführung muß von der Lebensart des Volkes ihre Aufgaben ableiten. Diese wird bestimmt durch die sich daraus ergebende Folgerung: Erhaltung der Lebenskraft. Daraus ergibt sich, daß die Betriebe in ihrem Aufbau und Ablauf den Lebensgesetzen des Volkes entsprechen müssen. Die Betriebe müssen artgemäß sein.

Die völkische Substanz darf durch die Organisation der Betriebe nicht geschädigt werden, sie muß vielmehr in erster Linie bestimmend sein für die Art der Gestaltung. Frauen- und Kinderarbeit, Über- und Nachtstunden, Lohnformen und Anlernmethoden erfahren von hier aus ihre Beurteilung. Die natürlichen Lebensansprüche des Volkes sind durch die Betriebe zu befriedigen. Sie müssen das erzeugen, was das Volk zu seinem artgemäßen Leben braucht. Der Lebensstil bestimmt Produktion und Konsum.

Das Brauchtum stellt ganz bestimmte Forderungen an die Betriebe, wie umgekehrt diese eine Förderung des Brauchtums ermöglichen. Die Sonderart des deutschen Menschen verlangt nach Entfaltung seiner seelischen Kräfte auch in der Betriebsarbeit und damit in der Betriebsgemeinschaft. Mit dem Pfiff in der Fabrik beginnt und endet nicht „Betriebsgemeinschaft pro Tag“. Sie ist eine Lebensgemeinschaft.

Wenn also Ordnung und Anordnung diesen Voraussetzungen entsprechen sollen, dann ist notwendig, daß der deutsche Arbeitsmensch in seiner Art sich entfalten kann.

Für die schöpferische Kraft und die restlose Hingabe an das Werk ist genügend Spielraum zu schaffen, und die Organi-

sation ist so durchzuführen, daß jeder seiner Leistungsfähigkeit entsprechend wirken kann, und daß die Leistungsanerkennung und Leistungsvergütung so geregelt sind, daß die Mitglieder der Leistungsgemeinschaft einmal das Gefühl der gerechten Behandlung und zum andern eine Einkommenshöhe erreichen, um als deutsche Menschen leben zu können.

Die Lebensäußerungen des Betriebes dürfen in keiner Weise das Rechtsempfinden, den gesunden völkischen Instinkt verletzen, sonst stellen sich Störungen im Betriebsablauf ein. Die volkhafte Gestaltung und Planung, der kämpferische Einsatz und Wagemut erfordern ein artgemäßes Führertum.

Jeder Betrieb ist hineingestellt in einen bestimmten Raum; das ist der Lebensraum des Volkes, sein Boden. Daraus ergibt sich die zweite Aufgabe für die Betriebsführung. Die Betriebsführung muß aus dem völkischen Lebensraum ihre Aufgaben ableiten; sie muß raumgemäß sein.

Der Lebensraum unseres Volkes ist klein. Durch die Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsweise des Liberalismus ist die Bodenständigkeit unserer Wirtschaft verloren gegangen. Dadurch ist unser Volk in eine verantwortungslose Abhängigkeit gegenüber andern Volkswirtschaften geraten, die einfach untragbar ist. Eine Umstellung unserer Wirtschaftspolitik auf die Dauer wird sichergestellt, wenn jeder Betrieb bei seinen Entscheidungen von den natürlichen Voraussetzungen und Bedingungen des Volksraumes ausgeht, damit die bodenständigen Grundlagen der Wirtschaft nicht verzerrt, sondern erweitert werden.

Wir verfügen nicht über große Rohstoffvorkommen. Unser Reichtum liegt nicht im Material, sondern in der Arbeitskraft. Diese Tatsache sollte jedem Betriebsführer bei allen betrieblichen Maßnahmen als Richtungsweiser vorschweben. Es ist daher ein Verbrechen, den Menschen durch Material zu verdrängen.

Ein Umdenken im Verhältnis von Material- und Lohnkosten wird hier erst die entscheidende Wendung der Betriebswirtschaft einleiten. Die Gleichordnung von Material und Lohn ist ein typisches Merkmal liberalistischer Wirtschaftsauffassung. Sie ergibt sich mit logischer Folgerichtigkeit aus dem Rentabilitätsdenken. Man geht von der Fiktion aus, allein in der Rentabilität einen brauchbaren Maßstab für eine „erfolgreiche“ Betriebswirtschaft berechnen zu können. Ein Erfolg aller Einrichtungen kann immer nur im Hinblick auf das Leben des Volkes festgestellt werden. So auch im Betrieb. Eins sollte doch die Not der Zeit auch gelehrt haben, daß der Wohlstand des Volkes der „beste Rentabilitätsfaktor“ der Betriebe ist.

Die Umkehr im kalkulatorischen Denken wird nicht leicht fallen. Sie ist aber die notwendige Voraussetzung zur Erreichung der Rohstofffreiheit durch Bodenständigkeit. Der Ausbau unserer eigenen Rohstoffversorgung stellt der Führung aller Betriebe eine Fülle von Aufgaben gewaltigen Ausmaßes.

So leben die Betriebe in einer bestimmten Zeit. Die Aufgaben der Gegenwart sind ihnen zu lösen gestellt. Die Mannigfaltigkeit und Ausdehnung der Aufgaben ist nicht zu übersehen in einem Zeitpunkt, in dem zwei Welten sich scheiden.

Die Stärke des Lebenswillens des Volkes entscheidet über die Entfaltung seiner Formen zur Durchführung der Aufgaben, die durch die politischen Tatsachen gegeben sind.

Die Betriebsführung muß aus der Gegenwart der politischen Lage ihre Aufgaben ableiten; sie muß zeitgemäß sein.

Das erfordert andererseits, daß sie sich auch der zeitgemäßen Mittel, der modernen Technik, bedient.

Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP., Dr. Robert Ley, ging in einer großen Rede am 28. November 1933 über die Organisation „Kraft durch Freude“ davon aus, „daß wir in der nächsten Zukunft wahrscheinlich gezwungen sein werden, aus Konkurrenzgründen das Arbeitstempo, die Arbeitsmethoden, die Mechanisierung und Rationalisierung bestimmter Industrien noch weiter zu erhöhen, daß wir aber gleichzeitig, um die Menschen überhaupt zu erhalten, die Arbeitszeit verkürzen müßten“.

Unsere Betriebe müssen rationell sein, wenn sie die Lebensgrundlagen eines großen und freien Volkes sein sollen, und wenn dieses Volk durch einen sinnvollen Gütertausch in einem edleren Wettbewerb mit andern Völkern leben will. Der Inhalt des Begriffs „rationell“ — vernünftig, verständig, klug, ordentlich, ordnungsmäßig — ist durch die Rentabilität, der ultima ratio aller wirtschaftlichen Einsicht des Liberalismus, verfälscht. Der Mißbrauch mit diesem Begriff fand auf der entscheidenden Ebene von Mensch und Arbeit statt. Unter dem Begriff „Rationalisierung“ wurde das widersinnige Verhältnis von Mensch und Maschine, das auf eine lange geschichtliche Entwicklung zurückblicken kann, auf den Höhepunkt getrieben und dadurch der höchste Grad der Zerstörung wirklicher Lebensverhältnisse erreicht.

V. Der verantwortliche Erfüller: Wagender Unternehmer der sozialistischen Wirtschaft

Eine Betriebsführung, die sich nur leiten läßt von der Meßbarkeit des Gewinnes, der Berechenbarkeit der Rentabilität und der Sicherheit der Kapitalanlage ist nicht fähig, die ureigensten Aufgaben des Betriebes zu erfüllen. Sie verwandelt alle Lebensvorgänge in Rentabilitätsfaktoren. Auch der Vorwand, auf

diesem Wege eine vorsichtige Betriebsführung zu erreichen, um die Arbeitsstätten der schaffenden Volksgenossen zu erhalten, läßt das alte Denkmodell unverändert. Der Mensch bleibt Rentabilitätsfaktor, neben vielen andern, über- und untergeordneten Faktoren. Solche Haltung steht im Widerspruch zum Volk und hat nichts verspürt von dem großen Erlebnis unserer Zeit. Sie wird aber auch nicht von Bestand sein; denn aus dem großen Gemeinschaftserlebnis heraus wächst die Front der Kämpfer, die die Aufgabenstellung kennen und bereit sind, die besten Kräfte für die Lösung dieser Aufgabe einzusetzen.

Diese Aufgaben kann man nicht durch Messen lösen, sondern durch Verantwortung. Planung und Wagnis müssen gesteuert sein durch das Wissen um die Not des Volkes und die grenzenlose Hingabe zu ihm. Dann entspricht die Betriebsführung dem Volksempfinden und liegt in der Richtung des politischen Führerwillens. Solcher Einsatz hält Führer und Gefolgschaft in Kameradschaft zusammen. Dort regieren dann Ehre und Treue und nicht Tarifverträge.

Die Regeln der Betriebsführung müssen herauswachsen aus dem seelischen Zentrum des Volkslebens. Blut und Boden sind die unverrückbaren Gegebenheiten, Rasse und Raum stellen die Aufgaben, Arbeit und Brot sind das Ziel³⁾. Das Betriebsleben ist der Ausdruck des Seelenlebens eines Volkes.

Die Gestaltung der betrieblichen Erscheinungsformen erfolgt durch die Art der Betriebsführer. Die nationalsozialistische Revolution hat dem Unternehmen den Standort erobert und die politischen Voraussetzungen wahrer Betriebsführung geschaffen. Der Unternehmer hat nur die eroberte Stellung zu beziehen und sich dort einzurichten. Er muß allerdings die neue Welt in sich aufnehmen, die Adolf Hitler schuf aus dem Lebenszentrum unseres Volkstums und mitarbeiten an der Schaffung unserer sozialistischen Wirtschaft. [2968]

³⁾ Vgl. ausführlicher Thoms, Grundlagen der Betriebsgestaltung, Berlin 1936.

Deutscher Flachs-anbau in den Jahren 1933 bis 1936

Der Anbau von Flachs wurde in Deutschland in den Jahren vor der nationalsozialistischen Revolution stark vernachlässigt. Die deutsche Leinenindustrie war hinsichtlich der Beschaffung dieses ihres wichtigsten Rohstoffes fast ausschließlich auf den Bezug von ausländischer Ware angewiesen, da aus der inländischen Flachserzeugung nur unbedeutende Mengen zur Verfügung standen. In den Jahren 1883 bis 1933 ist die deutsche Flachs-anbaufäche von 108 300 ha auf rd. 4900 ha zurückgegangen. Nach der Revolution trat auch auf diesem Erzeugungsgebiet ein grundlegender Wandel ein, der allein schon durch die Devisenlage bedingt war. Der Anbau von Flachs in Deutschland wurde durch Einführung eines für die verschiedenen Qualitäten gestaffelten Prämiensystems derart gefördert, daß der Ernteertrag von Jahr zu Jahr stark gesteigert werden konnte. Die Erntevorschätzung für das laufende Jahr lautet derart günstig, daß damit gerechnet wird, daß der Bedarf der Leinenindustrie im Wirtschaftsjahr 1936/37 bereits aus der heimischen Erzeugung gedeckt werden kann.

Seit dem Jahre 1933 ist der Anbau von Flachs in Deutschland von 4889 auf 40 595 ha gesteigert worden. Unter Be-

rücksichtigung der kürzlich vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ziffern über die Vorschätzung der diesjährigen deutschen Flachsernte ergibt sich für die letzten Jahre das in Zahlentafel 1 dargestellte Bild.

Einer Forderung der Leinenindustrie, die eng mit dem Problem der Steigerung des Anbaus von deutschem Flachs zusammenhängt, ist in den letzten Jahren bereits in weitgehendem Umfang Rechnung getragen worden. Es ist dies die Erweiterung der Zahl der in Deutschland bestehenden Flachs-röstanstalten, die den Rohflachs nach der Ernte zur weiteren Verarbeitung übernehmen. Diese Anstalten befanden sich früher zum allergrößten Teil in Ostdeutschland; ein Transport der in West-, Mittel- und Süddeutschland geernteten Flachsmengen nach diesen Aufarbeitungsanstalten hätte sich zu teuer gestaltet; infolgedessen hat die Leinenindustrie bereits zu Beginn der Durchführung des erweiterten Flachs-anbauprogramms darauf hingewiesen, daß, nur wenn es gelingt, in diesen zu den ostdeutschen Röstanstalten sehr frach-tungünstig gelegenen Bezirken eigene Ausarbeitungsbetriebe ins Leben zu rufen, eine erhebliche Steigerung des Flachs-anbaus mit dauerndem Erfolg erwartet werden kann. Der Ausbau und die Neuerrichtung von Flachs-röstanstalten haben in den letzten Jahren in allen in Frage kommenden Produktionsgebieten des Reiches derartige Fortschritte gemacht, daß die Verarbeitung der in diesem Jahr zu erwartenden stark erhöhten Flachsernte keinen Schwierigkeiten begegnen wird.

Somit hat Deutschland auch auf diesem wichtigen Teilgebiet seiner Rohstoffversorgung infolge der weitsichtigen Produktionspolitik, die es betrieben hat, seine Unabhängigkeit wieder-erlangt. Es hat damit nicht nur seine Volkswirtschaft ge-stärkt, sondern es hat durch die Erweiterung der Anlagen zur Verarbeitung der Flachserntemengen auch dafür Sorge getragen, daß eine große Anzahl von Arbeitskräften neu in diese Betriebe eingestellt werden konnte. K [2948]

Zahlentafel 1
Entwicklung der Flachserzeugung in Deutschland

Jahr	in Rohstengelflachs		in Leinsamen	
	t	dz/ha	t	dz/ha
1933	15 574	32,6	3 168	6,5
1934	26 857	30,6	6 334	7,2
1935	68 788	30,9	16 623	7,5
1936 (Schätzung)	150 200	35,7	32 400	7,7

Die Braunkohlenwirtschaft der Welt und Deutschlands 1935

Von Dr. jur. HELLMUT BAUER, Köln

Die Braunkohle ist die typisch „deutsche“ Kohle. Von der augenblicklichen Weltförderung entfallen $\frac{3}{4}$ auf Deutschland, wenn auch die größten Lager in Nordamerika sind. Die deutschen Arbeiten in Erforschung, Förderung und Verwendung der Braunkohle sind also Pionierarbeiten für die spätere Erschließung der Weltlager. Die Braunkohle selbst schiebt sich in Deutschland infolge der Möglichkeit ihrer billigen Förderung und ihrer entsprechenden Verwendung zur Elektrizitätserzeugung wie in chemischer Verarbeitung, aber auch in Form des bequemen und billigen Hausbrandmittels, des Briketts, nach dem Weltkrieg stark in den Vordergrund, allerdings auch nur als typisch deutsche Entwicklung. Die Organisation des Absatzmarktes innerhalb der Braunkohlenwirtschaft ist außerordentlich stark fortgeschritten. Das Problem der Bewirtschaftung besteht augenblicklich mehr darin, mit der Steinkohle einen Ausgleich zu finden. In der Braunkohle ist seit kurzem eine Entwicklung zu beobachten, die stärker zur Verwendung der Braunkohle als Rohstoff denn als Heizstoff hinstrebt und in der Bildung der Pflichtgemeinschaft der Braunkohlenwirtschaft zur Treibstoffherstellung zunächst einen Gipfelpunkt findet. Die deutschen Versuche auf Verwendung dieser billig zu fördernden Kohle zur Treibstoffherstellung werden im Ausland aufmerksam beobachtet und nachgeahmt.

Braunkohlenförderung und Weltkohlenwirtschaft

Ein Zeichen der sich wieder aufwärts entwickelnden Weltwirtschaft ist die Entwicklung der Weltkohlenförderung. Die Kohlenförderung der Welt hat 1935 insgesamt 1316 Mill. t betragen und damit über 37 Mill. t = fast 3 % mehr als 1934. An dieser Steigerung der Förderung sind sowohl Steinkohle als auch Braunkohle beteiligt. Es ist aber interessant, daß sich der Anteil an der Gesamtförderung von 15 % im Jahre 1934 auf 15,6 % im Jahre 1935 zugunsten der Braunkohle verschoben hat, die damit ihren bisher höchsten Anteilsatz erreichte, nachdem seit 1928 ihr Anteil an der Weltkohlenförderung zwischen 14 und 15 % lag, während z. B. 1913 das Verhältnis 90 : 10 war.

Die Braunkohle hat sich also in den vergangenen acht Jahren mehr in den Vordergrund geschoben, und zwar hauptsächlich durch die Möglichkeit ihrer stärkeren Verwendung als Rohstoff, während die Heizstoffverwendung, die ja hauptsächlich auf dem Hausbrand beruht, im wesentlichen gleich blieb. Das bedeutet nicht, daß die Steinkohle als weit höherwertige Kohle zurückträte, das gilt höchstens für vereinzelte Gebiete, wie etwa die Stromerzeugung in Deutschland. Nur gibt die billigere Gesteigungsmöglichkeit der ja hauptsächlich im Tagebau geförderten Braunkohle dieser — mancherlei Ansprüchen der augenblicklichen Wirtschaftslage entsprechend — eine im Augenblick gehobene Bedeutung, während auf die Dauer und im großen gesehen die Steinkohle auch in Zukunft ihre grundlegende Rolle als wichtigster Rohstoff weiterspielt.

Für Deutschland ist diese Entwicklung insofern bedeutungsvoll, als Deutschland das bei weitem wichtigste Produktionsland der Welt ist, das fast $\frac{3}{4}$ der Weltbraunkohlenförderung stellt. Bedingt wird dies durch die günstigen und verhältnismäßig großen Braunkohlenlager, die nach den neuesten Forschungen der Geologischen Landesanstalt im Jahre 1934/35 eine weitere, mehrhundertjährige Ausbeute

nach den bisherigen Förderziffern erwarten lassen. Den deutschen Braunkohlenlagern kommt in Europa kein anderes Land gleich; selbst die bisher günstigsten Schätzungen für Polen, die Tschechoslowakei und Rußland zeigen, daß die dortigen Vorräte weit geringer sind als die deutschen. Nur in Amerika, und zwar sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Kanada, sind allerdings Lager vorhanden, die in ihrem Umfang die deutschen so weit übertreffen, daß Vergleiche kaum noch am Platze sind. Darüber hinaus sind bedeutendere Lager bisher nur festgestellt in Ozeanien, und zwar sowohl in Australien als auch in Neuseeland und auf Holländisch-Indien. Die asiatischen Vorräte in Sibirien, Britisch-Indien, China (Mandschurei) und Japan sind gegenüber den vorstehend genannten geringer und betragen bestenfalls nach den bisherigen Feststellungen etwa 16 Mrd. t.

Afrika zeigt bisher nur verhältnismäßig kleine Lager im Kongobecken. Einen Vergleich über Vorräte und bisherige Ausnutzung ermöglicht die Zahlentafel 1:

Zahlentafel 1. Die Braunkohlenvorräte der Welt (in Mill. t)

Länder	Braunkohlenvorräte ¹⁾		Braunkohlenförderung	
	sichere	sichere und wahrscheinliche	bisherige jährliche Höchstförderung	1935
Europa				
Deutschland	28 837	56 758	174	147
Tschechoslowakei	3 097	12 393	22	15
Jugoslawien	2 088	4 679	5,2	3,9
Frankreich	1 614	1 614	1,2	0,9
Polen	973	17 326	0,08	0,02
Rumänien	717	2 747	2,8	1,6
Österreich	608	2 938	3,5	2,9
Spanien	394	767	0,4	0,3
Rußland	350	5 940	14,6	14,6
Bulgarien	358	3 860	1,6	1,5
Ungarn	176	1 604	7	6,7
Italien	49	181	1,2	0,7
Amerika				
USA	852 317 ²⁾	1 863 452	2,6	2,2
Kanada	349 247	860 438	3,6	3,2
Ozeanien				
Australien	10 981	32 663	2,7	2,7
Neuseeland	387	1 503	1,2	1,2
Welt	2 886 869		352	205

¹⁾ Bericht des Reichskohlenrates 1935.

²⁾ Bis 1000 m Teufe geschätzt.

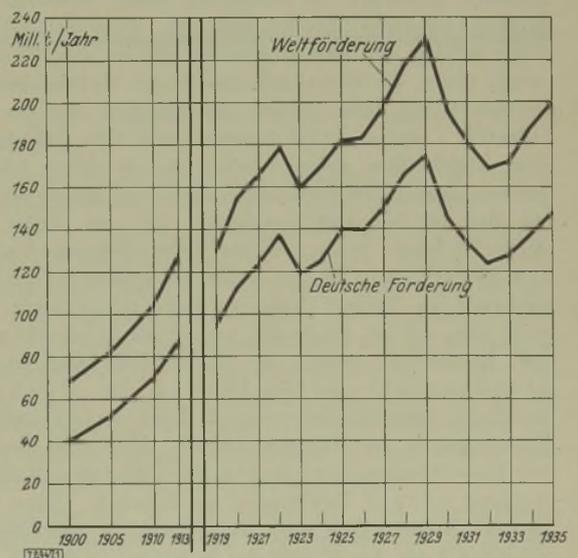


Abb. 1. Braunkohlenförderung

Der starke Anstieg der Braunkohlenförderung in der Welt geht im großen und ganzen erst auf den Weltkrieg zurück. Setzt man die Förderung von 1913 = 100, so beträgt sie in Deutschland heute 169, in der Welt überhaupt 159. Rußland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, ebenso wie Ozeanien haben überhaupt erst nach dem Weltkriege sich der Braunkohle zugewendet. Für die wachsende Bedeutung der Braunkohle als Rohstoff (gegenüber der als Heizstoff) ist bezeichnend, daß der Stand der Braunkohlen-Brikettherstellung (1913 = 100) in Deutschland heute knapp 150, in der übrigen Welt 136 ist. Braunkohlenbriketts werden in wirklich bedeutenden Mengen überhaupt nur hergestellt in Deutschland (1935 = 32,9 Mill. t), in geringem Umfang in der Tschechoslowakei (1935 = 188 000 t) und in Holland (1935 = 31 000 t). Für die Lage der Braunkohle ist es außerdem kennzeichnend, daß der Außenhandel in Braunkohle außerordentlich gering ist, soweit nicht noch einzelne Länder in der Umgebung Deutschlands Braunkohlenbriketts als Hausbrand abnehmen, ein übrigens stark rückgängiger Handel. Rohbraunkohle wird in der Hauptsache nur im Förderland selbst verwendet. Deutschland zeigt 1935 eine negative Bilanz bei einer Ausfuhr von 1,2 Mill. und einer Einfuhr von 1,7 Mill. t, während die etwas ältere und höherwertige tschechische Braunkohle 1935 einen Ausfuhrüberschuß von 1,7 Mill. t aufweist, der zur Hauptsache nach Deutschland ging. Deutschland führte 1935 rd. 1,2 Mill. t Briketts aus, davon 382 000 t nach Frankreich, 310 000 t nach der Schweiz, 135 000 t nach Holland und 117 000 t nach Luxemburg.

Verwendung der Braunkohle als Rohstoff

Ausschlaggebend für die Entwicklung der Welt-Braunkohlenförderung ist deshalb die Entwicklung der deutschen Braunkohlenförderung, und das Ansteigen der Welt-Braunkohlenförderung sowie deren stärkerer Anteil am Weltkohlenabsatz beruht auf der seit 1934 einsetzenden Entwicklung in Deutschland. Wie gesagt ist dafür ausschlaggebend die Erhöhung des Rohkohlenverbrauchs durch stärkere Verwendung in der Elektrizitätserzeugung und in der Großchemie. Man darf dabei aber niemals übersehen, daß die Braunkohlenförderung 1935 von 147,4 Mill. t gegenüber der Steinkohlenförderung von 143 Mill. t, umgerechnet auf Steinkohle (Umrechnungsverhältnis 2 : 9) einen Kohlenstoffwert von nur 32,8 Mill. t ergibt, und daß sich seit etwa 1930 dieser Wert um rd. 30 Mill. t herum gehalten hat. Das erläutert immerhin die Bedeutung beider Kohlenarten im großen volkswirtschaftlichen Rahmen. Zwar hat die Braunkohle infolge der starken Stützen, die ihr der Hausbrandabsatz bietet, die Wirtschaftskrise besser überstanden als die Steinkohle mit ihrer starken Abhängigkeit von der Eisenindustrie. Aber auf 1935 bezogen ergibt sich, daß gegenüber dem letzten Jahr voller Produktion (im Jahre 1928) der Krisenrückgang des Braunkohlenbergbaues ebenso stark war wie der des Steinkohlenbergbaues, der nur tiefer in das Krisental hinab mußte. Dieser Krisenrückgang des Kohlenbergbaues ist aber wesentlich größer als der Krisenrückgang der übrigen deutschen Industrieerzeugung. Darin zeigt sich, daß bei der Kohle, sowohl der Steinkohle als auch der Braunkohle, neben der Kriseneinwirkung auch eine strukturelle Veränderung im Verbrauch stattfindet, hauptsächlich veranlaßt durch die technischen Verbesserungen in der Wärmewirtschaft. Aber auch diese negative Entwicklung wird wieder abgeschwächt durch stärkere Verwendung beider Kohlenarten als Rohstoff. Hinzu kommt, daß der Kohlenbedarf einer Anlage nicht in demselben Maße wächst wie die Ausnutzung des Betriebes, so daß im Gegensatz zu den Krisenjahren, in denen hier auch ein beträcht-

licher Leerlauf zu verzeichnen war, im Aufschwung je erzeugte Gütereinheit weit weniger Kohle verbraucht wird.

Die Struktur der deutschen Braunkohlengebiete

Welche Entwicklung zeigen nun die hauptsächlichsten Braunkohlengebiete Deutschlands im Jahre 1935?

Die Entwicklung der Braunkohlen-Wirtschaftsgebiete verlief verschiedenartig. Während die Steinkohlen- und Braunkohlenförderung 1935 gegen 1934 um 7,4 % anstieg, hatten die Braunkohlengebiete im einzelnen 1935 folgende Produktionssteigerung aufzuweisen:

Mitteldeutschland	8,6 %
Ostelbien	6,8 %
Rheinland	6,6 %

Der starke Anstieg bei der Mitteldeutschen Braunkohle ist in erster Linie auf eine starke Steigerung des Rohkohlenverbrauchs zurückzuführen, hervorgerufen durch den stärkeren Absatz an die Industrieabnehmer.

Der Anteil der einzelnen Fördergebiete an der Gesamt-Braunkohlenförderung stellt sich wie folgt dar:

Mitteldeutschland	41 %
Rheinland	30,8 %
Ostelbien	26 %
Bayern	1,5 %
Hessen	0,7 %

Wirtschaftspolitisch organisiert ist die Braunkohlenwirtschaft in der entsprechenden Fachgruppe bei der Wirtschaftsgruppe Bergbau, die wiederum in drei Bezirksgruppen eingeteilt ist, die die Braunkohlenförderung wie folgt erfassen:

Bezirksgruppe Mitteldeutschland	67,7 %
„ Rheinland	30,8 %
„ Süddeutschland	1,5 %

Die Bedeutung der einzelnen Braunkohlengebiete nach Vorräten, Produktion, Belegschaft, Förderbedingungen und Absatz zeigen die Zahlentafeln 2 und 3:

Zahlentafel 2
Braunkohlenvorräte Deutschlands in Mrd. t

Bezirke	Tagebau	Tiefbau	Gesamt-vorräte	Anteil in %
Rhein-Main-Westerwald	2,3	15,4	17,8	31,8
Mitteldeutschland (Braunschweig, Magdeburg, Sachsen, Hessen, Thüringen)	7,9	3,7	11,6	20,6
Ostelbien (Lausitz, Schlesien, Ostdeutschland)	7,3	18,8	26,1	45,7
Norddeutschland	—	0,8	0,8	1,5
Bayern	0,1	0,1	0,2	0,4
Insgesamt	17,7	39,0	56,7	100

Zahlentafel 3
Braunkohlenwirtschaft Deutschlands 1935

Bezirke	Zahl der Werke	Belegschaft	Förderung in Mill. t
Rheinland und Westerwald	30	15 100	45,4
Mitteldeutschland	107	39 630	60,4
Ostelbien	64	25 730	38,4
Bayern	9	890	0,8
Hessen	7	1 450	1,0
Insgesamt	217	82 810	146,0

Die 146 Mill. t deutscher Braunkohlenförderung haben einen Gesamtwert von 348,8 Mill. RM, so daß der Wert je Tonne 2,39 RM beträgt. Der Wert der Förderung der drei hauptsächlichsten Gebiete ist folgender:

Bezirke	Gesamtwert in Mill. RM	Wert je t in RM
Rheinland	91,1	2,00
Mitteldeutschland	160,1	2,65
Ostelbien	92,1	2,40

Vergleichsweise sei erwähnt, daß der Wert der Förderung 1934 von 136 Mill. t insgesamt 322,4 Mill. RM oder 2,37 RM/t Braunkohle betrug.

Diese Wertzahlen werden erläutert durch die Feststellung, welche verwertbare Förderung (aller Arbeiter) auf eine verfahrenre Schicht im Tagebau in den drei großen Revieren entfällt; es zeigt sich dann, daß das Rheinland mit 27,6 t obenan steht, gegenüber Ostelbien mit 21,4 t und den mitteldeutschen Revieren mit 20,9 t. Aber auch der Verdienst je Schicht übersteigt im Rheinland mit 7,25 RM den von Mitteldeutschland mit 5,89 RM und Ostelbien mit 5,65 RM.

Der Absatz der Briketts wird in den drei Revieren durch Syndikate besorgt, deren Anteil am Gesamt-Brikettabsatz 1935 aus der Zahlentafel 4 zu ersehen ist.

Zahlentafel 4

Die Produktion der Braunkohlensyndikate im Jahre 1935

Syndikat	Braunkohlenförderung		Brikett-herstellung	
	in Mill. t	in %	in Mill. t	in %
Rheinisches Braunkohlen-Syndikat	46,1	31,4	10,0	30,5
Mitteldeutsches Braunkohlen-Syndikat	60,4	41,1	12,9	39,2
Ostelbisches Braunkohlen-Syndikat	38,3	26,1	9,8	29,9

Gegenüber dem Jahre des tiefsten Standes der Förderung 1932 ist für 1935 der Rohkohlenabsatz der drei Syndikate recht verschiedenartig gestiegen; während das Rheinland nur eine Zunahme von 3,8 % hatte, beträgt die Zunahme für Ostelbien 20,2 und für Mitteldeutschland 22 %, ein deutliches Zeichen der Steigerung des Absatzes bei den beiden nicht-rheinischen Syndikaten im industriellen Rohkohlenverbrauch. Der Braunkohlenbrikettabsatz für den Hausbrand ist bei den drei Syndikaten 1935 gegenüber 1932 um 2,5 % angestiegen (Rheinland 1,7, Ostelbien 0,6, Mitteldeutschland 1,0), während die Steinkohle (einschl. Briketts) einen Anstieg im Hausbrandabsatz um 10,2 % und Steinkohlenkoks um 9,9 % zu verzeichnen hatte!

Die Braunkohle in der Treibstoffwirtschaft

Die Wirtschaftsbelebung ist also dem Braunkohlenbrikett im Hausbrand nur in sehr geringem Maße zugute gekommen. Die Wirtschaftsbelebung ist dagegen stärker der Rohbraunkohle zustatten gekommen durch die Auswertung der Rohkohle als Rohstoff. Das gilt insbesondere für das Problem der Treibstoffgewinnung. Hier steht die Braunkohle, die durch staatliche Verordnung seit dem Herbst 1934 zu einer Pflichtgemeinschaft zusammengeschlossen wurde, in einzigartiger Stellung da.

Andere Versuche betreffen den Antrieb von Lastkraftwagen durch Braunkohlen-Schwelkoks und auch Braunkohlenbriketts. Auf diesen Gebieten betreiben die drei Braunkohlensyndikate seit längerer Zeit Versuche. Weitere Braunkohlenprodukte für den Fahrzeugbetrieb sind Braunkohlenstaub und Braunkohlengas. Der Fahrzeug-Staubmotor ist zwar noch lange nicht fertig, bietet aber gute Zukunftsaussichten.

Die bahnbrechenden Versuche, die in Deutschland mit der Erzeugung von Treibstoffen aus Braunkohle gemacht worden sind, haben außerordentliche Aufmerksamkeit im Auslande gefunden. Die Braunkohle-Hydrierung wird nicht zuletzt aus wehrpolitischen Gesichtspunkten deshalb neuerdings auch von den Ländern aufgenommen, die Braunkohlenlager besitzen, infolge des verhältnismäßig geringen Umfanges dieser Lager aber eine größere Heizstoffverwendung der Braunkohle bisher nicht gepflegt haben. So beginnen (fast ausschließlich nach deutschen Patenten) Ungarn wie Italien und Japan (in der Mandchurei) mit Versuchen der Verflüssigung der Braunkohle. Auch in Frankreich sind Arbeiten im Gange, die Braunkohlenvorkommen an der unteren Rhône durch Aufbau einer Hydrierungsanlage (wohl nach dem Fischer-Tropschen Verfahren) zu verwerten. Endlich fußen die englischen Steinkohle-Hydrierungsanlagen im Grunde ja auch auf den deutschen I. G.-Patenten für die Braunkohle-Hydrierung. Besonderes Interesse bringt neuerdings auch Australien mit seinen großen Braunkohlenlagern der Kohleverflüssigung entgegen. Studienkommissionen dieser Länder besichtigen in steigendem Maße die deutschen Arbeiten.

Aus alledem zeigt sich, daß die Braunkohlenwirtschaft der Welt stark an der Arbeit ist. Ausgangspunkt dafür ist die deutsche Braunkohlenwirtschaft, deren Erfolge in der Weltkohlenwirtschaft aufmerksam beobachtet werden. [2947]

Eine völlige Erneuerung der japanischen Handelsflotte — im Hintergrunde Wehrpolitik!

Japan macht seit einiger Zeit ungeheure Anstrengungen, eine völlige Erneuerung seiner Handelsflotte durchzuführen. Bis Mitte 1937 sind 301 000 BRT neuen Schiffsraums abzuliefern, bis 1938 sollen weitere 263 000 BRT folgen; insgesamt sind das 90 neue Schiffe. Dabei fällt vor allem die zum Teil außerordentlich hohe Geschwindigkeit auf; sie liegt durchweg zwischen 17 und 26 Seemeilen. 26 Seemeilen sollen z. B. die beiden 24 000 BRT-Fahrgastschiffe für die nächste Olympiade laufen. Für den transpazifischen Dienst werden acht Schiffe von 9500 bis 16 000 BRT gebaut mit 18,5 bis 21 Seemeilen Geschwindigkeit. Selbst reine Frachtdampfer im japanisch-chinesischen oder mandschurischen Verkehr erhalten 17,5 Seemeilen und mehr.

Sogar Tanker erhalten Höchstgeschwindigkeiten bis zu 19 Seemeilen.

Die Japaner weisen darauf hin, daß ein Schiff mit solcher Geschwindigkeit zwei langsame Schiffe von 9 bis 10 Seemeilen ersetze. Das ist zweifellos richtig; ob es auch hinsichtlich der Kostenfrage stimmt, erscheint jedoch fraglich. Aber das spielt erst eine zweitrangige Rolle. Japan verfolgt mit seinen Schiffsbauten wehrpolitische Ziele: die neuen Handelsschiffe sind alle als Hilfsschiffe und Hilfskreuzer für den Kriegsfall gedacht. Nur solche Reeder erhalten von der Regierung Baubeihilfen, die sich verpflichten, Schiffe mit einer bestimmten Höchstgeschwindigkeit bauen zu lassen. Namentlich auf eine Flotte hochlaufender Tanker legt Japan großen Wert.

Für die übrigen in der pazifischen und ostasiatischen Schifffahrt beschäftigten Länder werden die kommenden Jahre wenig Erfreuliches bringen. h. m.-d. [2980]

Die Türkei als künftiges Industrieland des Nahen Ostens

Von WILHELM KIEWITT, Kiel

Als die Republik die Staatsgewalt in der Türkei im Jahre 1923 übernahm, gab es fast gar keine türkische Industrie. Die Türkei zahlte Millionen an das Ausland, um Fertigwaren zu erhalten, obgleich sie reichlich über Rohstoffe verfügte. Die Handelsbilanz schloß daher mit einem starken Fehlbetrag ab. Da die Türkei ferner einen einigermaßen wertentsprechenden Ertrag für viele ihrer Rohstoffe im Ausland nicht mehr fand, für daraus hergestellte Einfuhrwaren aber teuer ans Ausland zahlen mußte, lag der Gedanke der Selbstverwertung nahe, um aus der Preisschere zu kommen. Eine der Hauptaufgaben der republikanischen Regierung war daher die Gründung einer den türkischen Wirtschaftsmöglichkeiten entsprechenden eigenen Industrie. In erster Linie wollte man damit die Handelsbilanz zum Ausgleich bringen und die Türkei im Rahmen ihrer eigenen Fähigkeiten von den europäischen Börsen unabhängig machen. Die Regierung ist diesem Ziel, wie die nachstehenden Ausführungen zeigen werden, in den letzten Jahren schon recht nahegekommen.

Zwecks Aufbau einer eigenen leistungsfähigen Industrie gründete die türkische Regierung im Jahre 1924 die Bank für Industrie und Bergbau, deren Aufgabe es war, die Regierung gehörenden industriellen Unternehmungen zu reorganisieren und neue den heutigen Ansprüchen genügende Unternehmungen zu gründen. Ferner sollte sie dem privaten Unternehmungsgeist auf diesem Gebiete die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Die Erzeugnisse der Webereien von Kereke, Bakirköi und Fessale und der Leder- und Schuhfabrik von Beikos, weiter die der Reismühlen von Tossia und Marasch, endlich die der Zuckerfabrik von Usak, die von dieser Bank neu gegründet wurde, haben sich u. a. auf dem heimischen Markte gegen den ausländischen Wettbewerb gut behaupten können. Weiter hat die Regierung im Jahre 1924 ein Gesetz erlassen, das sämtliche Behörden verpflichtete, Kleidungsstücke ausschließlich aus der heimischen Erzeugung zu kaufen. Das noch aus der jungtürkischen Herrschaft übernommene Gesetz über die Industrieförderung wurde im Jahre 1927 durch ein neues, den heutigen Bedürfnissen angepaßtes ersetzt. Endlich diente auch der im Jahre 1929 in Kraft getretene autonome Zolltarif dem Schutze des heimischen Gewerbes.

Durchweg hatte man jedoch das Feld der Privatinitiative, der besondere Vorteile (Steuererleichterungen, zollfreie Maschineneinfuhr usw.) insbesondere durch das Industrieförderungsgesetz zugestanden wurden, überlassen. Das Privatkapital stürzte sich sofort auf die Herstellung der durch Prohibitivzölle geschützten Waren, und zwar zum Teil in recht ungeordneter Weise. Dieses „freie Spiel der Kräfte“ hatte zur Folge, daß zwar sehr beträchtliche Erzeugungsziffern erreicht wurden, daß aber die Überbesetzung mit Erzeugungsstätten gleicher Branche zu ungesundem Wettbewerb und in weiterer Folge zu unnötiger Verschleuderung von Teilen des Nationalvermögens durch vermeidbar gewesene Konkurse führte.

I. Der türkische Fünfjahrplan und der industrielle Stand 1932

Ein neuer Abschnitt begann in der zweiten Hälfte 1933: der Staat übernahm die Führung in der Organisation der Industrie. Beabsichtigt ist die Unterordnung der gesamten Erzeugung unter das Wohl der Allgemeinheit, des Staates. Der Staat soll alle Betriebe übernehmen, die für die Nation lebens-

notwendig sind, überwiegend Interessen der Volksgemeinschaft berühren oder infolge zu hohen Kapitalbedarfs und besonders hohen Wagnisses anders nicht aufrechtzuerhalten sind. In den so gesteckten Grenzen soll aber die Privatinitiative weiten Spielraum haben, wenn auch unter ständiger Aufsicht und Führung des Staates. Demgemäß wurde die Bank für Industrie und Bergbau völlig umorganisiert und in die „Sumer Bank“ mit einem Kapital von 20 Mill. T£ (Türkische Pfunde) umgewandelt. Außer den übernommenen Betrieben (Textilindustrie, Lederfabriken, Bergwerksbeteiligungen) wurden von ihr neue Unternehmungen errichtet; andere sind im Bau. Neben diesen staatlichen Werken bestehen noch halbstaatliche, entweder von der Sumer Bank kommandierte oder im Besitz der halbstaatlichen Js Bankasi befindliche Betriebe (Zuckerfabriken, Seidenspinnereien und -webereien, Bergbaubeteiligungen u. a.), und als dritte Gruppe die reine Privatindustrie.

Der gesamte industrielle Aufbau wurde in einem Fünfjahrprogramm zusammengefaßt, einem großzügigen, auf fünf Jahre verteilten Investitionsprogramm, das der Anregung des türkischen Staatspräsidenten Mustafa Kemal Pascha entsprang. Geplant ist die Schaffung von Fabriken zur Erzeugung von lediglich dem Eigenverbrauch dienenden Bedarfsgütern aus inländischen Rohstoffen, wodurch gleichzeitig die türkische Wirtschaft aus der Preisschere befreit werden soll. Der für das Fünfjahrprogramm veranschlagte Kapitalbedarf beläuft sich auf etwa 43 Mill. T£. Das Ziel ist eine Einfuhrminderung um etwa 30 Mill. T£ jährlich, zugleich eine noch erheblich umfangreichere Aktivierung des Binnenmarktes.

Das für den Fünfjahrplan zur Verfügung stehende Kapital von 43 Mill. T£ (einschließlich des von Sowjet-Rußland gewährten Kredits in Höhe von 8 Mill. Golddollar) soll sich auf die einzelnen Industrien wie folgt verteilen:

Zahlentafel 1 Verteilung des Investitionsprogramms der Türkei (in 1000 T£)

Baumwollindustrie	18 538
Hantindustrie	1 700
Kammgarnindustrie	1 650
Metallurgische Industrie	10 000
Kupferbergbau	550
Zellstoffindustrie	1 025
Papierindustrie	3 790
Kunstseide	490
Keramik	800
Chemische Industrie	2 360
Schwefelsäure	550
Superphosphat	400
Ätznatron	1 410
Brikettfabrik	1 000
Gasindustrie	250
Schwefelbergbau	300
Ausbildung technischen Personals	500
Insgesamt	42 953

Das wirtschaftliche Gesicht der Türkei wird sich so nach und nach grundlegend ändern, die Einfuhr von Fertigwaren wird sich in wesentlichen Teilen umwandeln in eine solche von Erzeugungsgütern, wobei im Auge zu behalten ist, daß dieses erste Fünfjahrprogramm nur einen Anfang darstellt. Konkurrenz auf den Weltmärkten wird die Türkei mit ihren Fertigwaren noch lange nicht machen, und das ist auch nicht beabsichtigt, aber sie wird in vielen Wirtschaftszweigen als Käufer ausscheiden, wie sie schon bisher in manchen Nahrungs-, Genuß- und Gebrauchsartikeln weitgehend zur Selbstversorgung übergegangen ist.

Nach den Aufzeichnungen der Statistischen Generaldirektion bestanden im Jahre 1932, vor der Inangriffnahme des Fünfjahrplans, in der Türkei 1473 gewerb-

liche Betriebe, die die Vergünstigungen des Industrieförderungsgesetzes genossen und in Betrieb waren. Von diesen 1473 Betrieben waren 342, das sind 23 %, bereits vor dem Jahre 1923, also vor der Ausrufung der Türkischen Republik vorhanden, während 1088 Betriebe, also rd. 74 % der gesamten Betriebe in der republikanischen Zeit gegründet wurden.

Zahlfafel 2. Verteilung der Industriebetriebe auf die einzelnen Gewerbe im Jahre 1932

Gewerbliche Betriebe der Landwirtschaft, Tierzucht, Fischerei und Jagd	651
Textilindustrie	351
Holzindustrie	134
Metallindustrie und Maschinenbau	85
Chemische Industrie	76
Mischindustrien	48
Papier- und Papierverarbeitung	41
Bauindustrie	31
Sonstige	56
Zusammen	1 473

**Zahlfafel 3
Gliederung der türkischen Textilindustrie 1932**

Seidenwebereien	77
Flanell- und Strumpfwirkereien	75
Handtuchwebereien	66
Wirkereien	52
Webereien für Wolle und Seide	31
Wollwebereien	13

In Bursa befinden sich 56 von den 77 vorhandenen Seidenwebereien, in Istanbul 17. Mittelpunkt der Wollwebereien ist Istanbul, wo von den 13 Betrieben 9 ihren Standort haben.

**Zahlfafel 4
Wert der türkischen Textilerzeugung 1932**

Grobes Segelleinen (Kabot)	5,7 Mill. T£
Wollstoffe	4,6 " "
Seidenstoffe	3,3 " "
Flanelle und Strümpfe	1,9 " "
Wollgarn	1,2 " "
Wirkwaren	1,7 " "
Verschiedene	2,1 " "

Der Standort der Mehrzahl der türkischen Industriebetriebe, nämlich 507, ist Istanbul, 181 liegen in Smyrna, 116 in Bursa und 102 in Balıkesir. Die übrigen Wilajets (Hauptstädte), darunter die Hauptstadt Ankara und die Baumwollzentren von Adana und Mersina, hatten weniger als 50 Betriebe, und zwar Manisa 47, Adana 39, Ankara 30, Gazi-Antep 29, Edirne 26, Kocaeli 26, Konia 26, Samsun 26, Mersina 23, Songuldak 23, Kutahia 21. 252 andere Betriebe befinden sich in den übrigen Wilajets verstreut.

Von diesen Betrieben gehörten 814 einer Einzelperson, 247 gewöhnlichen Gesellschaften, 93 Aktiengesellschaften, 30 Staatsunternehmungen, 251 sonstigen Gesellschaften. Der Besitz von 38 war unbekannt.

**Zahlfafel 5
Wert der industriellen Gesamterzeugung 1932**

Wirtschaftsgebiete	T£	%
Ackerbau, Tierzucht und Jagd	74 638 631	54,21
Gemischte Industrien	8 903 967	6,46
Textilindustrie	20 723 557	15,04
Holzindustrie	6 033 247	4,38
Chemische Industrie	5 818 209	4,22
Metallindustrie	4 235 592	3,08
Bauindustrie	3 578 991	2,60
Papier- und Papp-Verarbeitungsindustrie	1 923 947	1,40
Verschiedene u. unbestimmte Industrien	1 528 983	1,11
Sonstige	10 338 170	7,50
Zusammen	137 723 294	100,00

Die Erzeugung der türkischen Industrie kostete an Betriebsstoffen und Krafterzeugung 8 661 000 T£, an Löhnen 15 444 300 T£ und an Rohstoffen 74 161 500 T£. Der Durchschnittsbruttobetrag, den der einzelne Arbeiter erhielt, betrug 279 T£ je Person und Jahr.

Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen betrug 55 322, darunter 50 579 (37 872 Männer und 12 707 Frauen), d. h. 91 %, im Alter von über 14 Jahren, die restlichen 1594 (833 Knaben und 761 Mädchen) unter 14 Jahren als Arbeiter und die übrigen 3149 Personen (darunter 223 Ausländer) als technisches und Verwaltungspersonal.

Der Wert der Maschinenanlagen wurde mit 55 516 000 T£ angegeben, die sich auf 1295, das sind 88 % der Betriebe verteilten. Die andern 178, also 12 %, hatten keine Maschinen. 540 Betriebe, das sind 42 %, verfügten über Elektromotoren und insgesamt 22 643 PS, 227 Betriebe (17 %) verwandten Benzinmotoren mit insgesamt 9851 PS, 185 Betriebe (14 %) hatten Dampftrieb mit insgesamt 45 418 PS, 115 Betriebe (9 %) Gasmotoren mit insgesamt 5343 PS, 101 Betriebe (8 %) verwandten Wasserkraftmaschinen mit insgesamt 5956 PS. Die Gesamtantriebskraft betrug 104 274 PS.

Im Jahre 1933 ist die Zahl der industriellen Betriebe in der Türkei auf 1397 zurückgegangen (der Rückgang betrifft vor allem die private Industrie, während die Zahl der staatlichen oder kommunalen Unternehmungen von 31 auf 36 gestiegen ist). Dagegen ist gegenüber dem Jahre 1932 der Wert der Maschinen und Anlagen um 12,6 % gestiegen. Das in der türkischen Industrie angelegte Kapital belief sich 1932 auf 55 882 396 T£, 1933 hingegen bereits auf 63 953 893 T£. Die Erzeugung der türkischen Industrie stieg von 137 928 000 T£ im Jahre 1932 auf 154 326 000 T£ im Jahre 1933, die Lohnsumme von 12,2 Mill. T£ auf 12,9 Mill. T£. Das Kapital, das in den einzelnen türkischen Industrieunternehmungen angelegt ist, hat sich 1932 auf durchschnittlich 37 937 T£ belaufen und ist 1933 auf 45 664 T£ gestiegen.

Das Gesamtkapital der (gemäß dem Fünfjahrprogramm) bis Anfang 1936 errichteten Unternehmungen beträgt 9,5 Mill. T£, der Wert der Jahrerzeugung 9 Mill. T£ und der Wert des Jahresverbrauchs an Rohstoffen 3,5 Mill. T£. Im Bau befindlich oder schon fertiggestellt sind folgende Unternehmungen:

- die Papierfabrik von Izmit,
- die Spinnerei und Weberei von Eregli,
- die Spinnerei und Weberei von Nazilli,
- die Wollspinnerei und -Weberei von Bursa und
- die Kunstseidenfabrik von Gemlik.

Das Gesamtkapital dieser Betriebe beträgt 15,5 Mill. T£, der Wert der Jahrerzeugung 15 Mill. T£ und der Wert des Jahresverbrauchs an Rohstoffen 6,5 Mill. T£.

Auf Grund des Fünfjahrplanes werden noch folgende Betriebe errichtet:

- eine Baumwollspinnweberei in Malatia,
- eine Eisenhütte in Karabük,
- eine oder mehrere chemische Fabriken,
- eine Zementfabrik,
- eine Leinenspinnerei und -Weberei,
- eine Porzellan- und Steingutfabrik,
- die Vergrößerung der Papierfabrik,
- die Vergrößerung der Glas- und Flaschenfabrik und
- die Vergrößerung der Anthrazitkokerei.

Der Wert der Jahresleistung dieser Unternehmungen ist mit 37 Mill. T£ und der Wert der jährlich verarbeiteten Rohstoffe mit 19 Mill. T£ veranschlagt.

II. Die Auswirkungen auf die einzelnen Wirtschaftszweige

Leder

Die Gerbereien decken heute den Bedarf des Landes, und die Schuhfabrikation soll der ausländischen in bezug auf die Güte der Erzeugnisse nicht nachstehen. Die Erzeugung der Fabrik von Beikos, der bedeutendsten türkischen Lederfabrik, betrug im Jahre 1934 an Leder 1 170 000 kg (gegenüber 640 000 kg im Jahre 1933) und 500 000 Paar Schuhe (im Jahre 1933: 325 000).

Mühlen

Im Jahre 1923 war die Türkei ein starkes Getreide- und Mehlzuschußland. Allein an Mehl wurden im Jahre 1923: 26 690 000 kg im Werte von rd. 3 Mill. T£ eingeführt. Dazu kam noch die Getreideeinfuhr. Heute deckt die Türkei ihren Bedarf an Mehl aus eigener Erzeugung.

Zement

Im Jahre 1923 war die Türkei gezwungen, fast ihren sämtlichen Bedarf an Zement aus dem Ausland zu decken. Noch 1927 wurden 65 000 t Zement eingeführt. Im Jahre 1932 waren es nur noch 2300 t. Die Erzeugung ist gestiegen von 24 000 t im Jahre 1923 auf 41 000 t im Jahre 1927, 129 000 t im Jahre 1932 und 182 000 t im Jahre 1934. Heute sind die fünf großen türkischen Zementfabriken in der Lage, über 200 000 t Zement jährlich zu erzeugen.

Fabriken	Kapital T£	Leistungs- fähigkeit t
Ciments d'Anatolie (Kartal)	2 000 000	70 000
Chaux et Ciments (Bakirköi)	2 000 000	70 000
Ciments Kurt (Bakirköi)	600 000	15 000
Ciments (Arslan—Eskihissar Darica)	560 000	50 000
Ciments d'Ankara (Ankara)	600 000	30 000
Insgesamt	5 760 000	235 000

Eine sechste große Zementfabrik wird demnächst noch gemäß dem Fünfjahrplan errichtet.

Öl

Eine befriedigende Entwicklung zeigt auch die Ölindustrie. Die alten Ölpresen, die ein unzulängliches Öl lieferten, sind durch neuzeitliche Anlagen ersetzt. Die Abfallerzeugnisse, die einst zu niedrigem Preise ans Ausland verkauft wurden, finden heute in der Seifensiederei nützliche Verwendung.

Rosenöl

Eine Rosenölfabrik hat in Isparta im Mai 1935 ihren Betrieb aufgenommen. Sie besitzt eine Verarbeitungsfähigkeit von 250 000 kg Rosen. Die Kosten der Errichtung dieser Fabrik beliefen sich auf 1 Mill. T£.

Schokolade

Ansehnliche Fortschritte hat auch die türkische Schokoladenindustrie seit 1923 gemacht. Aus den 14 Betrieben (davon sechs in Stambul), die im Jahre 1923 bestanden, sind innerhalb von zehn Jahren (bis 1933) 44 Unternehmungen geworden.

Teppiche

Einer der hauptsächlichsten Erwerbszweige in der Türkei (besonders in Usak, Kaisseri, Isparta) war seit alters her die Teppichindustrie. Die heutige Erzeugung richtet sich nach der jeweiligen Nachfrage nach türkischen Teppichen.

Die türkische Teppichausfuhr nach Deutschland erreichte im Jahre 1928 einen Wert von 2 164 000 RM, sie stieg im folgenden Jahre sogar auf 5 703 000 RM. Sie ging im Jahre 1930 wiederum auf 3 641 000 RM zurück, um dann schnell im Jahre 1931 auf 1 000 000 RM, 1932 auf 532 000 RM, im Jahre 1933 auf 257 000 RM und im Jahre 1934 auf 237 000 RM zu sinken. Im Jahre 1935 betrug sie 324 000 RM.

Baumwolle

Obwohl die Türkei zu den Ländern gehört, deren Boden und Klima sich für die Baumwollkultur ausgezeichnet eignet, spielte der Baumwollanbau vor wenigen Jahren noch eine ganz unbedeutende Rolle, da sich die heimische Baumwollindustrie in den ersten Anfängen befand und es infolgedessen an einem größeren Absatz für Baumwolle in der Türkei selbst mangelte. Auch auf den ausländischen Märkten war die Stimmung für Baumwolle derart ungünstig, daß die Vergrößerung der Baumwollkultur in der Türkei nicht als lohnend angesehen wurde. Die Baumwollkultur ging daher von Jahr zu Jahr zurück, so daß sie schließlich auf 80 000 Ballen gefallen war. Die Baumwollzüchter und viele Gutsbesitzer befanden sich in einer schweren Wirtschaftskrise, während die Türkei in bezug auf Baumwollstoffe fast ganz auf das Ausland angewiesen war. Bis zum Jahre 1930 bildete diese Einfuhr dem Werte nach etwa den vierten Teil der gesamten Einfuhr der Türkei. Erst die Ende 1931 erfolgte Einführung des Kontingentierungssystems bereitete diesem Zustand ein Ende. Im Jahre 1934 betrug die Einfuhr an Baumwollwaren nur noch 17,2 Mill. T£ gegenüber 63,6 Mill. T£ im Jahre 1924.

Die Baumwollkultur der Türkei wird gegenwärtig grundlegend umgestaltet. Bisher stellte die minderwertige Beschaffenheit der kurzstapeligen einheimischen Baumwolle für die Verwendung ein starkes Hindernis dar. Von der Regierung durchgeführte Versuchspflanzungen haben ergeben, daß in den drei Hauptbaumwollgebieten: der zilizischen Ebene (Adana-Bezirk), dem Hinterland von Izmir und dem Tal des Sakaria neben ägyptischen Pflanzen die amerikanischen Sorten Cleveland und Acaba gute Aussichten bieten, so daß deren Anbau nach und nach die einheimische verdrängen soll. Ein besonderer Fünfjahrplan für den Baumwollanbau regelt ferner nicht nur diesen Kulturwechsel, sondern auch die Erweiterung der Erzeugung. Die Anbaufläche soll im Jahre 1937 etwa 200 000 ha betragen.

Auf Grund des Industrieförderungsgesetzes von 1927 ist in der Umgegend von Mersina und Adana eine Anzahl neuer Textilbetriebe errichtet worden. Die im Jahre 1932 vorhandenen Betriebe reichten aus, um 6,6 Mill. kg Stoff jährlich herzustellen. Der Gesamtverbrauch der Türkei an Baumwollstoffen beträgt aber jährlich rd. 24 Mill. kg. Mithin war die Türkei gezwungen, ihre Baumwollstoffe zum größten Teil noch aus dem Ausland zu beziehen. In dem Fünfjahr-Industrialisierungsprogramm ist daher besonders die Textilindustrie berücksichtigt. Außerdem hat die Türkei mit Rußland einen Liefervertrag über 8 Mill. Golddollar abgeschlossen, und dieser Betrag wird nur für die Textilindustrien verwendet. Alle Maschinen und die andern notwendigen Einrichtungen für die geplanten Textilfabriken werden von Rußland geliefert.

Die erste der in dem Fünfjahrplan vorgesehenen Textilfabriken wurde im Jahre 1935 in Kaisseri in Betrieb genommen. Diese Baumwollspinnerei und -weberei in Kaisseri besitzt 33 000 Spindeln und 1080 Webstühle und wird jährlich etwa 30 Mill. m Baumwollstoffe herstellen. Eine zweite Baumwollspinnerei mit 15 000 Spindeln und 250 Webstühlen wurde in Ereğli bei Konia fertiggestellt. Sie wird jährlich etwa

4 Mill. kg Baumwollstoffe und etwa 600 000 kg Baumwollgarne erzeugen. In dem Betrieb werden rd. 1500 Personen beschäftigt. Eine andere Fabrik, eine Anlage zur Verarbeitung von Baumwolle feinerer Qualitäten, mit 25 000 Spindeln und 730 Webstühlen, ist in Nazilli im Bau befindlich. Nach den Voranschlägen wird der Bau dieser Fabrik etwas mehr als 2,7 Mill. T£ kosten. Die Inbetriebnahme wird voraussichtlich Anfang 1937 erfolgen. In Nazilli sollen verschiedene Baumwollstoffe, auch gedruckte und gefärbte, hergestellt werden. Ein weiteres gleichartiges Werk größeren Ausmaßes soll in Malatia errichtet werden.

Die Gesamtzahl der Spindeln in der Baumwollindustrie betrug im Jahre 1931: 72 000, stieg im Jahre 1932 auf 94 000, im Jahre 1933 auf 101 000 und im Jahre 1934 auf 115 000. Mit den 33 000 Spindeln der Baumwollwarenfabrik von Kaisseri und 16 400 Spindeln der Erweiterungsanlagen der Textilfabrik der Landwirtschaftsbank in Adana beträgt die Zahl der Spindeln 162 900. Rechnet man die 15 000 Spindeln der Fabrik von Eregli, die 25 000 Spindeln der Fabrik in Nazilli und die 21 000 Spindeln des weiteren in Malatia vorgesehenen Werkes hinzu, so wird die Zahl der Baumwollspindeln der Türkei im Jahre 1937 231 900 betragen. Die Zahl der Webstühle, die im Jahre 1932 1200 betrug, im Jahre 1933 auf 1400 und im Jahre 1934 auf 1620 stieg, wird mit den 1080 Webstühlen der Fabrik in Kaisseri, den 730 in Nazilli, den 250 Webstühlen der Fabrik von Eregli und den Webstühlen des in Malatia zu errichtenden Werkes im Jahre 1937 4680 betragen.

Die Leistungsfähigkeit dieser genannten Werke wird sich nach Durchführung des Industrialisierungsprogramms auf etwa 67 Mill. m Stoff belaufen, der Arbeiterstand auf 350 000. Der Rohstoffbedarf wird auf etwa 120 000 Ballen geschätzt. Die Regierung hofft, daß neben den von ihr geschaffenen Fabriken auch auf private Initiative hin weitere Erzeugungsstätten entstehen werden, so daß in absehbarer Zeit der gesamte Bedarf im Inlande gedeckt werden kann.

Wolle

Wollwebereien bestehen in der Türkei in genügender Anzahl, und der größte Teil an Wollstoffen wird heute bereits im Inland erzeugt. In Aussicht genommen ist im Rahmen des Industrialisierungsplanes in Bursa noch die Errichtung einer Spezialspinnerei für Merinowolle, mit deren Bau bereits im November 1935 begonnen wurde.

Um die von der inländischen Wollindustrie benötigte Rohwolle im Lande selbst zu erzeugen, hat das Landwirtschaftsministerium ein Arbeitsprogramm für die Verbreitung der Merino-Schafe in der Türkei ausgearbeitet. Da die Fasern der anatolischen Wolle zu grob sind, hatte man sich entschlossen, in den für die Zucht von Merino-Schafen sich als besonders geeignet erweisenden Gegenden von Bursa, Balıkesir und Canakkale die Zucht von Merino-Schafen planmäßig zu fördern. Nach dem vorgesehenen Arbeitsprogramm, mit dessen praktischer Durchführung im vergangenen Jahre begonnen wurde, wird in acht Jahren innerhalb der oben genannten Gegenden der ganze Schafbestand gegen Merino-Schafe ausgetauscht werden, so daß es nach Ablauf dieser Zeit der türkischen Wollindustrie möglich sein wird, auch die feineren Wollsorten aus dem Inland zu beschaffen.

Der Bau der oben erwähnten Fabrik, als deren Standort Bursa, der Mittelpunkt des türkischen Merino-Schafzuchtgebietes, gewählt wurde, wird nach deutschen Plänen ausgeführt. Die maschinelle Einrichtung der Fabrik wird, wie die der meisten im türkischen Fünfjahrplan vorgesehenen

Fabriken, einschließlich der Kraftanlage und elektrischen Einrichtung von Deutschland geliefert. Die Fabrik wird eine Wollwäscherei, Spinnereianlagen, eine Zwirnerei, Spülerei und Färberei umfassen. Die Zahl der einfachen Spulen wird 16 340 und die der doppelten Spulen 6790 betragen. Die Maschinenlieferungen betragen 1,5 Mill. T£; der gesamte Fabrikbau wird etwa 3,5 Mill. T£ erfordern. Die Verarbeitungsfähigkeit wird ungefähr 3 Mill. kg ungewaschene Wolle und annähernd 1 Mill. kg Kammgarn betragen. Nach Fertigstellung dieser Fabrik im kommenden Jahr wird die Türkei in der Lage sein, ihren Kammgarnbedarf mit Ausnahme der feineren Qualitäten zum größten Teil selbst zu decken.

Hanf

Für die Hanfindustrie ist im Fünfjahrplan eine Spinnerei und Weberei vorgesehen.

Seide

Kaum ein Zweig der landwirtschaftlichen Betätigung hat in der Türkei unter dem Weltkrieg und seinen Folgen so sehr gelitten wie die Seidenzucht. Zeitweilig befürchtete man, sie gegenüber dem wachsenden Wettbewerb der Kunstseide überhaupt nicht aufrechterhalten zu können. Vor dem Weltkrieg bedeckten die Maulbeerpflanzungen noch 42 000 Dönüm (1 Dönüm = 919 m²) im Tale von Bursa, dem Hauptseidenzentrum der Türkei, bei Kriegsende waren davon nur noch 14 000 Dönüm erhalten. Im Jahre 1933 schon waren dank der Förderungsmaßnahmen der Regierung in dem gleichen Gebiete wiederum 43 000 Dönüm Maulbeerpflanzungen in Betrieb. Diese Förderungsmaßnahmen bestehen nicht nur in einem starken Zollschutz, sondern vor allem auch in der Schaffung einer Seidenzuchtschule und einem Seidenamte, das die Aufgabe hat, die Entwicklung der Seidenzucht in der Türkei zu überwachen.

Die Seidenzucht nimmt im ganzen Lande einen erfreulichen Aufschwung, und die Zahl der Seidenzüchter wächst entsprechend der Entwicklung der Seidenindustrie. Gegenwärtig wird außer in der Bursaer Gegend, d. h. in Bursa, Balıkesir, Karabiga, Sındirgi, Söğüt, Adapazari, Geyne, Izmit und Umgebung, in Thrakien in Uzunköprü, Edirne, Mürefte und Sarköi, ferner in Antalia, Alanya und Umgebung, in der Gegend von Diyarbakir und Elaziz, sowie in Ereznaz Seidenzucht betrieben.

Zahlentafel 6
Die Entwicklung der türkischen Seidenerzeugung

Jahr	in 1000 kg	Jahr	in 1000 kg
1923	576	1931	905
1925	852	1933	1225
1927	909	1935	rd. 2000
1929	1173		

Die türkische Gesetzgebung hat eine Reihe von Erleichterungen für die Herstellung und Verarbeitung von Naturseide vorgesehen, z. B. die Steuerfreiheit von Maulbeerpflanzungen. Dieser Förderung verdankt die Türkei eine ansehnliche Erweiterung ihrer Seidenindustrie in den letzten Jahren. Heute reicht die gegenwärtige Seidenerzeugung voll aus, um die Bedürfnisse des Landes zu decken. Mit der Entwicklung der inländischen Seidenindustrie ging die Ausfuhr von Seidenkokons immer mehr zurück. Während früher zumeist die Kokons aus der Türkei ausgeführt wurden, um in Italien, Frankreich und England versponnen zu werden, hat die Ausfuhr von Seidenkokons seit 1930 fast völlig aufgehört.

Kunstseide

Im November 1935 wurde der Grundstein der Kunstseidenfabrik in Gemlik gelegt, deren tägliche Leistungsfähigkeit

1000 kg bei drei Arbeitsschichten mit insgesamt 400 Arbeitern und einer Antriebskraft von 550 PS (mit Reserven 1100 PS) betragen wird. Da der Kunstseidenverbrauch des Landes sich etwa auf 250 000 bis 300 000 kg beläuft, wird die Türkei nach Fertigstellung dieser Fabrik in der Lage sein, den Kunstseidenbedarf des Landes im Inland zu decken. Das Kapital der Fabrik wird mit 1,6 Mill. T£ angegeben, von denen 800 000 T£ auf die Maschinen, 500 000 T£ auf die Gebäude und 300 000 T£ auf das umlaufende Kapital entfallen. Aus dem Ausland müssen für den Bedarf dieser Fabrik Ätznatron, Schwefelkohlenstoff und vorläufig noch Zellstoff bezogen werden.

Zucker

Von großer Bedeutung für die türkische Landwirtschaft ist der Anbau von Zuckerrüben und daher die wachsende Zuckerindustrie. Bis zum Jahre 1926 war der Anbau von Zuckerrüben in der Türkei unbekannt, der gesamte Zuckerbedarf von 60 000 t im Werte von 14 Mill. T£ jährlich mußte eingeführt werden. Im Jahre 1926 wurden die ersten Zuckerfabriken in Usak und Alpulla gegründet, eine dritte im Jahre 1933 in Eskisehir und eine vierte im Jahre 1934 in Turhal. Diese vier Zuckerfabriken besitzen eine Leistungsfähigkeit von etwa 75 000 bis 80 000 t im Jahr und sind in der Lage, den Inlandbedarf der Türkei an Zucker weitaus zu decken. Infolge des geringen Zuckerverbrauchs der Türkei in den letzten Jahren, der ausschließlich auf die Schwächung der Kaufkraft der Bevölkerung zurückzuführen ist, ist die Zuckerfabrik von Usak vorübergehend stillgelegt worden.

Zahlentafel 7. Die Inlanderzeugung an Zucker

Jahr	t	Jahr	t
1926	615	1931	22 900
1927	5 284	1932	27 571
1928	4 567	1933	65 557
1929	8 207	1934	58 797
1930	13 124		

Entsprechend dem Steigen der Inlanderzeugung ging die Einfuhr der Türkei an Zucker immer mehr zurück.

Zahlentafel 8. Zuckereinfuhr der Türkei

Jahr	t	Jahr	t
1926	62 970	1931	44 342
1927	61 514	1932	29 336
1928	63 473	1933	17 756
1929	69 588	1934	3 718
1930	63 291		

**Zahlentafel 9
Die Anbaufläche an Zuckerrüben in der Türkei**

Jahr	ha	Jahr	ha
1926	4 900	1931	136 780
1927	48 460	1932	153 750
1928	58 450	1933	255 670
1929	52 710	1934	310 000
1930	95 160		

Papier und Zellstoff

In Izmit in der Nähe von Istanbul wurde eine Papierfabrik (Schreibpapier, Druckpapier, Packpapier und Pappe) errichtet, deren jährliche Erzeugungsfähigkeit 11 000 t Papier und Pappe beträgt, und die später auf 15 000 t erhöht werden soll. Der heutige Papierbedarf der Türkei wird zu annähernd 60 % in Izmit gedeckt werden bei einem Verbrauch von etwa 13 000 m³ Holz. Desgleichen ist im Fünfjahrplan eine Zellstofffabrik mit 150 000 m³ Holzverbrauch vorgesehen.

Porzellan, Glas

Auch hinsichtlich der Herstellung von Porzellan, Flaschen und Glaswaren war die Türkei bisher völlig vom Ausland abhängig. Es ist in dem neuen Industrialisierungsprogramm die Errichtung einer Porzellanfabrik in Kutahia zur Herstellung einfacher Gebrauchs- und technischer Porzellane in Aussicht genommen. Diese Fabrik, mit deren Bau im laufenden Jahr begonnen wurde, soll später jährlich rd. 700 000 t erzeugen, und zwar zu $\frac{2}{3}$ Steingut und zu $\frac{1}{3}$ Porzellan. In der Nähe von Istanbul, in dem kleinen Ort Pasabahee, wurde im Jahre 1935 eine Glas- und Flaschenfabrik in Betrieb genommen. Mit dieser Fabrik, für deren Errichtung von der Is Bankasi mehr als 1 Mill. T£ aufgewendet wurden, und deren Leistungsfähigkeit 2800 Flaschen täglich und 6000 t Glaswaren jährlich erreicht, kann der gesamte Bedarf des Landes an Flaschen und sonstigen Glaswaren gedeckt werden. Da der türkische Bedarf nur etwa 4500 t beträgt, ist es sogar wahrscheinlich, daß diese Fabrik auch für die Ausfuhr arbeiten wird. Fenster- und Spiegelglas wird allerdings vorläufig noch nicht in ausreichendem Maße hergestellt, doch ist die Erweiterung der Fabrik nach dieser Richtung für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen.

Die türkische Glaswarenindustrie hat, begünstigt durch das Vorhandensein der erforderlichen Rohstoffe und einer genügenden Abnehmerschaft, gute Zukunftsaussichten. Untersuchungen haben ergeben, daß besonders in der Gegend von Catalia in reichlichen Mengen ein Sand vorkommt, der sich für die Zwecke der Glasindustrie besonders eignet. Der Glassand von Catalia ist dem in Deutschland und in der Tschechoslowakei verwendeten durchaus ebenbürtig. Aber auch reiner Kalk und Marmor, die für die Erzeugung von Glas benötigt werden, sind in der Türkei reichlich vorhanden. Hochwertiger Marmor wird vor allem bei Kapudag in der Nähe von Bandirma gefunden.

Bergbau

Große Beachtung findet in dem Industrieprogramm auch die Montanindustrie, die am wenigsten bisher mit der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes während der Zeit der türkischen Republik Schritt gehalten hat. Die Förderung des Kohlenreviers von Songuldak wird gemäß dem Fünfjahrplan erheblich verstärkt bei Erweiterung und Modernisierung der Anlagen. Durch die im November 1935 fertiggestellte Eisenbahnlinie Irmak—Filius wurde dieses wichtigste türkische Steinkohlengebiet mit dem Innern des Landes verbunden. Im Jahre 1935 wurde auch die Halbkoksfabrik von Songuldak in Betrieb genommen. Diese Halbkoksfabrik, deren Bau etwas mehr als 1 Mill. T£ gekostet hat, ist in der Lage, vorläufig 60 000 t Halbkoks zu erzeugen. Im laufenden Jahr soll die Fabrik instand gesetzt werden, etwa die doppelte Leistungsfähigkeit zu erreichen, um den noch steigerungsfähigen heutigen Koksbedarf von rd. 100 000 t zu decken. Außerdem werden in der Fabrik jährlich annähernd 20 Mill. m³ Gas erzeugt, von denen allerdings bei weitem der größte Teil in der Fabrik selbst verwendet wird.

Ein zweiter bergbaulicher Programmpunkt ist die Ausbeutung der Kupfergruben von Ergani, die in Angriff genommen werden soll, nachdem Ergani nun durch die im November 1935 fertiggestellte Bahnlinie Fevzi Pasa—Ergani—Diyarbakir mit dem türkischen Eisenbahnnetz verbunden ist. Dieses Bergwerk enthält durchschnittlich 13 bis 16 % reines Kupfer. Das Minengebiet umfaßt 1200 km². Das Lager an Kupfererzen innerhalb dieses Gebietes wird auf mindestens 4 bis 5 Mill. t geschätzt. Die Konzession für diese Kupferminen hat eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 6 Mill. RM., an der die türkische Regierung mit einem Drittel durch die

staatliche türkische Is Bankasi beteiligt ist. Auch eine Reihe deutscher Firmen, die durch die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft vertreten sind, haben bedeutende Interessen. Mit der Inbetriebsetzung dieser neuen Kupferminen wird für die Einfuhr von Kupfer kein Bedürfnis mehr vorhanden sein, vielmehr wird die Türkei etwa 10 000 bis 15 000 t Kupfer ausführen können.

Schwefel

In dem Fünfjahrplan wurde auch die Schwefelgewinnung aus den Lagern von Ketschi-Burlu aufgenommen, die die Schwefeleinfluren von 3700 t jährlich überflüssig machen und dem Bedarf der Türkei an Schwefel, insbesondere für die Heereswerkstätten und für die Landwirtschaft (z. B. für die Trauben- und Rosinenkultur im Bezirk von Izmir) von jährlich etwa 5000 t genügen soll. Diese Schwefelminen enthalten schätzungsweise 1 bis 1½ Mill. t Schwefelerze, deren Schwefelgehalt 40 % beträgt. Die Schwefelfabrik in Retschi-Burlu hat den Betrieb im April 1935 aufgenommen.

Energiewirtschaft

Erwähnung verdienen auch Pläne für die Errichtung von drei Überlandzentralen zur Versorgung der Industrie und der durchlaufenden Hauptbahnen mit Elektrizität, davon eine im Songuldaker Kohlenrevier (Dampfkraftwerk—Kostenanschlag einschließlich Überlandleitungen und Umformerstationen rd. 8 Mill. T£), ferner in Kaisseri und Sivas je eine Wasserkraftanlage. Vorgesehen ist des weiteren die Errichtung eines Ferngaswerkes im Songuldaker Kohlenrevier.

Für die Umstellung des Landes auf elektrischen Strom wurde die staatliche Eti-Bank und ihr angegliedert eine Forschungsstelle für Elektrizitätsfragen geschaffen, deren Aufgabe es ist, die Elektrizitätsversorgung der Türkei mit niedrigeren Kosten zu verwirklichen. Heute besteht in vielen Teilen der Türkei eine Reihe von kleinen Kraftwerken, deren Errichtungskosten sich um 25 bis 50 % teurer als die der Großkraftwerke stellen. Durch die Errichtung von großen Überlandzentralen will man den elektrischen Strom billig und in großem Ausmaße erhalten. Man beabsichtigt, insbesondere bei Durchführung des zweiten vorgesehenen industriellen Fünfjahrplanes, ganz Anatolien bis in das letzte Dorf hinein mit billigem Strom zu versorgen.

Eisenindustrie

Als dringlich wird im Industrieprogramm der Aufbau einer eigenen Eisenindustrie betrachtet. Diese Industrie ist vor allem sehr wichtig für die Landesverteidigung. Es reichten während des Weltkrieges die Munitionssendungen aus Deutschland nicht aus, und Maschinen mußten eingeschmolzen werden, um den Munitionsbedarf zu decken. Die Türkei hatte in den ersten Jahren der neuen Regierung durchschnittlich 155 000 t Roh- und halbfertiges Eisen eingeführt und dafür 20 Mill. RM ans Ausland gezahlt.

Die Türkei ist jedoch reich an Eisenerzen, und die türkische Regierung beabsichtigte schon lange, im Hinblick auf die verschiedenen abbauwürdigen Eisenerzlager eigene Eisenhütten zu errichten. Als Standort der vorgesehenen Hochofen ist nach eingehenden Erwägungen der Ort Karabük an der Bahnlinie Irmak—Filius gewählt worden, so daß sich der Abtransport des Eisens einerseits an die Küste, andererseits auf dem Bahnwege ins Innere des Landes leicht gestalten wird. Als Ab-

nehmer des Eisens kommen, abgesehen von den Heereswerkstätten, in erster Linie die Staatseisenbahnen in Betracht, die allein jährlich etwa 16 000 t Eisen beziehen. Der auf insgesamt mehr als 100 000 t geschätzte Inlandbedarf an Eisen soll zu mindestens drei Vierteln in eigener Erzeugung gedeckt werden. Die Errichtung der Eisenhütten wurde auf 40 Mill. RM veranschlagt. Der Selbstkostenpreis für Eisen wird mit 58 bis 60 RM, für Stahl mit 104 bis 106 RM/t berechnet.

Metallbearbeitung

Die Metallbearbeitung hat ansehnliche Fortschritte gemacht. Messer- und Schlosserwaren aller Art werden heute im Lande hergestellt.

Chemische Industrie

Die im Jahre 1935 in Betrieb genommene Halbkoksfabrik von Songuldak, die den Kern der künftigen, ebenfalls im Fünfjahrplan vorgesehenen chemischen Industrie des Landes bildet, ist schon heute in der Lage, jährlich rd. 3000 t Teer (55 % Pech und 44 % Schweröl und Kreosot) und ungefähr 500 t Benzol zu erzeugen. Vorgesehen ist auch die Errichtung eines größeren rein chemischen Werkes. Es wird dabei weniger beabsichtigt, die Einfuhr von Chemikalien zu drosseln, vielmehr sollen die Kohlenderivate der Gaswerke und die Abfallerzeugnisse der Zellstofffabriken, Eisenhütten usw. ausgenutzt werden zur Herstellung der von der Industrie benötigten Chemikalien (Schwefelsäure, Ätznatron, Ammoniak usw.) und von Kunstdünger (Superphosphat). Veranschlagt wurden im Fünfjahrplan für die Erzeugung von Schwefelsäure 600 000 T£, Superphosphat 400 000 T£, Ätznatron und Chlor 1,4 Mill. T£.

III. Zweiter Fünfjahrplan

Inzwischen ist ein weiterer (zweiter) Fünfjahrplan aufgestellt worden, zu dessen Durchführung, soweit er die Elektrifizierung des Landes und die verstärkte Förderung von Bodenschätzen aller Art zum Gegenstand haben wird, die schon erwähnte Eti-Bank und die ihr angegliederten Institute gegründet worden sind.

Dieser zweite industrielle Fünfjahrplan umfaßt in der Hauptsache:

- Förderung und Verarbeitung von Steinkohle und Braunkohle,
- Ausbau der Zementindustrie,
- Ausbau der chemischen Industrie,
- Ausbau der Stromversorgung,
- Errichtung einer Glühlampenfabrik,
- Ausbau der Eisenindustrie und Errichtung von Maschinenfabriken,
- Verwertung der Meereserzeugnisse aller Art,
- Verarbeitung von Opium,
- Gerberei,
- Weinkellerei,
- Ölmühlen zur Gewinnung von Olivenöl sowie die Verarbeitung anderer Öle und Fette.

Die zur Durchführung des zweiten Fünfjahrplanes erforderlichen Beträge werden auf etwa 100 Mill. T£ gegen rd. 43 Mill. T£ des ersten Planes geschätzt. [2820]

ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Selbstanfertigung oder Fremdbezug?

Nach einem Vortrag auf der Betriebswissenschaftlichen Tagung, Erfurt am 9. und 10. Okt. 1936

Von Dr.-Ing. H. FUNKE VDI, Berlin

Jede industrielle Unternehmung, gleichgültig welcher Produktionsstufe, bezieht aus dem Markt Sachgüter und beschäftigt dadurch andere Industriezweige. Während die Sachgüterbezüge der Betriebe der bergbaulichen und chemischen Urproduktion im wesentlichen auf Anlagegüter und Hilfsstoffe beschränkt sind, erweitert sich der Bedarf an fremden Erzeugnissen in den folgenden Produktionsstufen auf Einsatz- bzw. Werkstoffe. In den letzten Verfeinerungsstufen der Fertigungsindustrien umfassen die Sachgüterbezüge außer Anlagegegenständen, Werk- und Hilfsstoffen die verschiedensten Vorfabrikate zwecks Ver- oder Bearbeitung und zahlreiche Fertigerzeugnisse, die als Zubehörteile oder Nebenlieferungen einen wesentlichen Anteil der Verkaufumsätze erreichen können.

Außer Sachgütern bezieht die Industrie auch Dienstleistungen mannigfacher Art, z. B. Dienste der Verkehrsindustrie, des Versicherungsgewerbes, des Handels, der Versorgungsindustrien wie Strom, Gas und Wasser.

Keine allgemeingültige Antwort

Die Frage nach der Zweckmäßigkeit von Selbsterstellung oder Fremdbezug kann keine allgemeingültige Antwort finden und muß von Fall zu Fall unter Abwägung aller gemeinwirtschaftlichen, technischen und privatwirtschaftlichen Belange entschieden werden.

Bei Selbsterstellung von Sachgütern und Dienstleistungen denkt man zunächst an die sogenannte „vertikale Konzentration“. Den Regelfall bildet hier der Anschluß der nachfolgenden an die vorhergehende Produktionsstufe, weil die Produktionsform der Urproduktion, die Massenerzeugung, von Produktionsstufe zu Produktionsstufe zugunsten der Großreihen-, Kleinreihen- und Einzelfertigung immer mehr zurücktritt und deshalb die Zahl der Industriebetriebe je Produktionsstufe ansteigt. Die Folge davon ist, daß ein einziger Betrieb die Produktion eines Betriebs der Vorstufe in der Regel nicht verarbeiten kann. Für die Angliederung an die Vorstufe lautet die Fragestellung: Selbstverarbeitung oder Verkauf an den Markt? Bei der Angliederung der Vorstufe an den verarbeitenden Betrieb bildet die Übernahme eines bereits bestehenden Betriebs den Regelfall. Hier ändern sich nicht die Bezugsverhältnisse, sondern es wechselt lediglich der Kapitaleigner, u. U. auch die Unternehmungsform.

Nach Ausscheidung der echten Vertikalkonzentration hat sich unsere Fragestellung den in den meisten Großbetrieben und ausnahmslos in Riesenbetrieben vorhandenen Hilfsbetrieben zuzuwenden, deren Erzeugnisse auch von auswärts bezogen werden könnten. Beispiele für solche Hilfsbetriebe sind:

Blankzieherei für Walzeisen und Walzmetalle in einer Blank-schraubenfabrik,
 Blank-schraubenherstellung in Maschinen-, Fahrzeug-, elektro-technischen und feinmechanischen Fabriken,
 Böttcherei in Brauereien,
 Rohrerstellung in Fahrradfabriken,
 Instandsetzungswerkstätten für Anlagen, sowie Kraftwerke, Ferntransportbetriebe in allen Industriezweigen,
 Verpackungsherstellung in der Nahrungs- und Genußmittel-industrie,
 Werkzeugmacherei, Vorrichtungsbau, Modellschreinerei, Gießerei und Schmiede in Maschinenfabriken.

Beispiele für sehr weitgehenden Fremdbezug finden sich in der Fahrzeugindustrie. Viele Kraftfahrzeugwerke beziehen von auswärts Schmiede, Stahlguß- und Tempergußteile, Chassisträger, Vergaser, Batterien, Zündapparate, Zündkerzen, Armaturen und Zubehörteile aller Art, selbstverständlich auch Reifen und Glas. Im Fahrradbau gibt es sogar Betriebe, die sich darauf beschränken, die fertig bezogenen Teile zusammenzusetzen!

In der Praxis kommen alle Möglichkeiten der Kombination von Selbstanfertigung und Fremdbezug vor. Beispielsweise bezieht eine große Schreibmaschinenfabrik ihren Guß von auswärts, während sie nicht nur die Holzkoffer für ihre Schreibmaschinen, sondern auch Schreibmaschinentische und Bürossessel selbst anfertigt. Die Gründe für das Verhalten zu unserer Fragestellung liegen oft in der historischen Entwicklung des Betriebs, den vorhandenen Einrichtungen, Arbeitskräften und besonderen Fähigkeiten (manchmal auch Liebhabereien) der Leitung.

Wirtschaftlichkeit maßgebend

Gemeinwirtschaftliche und privatwirtschaftliche Interessen befinden sich insoweit in Übereinstimmung, als es auf die Durchführung des wirtschaftlichen Prinzips ankommt, nämlich die bestmögliche Bedarfsbefriedigung bezüglich Menge, Güte und Pünktlichkeit der Lieferung bei kleinstmöglichen Kosten. Das wirtschaftliche Prinzip erfordert grundsätzlich eine weitgehende Arbeitsteilung, die Entwicklung arbeitsparender technischer Verfahren und den Einsatz von Hochleistungsmaschinen, m. a. W. die Spezialisierung. Insoweit begünstigt das wirtschaftliche Prinzip den Fremdbezug, denn leistungsfähige Zulieferindustrien werden in vielen Fällen bezüglich Güte und Kosten der Selbstanfertigung überlegen sein. Die Selbsterstellung erfordert außerdem einen höheren Kapitaleinsatz für die zu erstellende technische Anlage und die Finanzierung der Stoffbeschaffung und der Arbeitslöhne.

Andererseits geht aber bei Fremdbezug die Einheitlichkeit der Produktionsleitung¹⁾ verloren. Die Bedeutung der einheitlichen Produktionsleitung ist in manchen Fällen ausschlaggebend, so daß ein Fremdbezug überhaupt nicht in Frage kommt. Beispielsweise kann eine Brauerei zur Versorgung der Kundschaft nicht auf den eigenen Fuhrbetrieb verzichten und die Fuhrleistungen durch eine fremde Unternehmung ausführen lassen. Abgesehen von derartigen Sonderfällen ist die Entscheidung über Selbstanfertigung oder Fremdbezug nicht allein eine Frage des Selbstkostenvergleichs und des Kapitaleinsatzes, sondern auch der Beschäftigungslage und der Betriebsbereitschaft.

Kostenvergleich bei Selbstanfertigung und Fremdbezug

Bei schlechter Beschäftigungslage entsteht für jeden Betrieb die Frage, wie er seine Erfolgshaft durchhalten kann. Bei der Untersuchung dieser Frage kommt beispielsweise eine Maschinenfabrik, die bisher in der eigenen Werkzeugmacherei nur Spezialwerkzeuge, nicht aber Handelswerkzeuge hergestellt hat, zu der Feststellung, daß Arbeitskräfte und Anlagen für die Selbstanfertigung der bisher von auswärts bezogenen Handelswerkzeuge vorhanden sind. Sie stellt eine vergleichende Kostenrechnung über Fremdbezug und Selbstanfertigung von Handelswerkzeugen für den Eigenbedarf auf und kommt zu folgendem Ergebnis:

Fremdbezug:	Selbstanfertigung	Entstehende Kosten	Feste Kosten
Werkstoffkosten 50	Werkstoffkosten 60		
Fertigungslohn 100	Fertigungslohn 250		
Gemeinkosten der Fertigung 250 ^{0/0} 250	Gemeinkosten der Fertigung		
	beweglich 50 ^{0/0} 125		
	fest 70 ^{0/0} 175		
Fertigungskosten 400	Entstehende Fertigungskosten 435		
Geschäftskosten } 100	„ Geschäftskosten 35		
Vertriebskosten } 100	„ Vertriebskosten —		
Selbstkosten 500	Entstehende Kosten insgesamt 465		
Gewinnzuschlag 50	Gewinnzuschlag —		
Bezugskosten 550	Selbstanfertigung 465		
	Für Festkostendeckung bleiben 85		÷ 85
	Bei Einsetzung von		
	für Bezugskosten verbleiben un-		
	gedeckte Festkosten 90		

¹⁾ Produktion in weiterem Sinne, also einschließlich Absatz der Erzeugung.

Der Voranschlag der Selbstanfertigungskosten beruht auf der Unterscheidung zwischen den durch Selbstanfertigung entstehenden Kosten und den festen Kosten, die unabhängig davon anfallen, ob fabriziert wird oder nicht. Zu den entstehenden Kosten gehören zunächst die Einzelkosten, die sehr vorsichtig eingesetzt worden sind, weil die günstigsten Werkstoffbezugsquellen nicht bekannt sind, und weil mit Rücksicht auf eine möglichst hohe Verwendung von vorhandenen Arbeitskräften und zur Vermeidung von Kapitalinvestitionen weitgehend Handarbeit vorgesehen ist. Wegen der hohen Fertigungslöhne ist der Gemeinkostenzuschlag verhältnismäßig niedrig. Nur ein Teil der Gemeinkosten (z. B. die Kosten der Hilfsstoffe, der Werkstatt-Hilfslöhne, des Arbeits- und des Lohnbüros) fallen unter den Begriff der entstehenden Kosten. Die Anlagen werden nicht allein durch Abnutzung sondern auch durch Veralterung entwertet und erfordern demnach auch bei Stillstand Abschreibungen. Der Zinsaufwand für Fremdkapital steigt im allgemeinen sehr viel langsamer als die Beschäftigungszunahme. Für Werkstattangestellte, Bewachung, Reinigung, Strombedarf, Heizung und Belüftung entstehen keine oder doch nur verschwindend geringe zusätzliche Kosten. Der größte Teil der Fertigungsgemeinkosten ist demnach als fest anzusprechen. Bei den Geschäftskosten erhöhen sich lediglich die Kosten der Konstruktion, nicht aber die Kosten des Einkaufs und der Verwaltung. Vertriebskosten und Gewinnzuschlag kommen überhaupt nicht in Betracht.

Das Ergebnis der Vergleichsrechnung ist für die Selbstanfertigung günstig; nicht nur wird die beabsichtigte Arbeitsbeschaffung für die eigene Gefolgschaft erreicht, sondern auch ein erheblicher Teil der Festkosten gedeckt, also der Verlust vermindert.

Gegen diese Vorteile treten die mit der Selbstanfertigung verbundenen Nachteile in den Hintergrund: Die Lieferbereitschaft ist bei Fremdbezug größer, weil bei schlechter Beschäftigungslage in der Regel ab Lager geliefert werden kann. Ferner stehen der eigenen Werkzeugmacherei nicht die Sondererfahrungen der Handelswerkzeugfabrik zur Verfügung. Endlich entsteht aus der Selbstanfertigung ein zusätzlicher Kapitalbedarf: Bei Fremdbezug mit Dreimonatsziel sind 550 RM drei Monate nach der Bereitstellung des Werkzeugs zu zahlen. Bei Selbstanfertigung ergibt sich unter Zugrundelegung einer Fertigungsdauer von zwei Monaten und einem Dreimonatsziel für den Werkstoffbezug folgende Berechnung des zusätzlichen Kapitaleinsatzes (bezogen auf die bisherigen Bezugskosten in Höhe von 550 RM):

Fortfall des Zahlungsziels von 1/4 Jahr für	
550 RM = $\frac{550}{4}$	= 137,5
Zahlung der Werkstoffe in Höhe von 60 RM 1/12 Jahr	
nach Bereitstellung des Werkzeugs = $\frac{60}{12}$	= ÷ 5,0
Vorlage für die Dauer der halben Fertigungszeit, also 1/12 Jahr, von folgenden Kosten:	
Fertigungslöhne	250 RM
Fertigungsgemeinkosten	125 "
Geschäftskosten	35 -
	410 RM
+ gedeckte Fixkosten	85 "
	325 : 12 = + 27,0
	Summe = 159,5

Dieser Betrag zum Werte des durch Selbstanfertigung ersetzten Fremdbezugs ins Verhältnis gesetzt, ergibt $\frac{159,5}{550} = 29\%$. Der zusätzliche Kapitaleinsatz beträgt

also knapp ein Drittel des Wertes der zusätzlichen Selbstanfertigung und hat ebensowenig entscheidende Bedeutung wie die Kostenerhöhung durch die Verzinsung des zusätzlichen Kapitals, die sich bei einem Zinsfuß von 6% mit $159,5 \cdot 0,06 = 9,60$ RM errechnet.

Schwerer wiegende Bedenken gegen die Selbstanfertigung im vorliegenden Beispiel ergeben sich aus der Überlegung, welche Lage bei Besserung der Beschäftigungsverhältnisse eintritt. Das Hauptergebnis der Maschinenfabrik nimmt jetzt die gesamten Betriebseinrichtungen und Arbeitskräfte in Anspruch. Der Betrieb ist genötigt, seinen (durch die Beschäftigungslage vermehrten) Bedarf an Handelswerk-

zeugen durch Fremdbezug zu decken. Seine früheren Lieferer fallen für diese Bedarfsdeckung aus, weil sie ihre Betriebe notgedrungen auf andere Erzeugnisse umgestellt haben. Handelswerkzeuge sind jetzt im Einkaufsmarkt nur mit sehr langen Lieferfristen zu beschaffen. Die Maschinenfabrik muß also diese Lieferzeiten in Kauf nehmen oder die Selbstanfertigung fortsetzen. In beiden Fällen sinkt die Lieferbereitschaft in ihren Haupterzeugnissen. Außerdem ist die Selbstanfertigung der Handelswerkzeuge unwirtschaftlich geworden, weil die Maschinenfabrik durch Überbeschäftigung in die Kostenprogression eingetreten ist, so daß nicht nur die früher errechnete Festkostendeckung fortfällt, sondern eine Erhöhung aller Kostenarten eintritt.

Abhilfe verspricht nur noch eine Erweiterung der Maschinenfabrik durch neue Anlagen und Vermehrung der Gefolgschaft. Beides kann bei hoher Beschäftigung der gesamten Wirtschaft, wie sie heute vorliegt, gemeinwirtschaftlich schädlich sein, indem der bereits überlastete Investitionsgütermarkt völlig verstopft wird und der Facharbeitermangel zum gegenseitigen Wegengagieren unentbehrlicher Arbeitskräfte führt. Der Rentabilitätsvoranschlag für die Betriebsweiterungen verliert seine sonst ausschlaggebende Bedeutung, weil etwaige Verluste auf Teilgebieten in Kauf genommen werden müssen, um Arbeitsstockungen und Überschreitungen von Lieferfristen für (gemeinwirtschaftlich) wichtige Aufträge zu verhindern. Hierdurch wird die Gefahr einer Kapitalfehleitung heraufbeschworen, die bei dem hohen Kapitalbedarf für staatliche Zwecke unbedingt vermieden werden muß.

Sicherstellung der Betriebsbereitschaft

Die Frage nach der Zweckmäßigkeit von Selbstanfertigung oder Fremdbezug gewinnt ein besonderes Aussehen für Hilfsleistungen, von denen die Durchführung des Betriebszwecks abhängt. Hier tritt die Wirtschaftlichkeit der Erstellung dieser Hilfsleistungen gegenüber der unbedingten Sicherstellung der Betriebsbereitschaft in den Hintergrund. Die Voranstellung der Betriebsbereitschaft bedeutet meistens eine Entscheidung für die Selbstanfertigung. Bergwerksbetriebe, Verkehrs- und Versorgungsunternehmen können z. B. ohne eigene Instandsetzungswerkstätten nicht auskommen. Im Bergbau stockt die gesamte Förderung durch Störung der Förder-einrichtung. Wird die Störung bis zum Schichtwechsel nicht behoben, so kann die nächste Schicht nicht einfahren, was einen ganzen Schichtausfall zur Folge hat. In Verkehrsunternehmen ist die Gewährleistung der Verkehrssicherheit, Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit nur durch laufende Überwachung und Instandhaltung durch eigenes Personal und eigene Hilfswerkstätten gegeben. Bei Versorgungsbetrieben führen Störungen in der Verteilung von Strom, Gas und Wasser durch Leitungsbrüche nicht nur zu unerträglichen Stockungen in den versorgten Wirtschaften, sondern sie bedeuten in der Regel auch eine große Gefahr für Menschen und Sachgüter. Größtmögliche Schnelligkeit der Abhilfe ist unerlässlich und bedingt den Einsatz eigenen Personals und eigener Hilfsmittel.

Die Beispiele für die Zweckmäßigkeit der Selbstanfertigung von Hilfsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft lassen sich beliebig vermehren. Insbesondere erfordern wehrwirtschaftliche Belange in der Regel eine weitgehende Unabhängigkeit der Rüstungsbetriebe vom Fremdbezug.

Ferner ist Selbstanfertigung geboten, wenn die Gefahr besteht, daß bei Fremdbezug eigene Sondererfahrungen, die meistens durch langjährige Arbeit und hohen Kostenaufwand erworben worden sind, von Dritten widerrechtlich ausgebeutet werden können.

Zusammenfassung

In vielen Fällen schließt die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft den Fremdbezug ohne Rücksicht auf die u. U. höheren Kosten der Selbstanfertigung aus. Im übrigen besitzen Gemeinwirtschaft und Industrie wegen der größeren Wirtschaftlichkeit der spezialisierten Herstellung das größte Interesse an einer leistungsfähigen Zulieferindustrie. Eine Beeinträchtigung dieser Leistungsfähigkeit zwecks Erzielung vorübergehender Vorteile für den eigenen Betrieb und die eigene Gefolgschaft ist auf lange Sicht in der Regel den gemeinwirtschaftlichen Belangen, oft auch dem vorübergehend begünstigten Betrieb abträglich. [2969]

WIRTSCHAFTSBERICHTE

Die deutsche Wirtschaft im Oktober 1936

Die Durchführung des zweiten Vierjahresplanes hat der Führer und Reichskanzler dem Ministerpräsidenten Generaloberst *Hermann Göring* übertragen. Wille und Tatkraft des Beauftragten bieten die Gewähr dafür, daß alles getan werden wird, um im Rahmen der praktisch überhaupt vorhandenen Möglichkeiten die Ziele zu erreichen, die den deutschen Wirtschaftsbetrieben vom Führer und Reichskanzler mit dem neuen Aufbauprogramm für den Zeitraum von 1937 bis 1940 gesteckt worden sind.

Wie der erste, so enthält auch der zweite Vierjahresplan im Kern nicht etwa nur ein Aufbau-, sondern auch ein Abwehrprogramm. Unter dem Eindruck des gewaltigen Auftriebes der letzten vier Jahre wird das von vielen heute offenbar übersehen. Nach wie vor stehen wir als Volk, Staat und Wirtschaft nach außen im Kampf, und zwar in einem Kampfe, bei dem es um nichts anderes als um unser zukünftiges Dasein und unsre zukünftige Lebensgeltung als Volk, Staat und Wirtschaft geht. Ein Blick in die Welt jenseits unserer Grenzen lehrt, daß diese Lage sich für die nächste Zeit nicht ändern wird. Im Gegenteil, wir müssen vielmehr mit einer Verschärfung der Lage auf diesem oder jenem Gebiete unbedingt rechnen. Verlieren wir also niemals den großen Gesamtzusammenhang aus den Augen und in ihm wiederum die Erfordernisse, die die jetzigen und zukünftigen Lebensbelange unsres Volkes von jedem einzelnen von uns und von uns allen gemeinsam verlangen. Nur dann werden wir die uns von Fall zu Fall gestellten Aufgaben in der rechten Weise zu lösen vermögen.

Im ersten Vierjahresabschnitt hieß die Losung nicht etwa, wie zunächst mancher glaubte, nur aufzurüsten oder Arbeit zu schaffen. Die Aufgabe lautete vielmehr: Es kommt darauf an, den ersten als notwendig erkannten Abschnitt im gesamten Wiederaufbau unsres Volkes, nämlich die Wiederherstellung gesunder und starker Staatsgrundlagen, so zu gestalten, daß dabei auch die Arbeits- und Daseinsgrundlagen aller Teile unsres Volkes in gesunder Weise geschaffen, entwickelt und gesichert werden können. Oder mit andern Worten, an Hand der Durchführung einer lebenswichtigen Teilaufgabe im gesamten Wiederaufbauprogramm mußte eine gesunde Lebensgestaltung und Lebensführung des Volkes in allen seinen Teilen nicht nur ermöglicht, sondern auch auf- und ausgerichtet werden.

Das gilt in der gleichen Weise für den zweiten Vierjahresabschnitt. Nur hat nunmehr sich der Brennpunkt in der Hauptaufgabenstellung von dem eigentlichen national-staatlichen Gebiet verlagert, was zweifelsohne von nicht unbeträchtlichem Einfluß auf die Maßnahmen aller Beteiligten und ihre Auswirkungen sein wird. Allerdings darf dabei niemals vergessen werden, daß die im ersten Vierjahresplan gestellten Aufgaben noch keineswegs beendet sind, und daß auch nach ihrer Beendigung die Abwicklung der damit verbundenen Arbeiten und Aufträge noch eine geraume Zeit auf manchem Gebiete, so z. B. dem finanziellen, die neuen Maßnahmen des zweiten Vierjahresplanes und ihre Auswirkungen überschatten, ja vielleicht sogar zudecken wird.

Um so wichtiger muß und wird es für alle Beteiligten sein, nicht nur auf die Erfolge im Zuge der eigentlichen, d. h. ursprünglichen Zielsetzung und Aufgabenstellung beider Vierjahrespläne zu achten, sondern vor allen Dingen auch die Abwicklung aller derjenigen Maßnahmen und Auswirkungen im Auge zu behalten, die sich im Anschluß an die Aufbauarbeiten selbst für die gesunde Lebensgestaltung und Lebensführung von Volk, Staat und Wirtschaft ergeben.

Die Zukunft unsres Volkes wurzelt in seiner inneren Kraft. Sie stark und gesund zu erhalten und zu entwickeln, ist wichtiger, als Neues, und sei es auch noch so gewaltig, in

kürzesten Fristen zu schaffen. Das gilt vor allen Dingen auch für den Aufbau und das Leben unsrer Wirtschaftsbetriebe. Hüten wir uns davor, in die Fehler vergangener Zeiten, wie z. B. der Jahre 1928/29 zu verfallen. Übertreiben und überspitzen wir die Entwicklung nicht, sondern suchen wir, wie der weitblickende Feldherr, zunächst die gewonnenen Stellungen zu sichern, bevor wir zielbewußt an die Erkämpfung der nächsten gehen. Erzwingen läßt sich weder technisch noch wirtschaftlich etwas. Jeder Fortschritt, jeder Aufstieg, soll er von Dauer sein, muß erarbeitet, erkämpft und erworben werden.

Das alles immer wieder und wieder zu betonen, erscheint wichtig, einmal weil wir vor großen, aber schweren und ersten Aufgaben stehen, dann aber auch weil so mancher heute im Wirtschaftsleben bereits dem Banne der sich steigernden Zahl unterliegt und dabei dann nur zu leicht auf die Zusammenhänge nicht achtet, da er das Ganze nur aus dem mehr oder weniger engen Gesichtswinkel seines eigenen Betriebes sieht.

Nächst der eigentlichen Aufgabe des zweiten Vierjahresplanes, der sich bekanntlich vor allem die Schaffung einer ausreichenden eigenen Rohstoffbasis für die deutsche Volkswirtschaft zum Ziel gesetzt hat, sind bei der Durchführung in erster Linie die Maßnahmen und Auswirkungen auf zwei Gebieten zu beachten:

- a) Die Sicherstellung des Ausgleiches in finanzieller Beziehung, angefangen mit der Erstfinanzierung der aus der Durchführung der Aufgaben erwachsenden Lasten, über die Konsolidierung von aufgenommenen und gegebenen Krediten bis schließlich zur Herbeiführung des endgültigen Ausgleiches zwischen dem bei der Erstellung entstandenen Sozialprodukt und Sozialertrag in der verwendenden Hand bei gleichzeitiger Tilgung der ursprünglich an den Sozialertrag und das Sozialprodukt gebundenen Forderungen und Verpflichtungen.
- b) Die Beherrschung der Preisbildung zur Vermeidung einer dem Leistungs- und Gemeinschaftsprinzip widersprechenden, mehr spekulativ als fruchtbringend sich auswirkenden Verteilung, in Sonderheit der lebenswichtigen Güter, wobei insbesondere auf die Einflüsse von und zum Weltmarkt zu achten ist.

Beide Punkte sind nicht nur für jeden einzelnen Betrieb und Haushalt von Wichtigkeit, sondern noch weit mehr für die gesamte Volkswirtschaft, in deren Rahmen und um deren Willen ja der zweite Vierjahresplan durchgeführt wird.

Man hört heute im In- und Ausland immer wieder die Frage, wie wird in Deutschland eigentlich ein solcher Vierjahresplan finanziert. Woher nimmt man die für die Durchführung benötigten Mittel, und wer bezahlt schließlich das, was aufgewendet wird?

Die Frage allein beweist, daß der Fragesteller offenbar privatwirtschaftlich eingestellt ist und den Zusammenhang einer Volkswirtschaft übersieht, jedenfalls dann, wenn mit der Frage nicht lediglich auf die Finanztechnik, sondern auf die Finanzierungsmöglichkeit überhaupt abgezielt wird.

An sich läßt sich eine jede Leistung, ganz gleich ob sie nutzbringend ist oder nicht, aus sich selbst, d. h. aus dem eigentümlichen Wertbildungsvorgang ihrer Erstellung heraus „finanzieren“. Denn es kommt hierbei nur darauf an, daß im eigentlichen Ausgleichsvorgang die bei der Erstellung der Leistung entstandene Verpflichtung unmittelbar oder mittelbar auf diejenigen umgelegt wird, die bei der Leistungserstellung Forderungswerte zur Abgeltung ihrer eigenen Beteiligung an der Leistung erhalten haben. Das mag recht theoretisch klingen, ist es aber nicht. Denn eine jede Volkswirtschaft ist im Grunde genommen eine derartige Leistungs-, Nutzungs- und Verrechnungsgemeinschaft.

Daraus lassen sich allerdings sehr nüchterne Schlußfolgerungen ziehen. Wer im Rahmen einer Wirtschaftsgemeinschaft Güter irgendwelcher Art und damit Anteile am gesamten Sozialprodukt in Anspruch nimmt, muß die mit ihnen verbundenen, bei der Erstellung entstandenen Verpflichtungen nicht nur durch Forderungen bezahlen und tilgen, die er selber wiederum auf Grund irgendwelcher Leistungen oder Dienste, Rechte oder Pflichten für sich in Anspruch nimmt. Er muß auch umgekehrt seiner Wirtschaftsgemeinschaft die Forderungen und damit den Gegenwert seiner Anteile am Sozialertrag zur Verfügung stellen, die er selbst von ihr zwecks Bezahlung und Tilgung der an das erworbene Gut gebundenen Verpflichtungen auf Grund irgendwelcher Leistungen oder Dienste, Rechte oder Pflichten zur Verfügung gestellt haben will. Jedes Glied einer Wirtschaftsgemeinschaft hat also stets, darauf habe ich in dieser Zeitschrift schon oft hingewiesen, einen doppelten wechselseitigen Wirtschaftsvorgang zu erfüllen. Es genügt nicht, daß jemand nur seine Schulden bezahlt, er muß auch das ihm zufließende Geld in wirtschaftlich gesunder Weise wiederum der Wirtschaft zuführen.

Von einer andern Seite aus gesehen bedeutet das: Hat ein Volk über den eigentlichen Lebensbedarf seiner Familienhaushalte hinaus irgendwelche Güter erstellt, die besonders Zwecken, z. B. dem Aufbau des Nationalstaates oder der Betriebswirtschaft dienen, so muß es den dabei in Gestalt von Forderungen (Geld) entstandenen Gegenwert des betreffenden Sozialertrages dem Verwender des betreffenden Sozialproduktes, d. h. dem Nationalstaat oder der Betriebswirtschaft in irgendeiner Form, z. B. in Gestalt von Steuern und Abgaben oder in Gestalt von Kapitalbeteiligungen und Anleihen zur Verfügung stellen.

Durch Steuern und Abgaben wird eine Tilgung der zuvor erwähnten Verpflichtung in unmittelbarer Form durchgeführt, wobei die Tilgung auch rein wertmäßig gesehen meist zu Lasten der Erstellenden und zugunsten der Verwendenden geht. Durch Kapitalbeteiligungen und Anleihen erfolgt die Tilgung gewissermaßen nur mittelbar. Der Rechtsanspruch des Leistenden bleibt unberührt. Seine Forderung wird gewissermaßen dem Verwendenden nur zur Verfügung gestellt. Hierbei besitzt der Kapitalanteil den volks- und betriebswirtschaftlichen Vorzug laufender Abstimmung zwischen der Aktiv- und Passivwertbildung, während bei der Anleihe o. dgl. wie bei jedem Kredit stets die Gefahr einer Abweichung beider infolge der konjunkturell schwankenden Preis- und Wertbildung gegeben ist.

Der Gesamtvorgang, der im einzelnen seinen Ausdruck in der jeweiligen Finanzkonstruktion und Finanztechnik findet, läuft im Grunde genommen jedoch stets auf ein und dasselbe hinaus. Das durch und während der Gütererstellung (Auftrieb) entstandene wechselseitige Wert- und insbesondere Kreditgebilde muß irgendwie seinen Ausgleich in einer für das Ganze gesunden Art und Weise finden. Das ist die Aufgabe, aber auch die Kunst jeder Wirtschaftsführung.

Erleichtert wird die hier zu lösende Aufgabe durch die psychologischen Einflüsse, die im Wirtschaftsleben eine nicht mindere Rolle spielen als auf andern Gebieten des menschlichen Lebens. Der Mensch ist offenbar nicht fähig, den gesunden und mittleren Weg zu gehen. Er bewegt sich stets zwischen Extremen, wobei er vergißt, daß das eine Extrem in der Regel nur das andre mit umgekehrten Vorzeichen und daher mit umgekehrter Auswirkung ist.

Nur wenige Jahre sind es her, da erlebten wir die wirtschaftschrumpfenden Zeiten der Geldanhäufung. Durch die Maßnahmen der Reichsregierung seit 1933 wurde die Thesaurierung derartiger nicht oder nur betriebsfremd verwandter Mittel überwunden. Kaum war das geschehen, da bewegte sich die Wirtschaft bereits in Richtung auf das entgegengesetzte Extrem.

Heute erleben wir bereits in der Welt, nicht etwa nur bei uns, eine wirtschaftsaufblühende Sachwertpsychose. Die Flucht

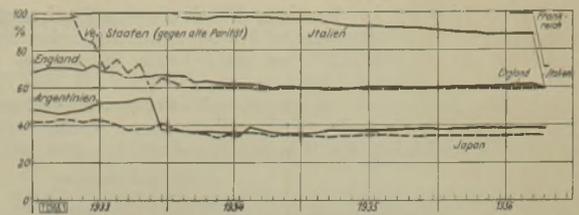


Abb. 1. Stand ausländischer Währungen in % des Pariwertes

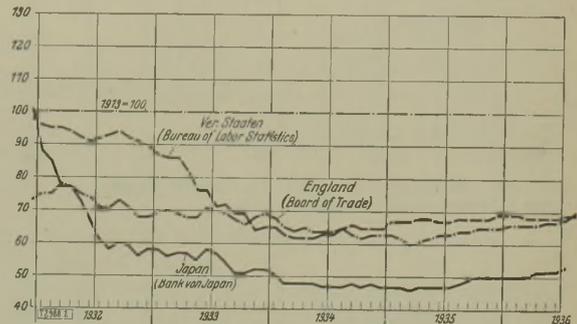


Abb. 2. Ausländische Großhandelskennzahlen

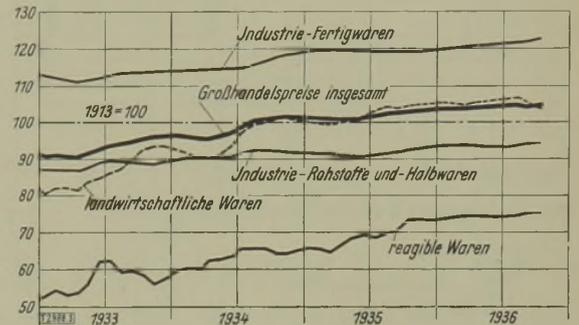


Abb. 3. Deutsche Großhandelskennzahlen

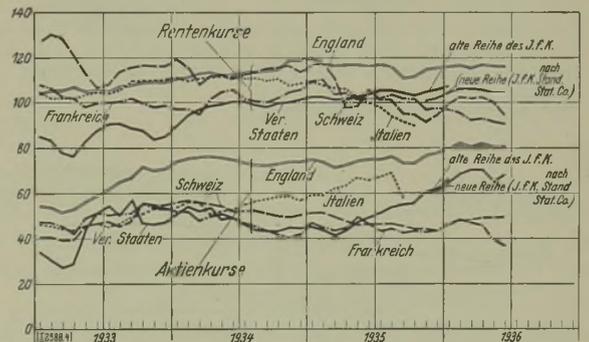


Abb. 4. Ausländische Kurskennzahlen für Aktien und Rentenpapiere

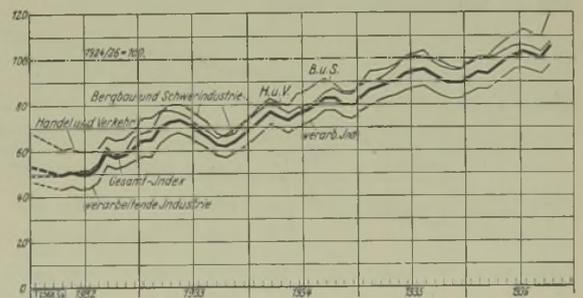


Abb. 5 a. Die amtliche Aktienkurs-Kennzahl

aus dem Geldwert hat zu einer Flucht in den Sachwert mit allen ihren preistreibenden und mengenanhäufenden Folgeerscheinungen geführt. Das geht heute bereits so weit, daß auch der vermeintliche Sachwert, wie z. B. der Kapitalanteil (Aktie) in seiner Kursbildung von derartigen Stimmungen beeinflußt wird, selbst dann, wenn, wie bei uns in Deutschland, die Rendite desselben bezogen auf den

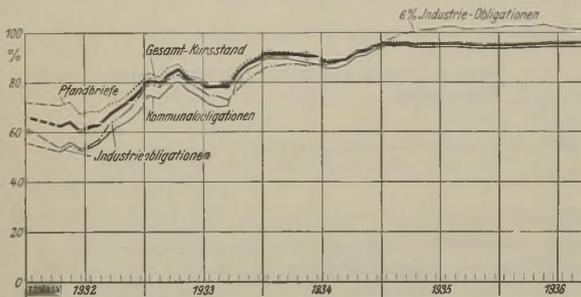


Abb. 5 b. Mittlerer Kursstand 4 1/2 bzw. 6 prozentiger festverzinslicher Wertpapiere

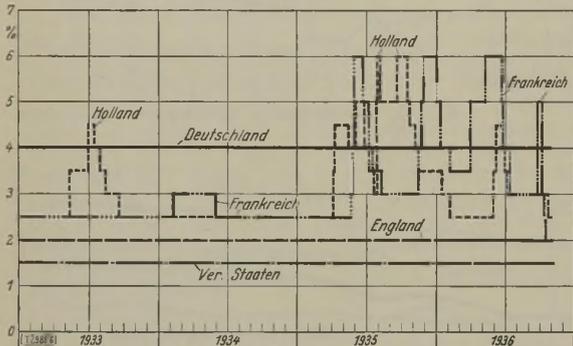


Abb. 6. Amtliche Banksätze verschiedener Länder

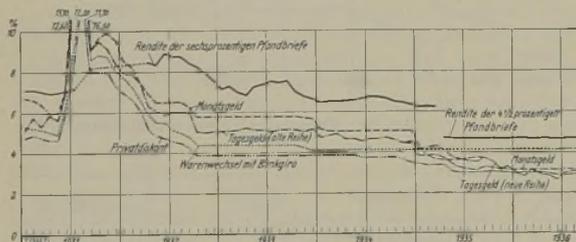


Abb. 7. Zinssätze in Deutschland

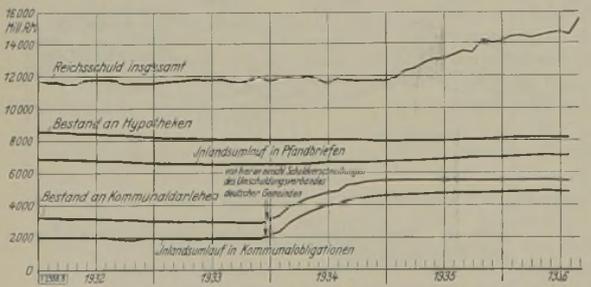


Abb. 8. Verschuldung im Reich



Abb. 9. Geld- und Wechselverkehr, Kredite und Spareinlagen

Nominalwert nach oben fest begrenzt worden ist. Ausnahmen findet man nur in den Ländern, wo die Unsicherheit der innerpolitischen Verhältnisse o. dgl., wie z. B. in Frankreich, zu einer Abneigung gegenüber dem Aktienmarkt geführt hat (Abb. 4 u. 5 a).

So wünschenswert die Abkehr unserer Wirtschaftsgemeinschaft von dem reinen Geldhäufungsstandpunkte und das Bekenntnis zu einer ziel- und verantwortungsbewußten Anlagepolitik ist, so unerwünscht, ja gefährlich sind diese auf falschen Vorstellungen oder gar Paniken beruhenden Sachwertpsychosen. Sie müssen im ureigenen Interesse der Gesamtwirtschaft mit aller Kraft bekämpft und ausgetilgt werden. Sicher ist, daß derartige Bewegungen Rückschläge folgen. Wir wollen und brauchen derartige, vielfach noch spekulativ geförderte „Wirtschaftsbelebungen“ nicht. Unsere Wirtschaft soll und muß im Sinne des Aufbauprogramms ziel- und verantwortungsbewußt ohne Übersteigerungen und Überspitzungen aufgebaut und entwickelt werden.

In diesem Zusammenhang ist ein Vergleich zwischen den Verhältnissen in andern Ländern und denen in Deutschland nicht ohne Interesse.

Der Stand einer Reihe von wichtigen ausländischen Währungen beginnt sich durch die Abwertung des Goldblockes (Frankreich, Schweiz, Holland) und Italiens langsam auf gewisse Durchschnittslagen einzuspielen (Abb. 1).

Vergleicht man mit dem Währungsstand die Entwicklung der ausländischen Großhandelskennzahlen (Abb. 2), so kann man feststellen, daß sowohl in England und USA als auch in Japan in den letzten anderthalb Jahren eine Preissteigerung von rd. 15% eingetreten ist, wobei die Großhandelskennzahl im Sommer dieses Jahres in den Angloländern um etwa 15 bis 16%, in Japan um etwa 50% über dem entsprechenden Währungsstande liegt. Demgegenüber sind die deutschen Großhandelskennzahlen (Abb. 3) im gleichen Zeitraum um etwa 3 bis 6% bei den binnenmarktbedingten und 15% bei den auslandsmarktbedingten Warengruppen gestiegen.

Die Aktienkurse weisen neuerdings nicht nur in Deutschland (Abb. 5 a), sondern auch in USA, England,

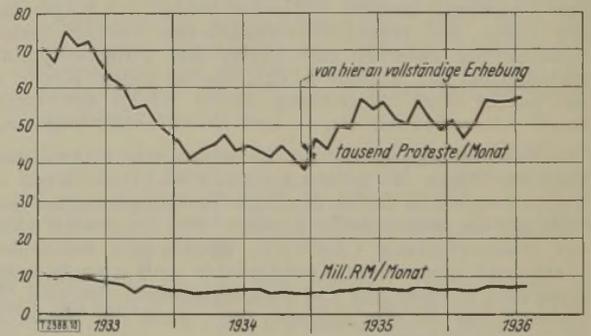


Abb. 10. Anzahl der Wechselproteste

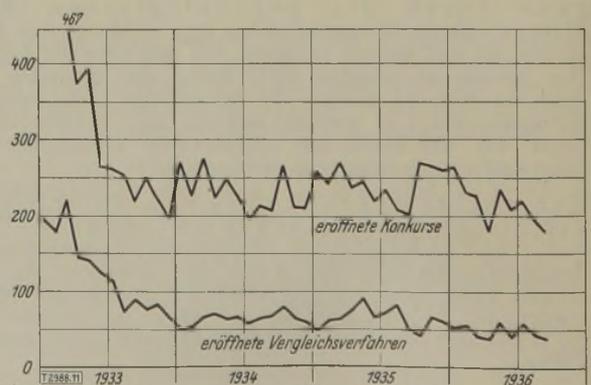


Abb. 11. Anzahl der eröffneten Konkurse und Vergleichsverfahren

der Schweiz (Abb. 4) starke, z. T. spekulative Steigerungen auf, während sich in der Entwicklung der Rentenkurse das jeweilige Vertrauen widerspiegelt, das in den betreffenden Ländern (Abb. 4 u. 5 b) der heimischen Währung und der heimischen Staats- und Wirtschaftspolitik entgegengebracht wird.

Die Angriffe gegen die Währung der Goldblockländer, die nunmehr zur Abwertung geführt haben, sind, wie bereits in früheren Wirtschaftsberichten erwähnt, in ihrer Auswirkung deutlich aus den schwankenden amtlichen Banksätzen ersichtlich (Abb. 6). Demgegenüber weisen USA, England und Deutschland nach wie vor stetige amtliche Banksätze aus.

In Deutschland, dessen Geldmarkt bis vor kurzem noch eine bereits als chronisch bezeichnete Flüssigkeit zeigte (vgl. Techn. u. Wirtsch. Heft 8/1936, Seite 241), ist inzwischen bei den Zinssätzen eine gewisse Festigkeit in den Tagesgeldsätzen, Privatkonten und Monatsgeldsätzen eingetreten (Abb. 7), ohne daß hieraus jedoch bereits ein ausgesprochener Umschwung in der Geldmarktlage abgeleitet werden dürfte. Die letzte Konsolidierungsanleihe des Reiches (Abb. 8) hat hier eine gewisse Verknappung herbeigeführt, die durch weitere Anleihen zunächst noch verstärkt werden dürfte, sofern die Durchführung des neuen Vierjahresplanes nicht in ähnlicher Weise wie die des ersten Vierjahresplanes finanziert werden sollte. Die Flüssigkeit des Geldmarktes hat günstig auf den Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen im Inland gewirkt (Abb. 8), wodurch wiederum eine gewisse Entlastung der entsprechenden Institute herbeigeführt worden ist.

Die finanziellen Auswirkungen der Wirtschaftsentwicklung im ersten Vierjahresabschnitt sind deutlich einerseits aus der Entwicklung der Reichsschuld (Abb. 8) und der Sparkasseneinlagen (Abb. 9), andererseits aus dem Umlauf an versteuerten Wechseln, den Notenbankkrediten und dem Geldumlauf zu ersehen (Abb. 9). In ihnen allen spiegeln sich die Auswirkungen des bisherigen Auftriebs und die Notwendigkeiten des zukünftigen Ausgleichs wider, auf die eingangs hingewiesen worden ist. Bei ihrer Beurteilung ist es beruhigend, daß sowohl bei der Anzahl und dem Wert der Wechselproteste (Abb. 10) als auch bei der Anzahl der eröffneten Konkurse und Vergleichsverfahren (Abb. 11) nur unwesentliche Veränderungen festgestellt werden können.

Bredt [2988]

Wirtschaftskennzahlen

Gruppe	Okt. 1936	Sept. 1936	August 1936
Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (neue Berechnung) (1913/14 = 100)	124,4	124,4	125,4
Großhandelskennzahl des Stat. Reichsamtes (1913 = 100)	104,3	104,4	104,6
Baukennzahl (Stat. Reichsamt, neue Berechnung)	—	131,8	131,8
Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl - Stat. Reichsamt 1913 = 100)	—	121,6	121,6

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 5. 10. bis 10. 10.: 104,29; 12. 10. bis 17. 10.: 105,77; 19. 10. bis 24. 10.: 107,74; 26. 10. bis 31. 10.: 107,64

Erwerbslosenzahlen¹⁾ (in 1000) am 30. 9. 36. Gesamtzahl 1035

Arbeitslosenversicherung	Krisenfürsorge	Wohlfahrts-erwerbslose	Nicht-unterstützte
122	454	152	308

¹⁾ Vorl. Zahlen aus „Wirtschaft u. Statistik“ 1. Oktober-Heft 1936. Die Gesamtzahl betrug nach Zeitungsmeldungen am 31. Oktober nur noch 1,076 Millionen.

Geldmarkt am 2. November 1936

Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32	%
Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32	4
Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht	5
„ „ „ lange Sicht	3
Tagesgeld an der Berliner Börse	3 ¹ / ₄ bis 3 ¹ / ₂

Erzeugungsstatistik

Land	Industrie	August 1936	Sept. 1936	Sept. 1935
		1000 t		
Deutschland	Steinkohle	12 991,7	13 348,4	12 979,2
„	Braunkohle	12 904,4	14 006,6	12 538,9
„	Ruhr-			
„	Steinkohle	8 775,7	9 007,7	8 076,2
„	Ruhr-Koks	2 311,4	2 287,4	1 902,3
„	Roheisen	1 362,1	1 349,7	1 112,7
„	Rohstahl	1 725,2	1 721,3	1 378,9
„	Walzwerk-			
„	erzeugn.	1 172,9	1 193,1	990,2
Luxemburg	Roheisen	170,0	183,7	147,7
„	Rohstahl	164,4	184,5	138,0

Güterwagengestellung der Deutschen Reichsbahn (arbeits-täglich in 1000 Stück)	133,9	142,4	133,5
---	-------	-------	-------

Maschinenindustrie

Die Landmaschinenindustrie im 1. Halbjahr 1936

Im 1. Halbjahr 1936 hat sich der Beschäftigungsgrad des gesamten Maschinenbaues — d. h. das Verhältnis der tatsächlich geleisteten Arbeiterstunden zur Sollzahl — von 73,3 auf 80,9 % gehoben. Dagegen ist der Beschäftigungsgrad im Landmaschinenbau von 78,6 auf 95,2 % gestiegen. Im Durchschnitt der 6 Monate betrug der Beschäftigungsgrad 88 % gegen 74 % in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dies bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um rd. 19 %. Die Gefolgschaften haben sich nach dem Stande vom 1. Juli 1936 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres von 31 770 auf 38 933, d. h. um 22,5 % vermehrt.

Die deutsche Landmaschinenausfuhr ist im 1. Halbjahr 1936 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres von rd. 14 900 t auf 21 400 t, wertmäßig von 11,3 Mill. auf 15 Mill. RM gestiegen. Die Einfuhr betrug 1,3 Mill. RM; es ergibt sich demnach ein Ausfuhrüberschuß von 91,5 %.

Einer mengenmäßigen Ausfuhrsteigerung von 43 % steht mithin eine wertmäßige von 33 % gegenüber. Angesichts der großen Schwierigkeiten, die durch die internationalen Währungsabwertungen und sonstigen Hemmnisse die Ausfuhr heute bietet, verdient die erhebliche Steigerung der deutschen Landmaschinenausfuhr besonders hervorgehoben zu werden. Wie die Zahlen zeigen, machte allerdings trotz aller Bemühungen der Fabriken, die bestmöglichen Erlöse zu erzielen, der auf dem Weltmarkt herrschende scharfe Wettbewerb nach wie vor beträchtliche Preisopfer erforderlich. [2971]

Nichteisenmetalle

Die Welt-Quecksilbererzeugung

seit Bestehen des Internationalen Quecksilber-Kartells

Es ist damit zu rechnen, daß das zwischen Italien und Spanien seit einer Reihe von Jahren bestehende Quecksilberkartell mit Ablauf d. J. aufgelöst wird. Auch in deutschen Fachkreisen rechnet man z. Zt. mit dieser Möglichkeit. Im Augenblick läßt sich noch nicht übersehen, wie der internationale Quecksilbermarkt endgültig auf die Auflösung des Kartells reagieren wird; bisher hat die Londoner Notiz auf die Meldung über das bevorstehende Ende des Kartells eine Steigerung erfahren, eine allerdings etwas ungewöhnliche Erscheinung, da im allgemeinen bestimmt auftretende Meldungen über in Aussicht stehende Lösungen von Kartellverbindungen verflauend auf den Preisstand der in Betracht kommenden kartellierten Erzeugnisse zu wirken pflegen.

Das italienisch-spanische Quecksilber-Kartell ist gegen Ende des Jahres 1928 ins Leben gerufen und seit dieser Zeit nach Ablauf der ursprünglichen Vertragsperiode verlängert worden. Die Schaffung eines gemeinsamen Verkaufsbüros, des Mercurio Europeo in Lausanne, hat zunächst zu einer Stabilisierung der Preise beigetragen, wengleich die Verkaufs- und Preispolitik des Kartells

s. Zt. vielfach stark kritisiert wurden. Immerhin hat die Verständigung zwischen den beiden größten internationalen Quecksilbererzeugern der Welt im Laufe der letzten Jahre dazu beigetragen, daß sich die Welt-Quecksilbererzeugung nicht erhöht hat, und daß sich vor allem auch die Außen-seitergruppen des Kartells nicht in dem ursprünglich von ihnen geplanten Umfang am Weltmarkt oder auf Teilen von ihm durchsetzen konnten.

Die internationale Quecksilbergewinnung und die der italienisch-spanischen Gruppe haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Jahr	Welterzeugung in t	Italien t	Spanien t
1928	5074	1988	2195
1929	5583	1998	2476
1930	3777	1933	663
1931	3527	1298	682
1932	2831	1616	816
1933	2087	607	677
1934	2652	441	1096
1935	3378	880	1232

Außer in Italien und in Spanien ist noch eine nennenswerte Quecksilbererzeugung in Rußland, USA und in Mexiko zu verzeichnen. Deutschland deckt seinen Bedarf in Quecksilber fast ausschließlich durch Einfuhr; seit dem vorigen Jahr sind Bestrebungen eingeleitet worden, um den seit vielen Jahren stillliegenden Quecksilberbergbau in der Nordpfalz wieder zu neuem Leben zu erwecken.

(K) [2970]

Kohlenbergbau

Steigende Kokserzeugung der Welt

Seit einer Reihe von Monaten werden unter den hauptsächlichsten europäischen Steinkohlenkoks-Erzeugern Verhandlungen über die Schaffung einer europäischen Kokskonvention geführt. An diesen Verhandlungen sind die Kokserzeuger Deutschlands, Großbritanniens, Hollands, Belgiens und Polens beteiligt. Es handelt sich zunächst darum, Quoten für die Koksausfuhr der einzelnen Ländergruppen nach einer Reihe von Absatzmärkten festzulegen und auf diese Weise eine allmähliche Besserung der Preisverhältnisse im internationalen Koksausfuhrgeschäft zu erreichen, von der man sich auch gewisse Rückwirkungen auf das internationale Kohlegeschäft verspricht.

Die Kokserzeugung der Welt ist nach den Veröffentlichungen des Reichskohlenrats in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Es dürfte dies in erster Reihe eine unmittelbare Folge der nun schon einige Jahre anhaltenden Besserung der Produktionsverhältnisse in der internationalen Eisen- und Stahlindustrie sein, die sich insbesondere unter dem Einfluß der Rüstungskonjunktur in einer Reihe von Ländern stark belebt haben. So ist z. B. die Welt-Kokserzeugung (Zechen- und Hüttenkoks) in den letzten Jahren wie folgt gestiegen:

Jahr	1000 t	Jahr	1000 t
1930	127 205	1933	90 586
1931	97 196	1934	106 784
1932	80 245	1935	116 038

Unter den europäischen Ländern hatte Deutschland im abgelaufenen Jahre mit 29 556 den höchsten Produktionsstand zu verzeichnen, der sonst nur von den Vereinigten Staaten von Amerika überschritten worden ist, deren Erzeugung sich 1935 auf 31 942 belief.

Die deutsche Steinkohlenkoks-Ausfuhr hat sich in den letzten Jahren unter dem Einfluß der Produktionssteigerung bedeutend erhöht und konnte damit auch erheblich gesteigerte Erlöse erbringen; sie betrug:

erstes Halbjahr	in 1000 dz	in Mill. RM
1930	41 285,9	102,1
1931	29 532,8	69,7
1932	23 172,1	41,8
1933	24 299,5	35,2
1934	27 774,7	36,0
1935	30 625,4	40,8
1936	32 977,4	42,5

Der größte Teil der deutschen Steinkohlenkoksausfuhr geht nach folgenden Ländern: Luxemburg, Dänemark, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Holland, Österreich, Schweden, Schweiz, Ungarn, Türkei und nach den Vereinigten Staaten von Amerika. [2885]

Versicherung

Die deutsche Versicherungswirtschaft

Das deutsche Versicherungswesen zerfällt in drei große Gruppen. Auf der einen Seite steht die Sozialversicherung, d. h. die gesetzlich geregelte Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte, auf der anderen Seite die Individualversicherung mit zahlreichen verschiedenen Geschäftsbereichen. Die Individualversicherung wiederum verteilt sich auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten und auf private Versicherungsunternehmen. Die wichtigsten Geschäftsbereiche sind bei beiden die gleichen. Die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten sind Einrichtungen der Länder, Provinzen, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften. Diese Versicherungsträger unterstehen der Aufsicht der Länderregierungen und unterliegen in ihrem Geschäftsverkehr gewissen Beschränkungen; auf der anderen Seite genießen sie bestimmte Vorrechte und haben insbesondere den öffentlich-rechtlichen Charakter als wichtiges Werbemittel und Vertrauensgrundlage auf ihrer Seite. Gleichwohl hat die Privatversicherung, die einem besonderen Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung untersteht, infolge ihrer größeren Unabhängigkeit, leichteren Beweglichkeit und weit vielseitiger gegliederten Geschäftstätigkeit den weitaus größeren Umfang. So betragen im Jahre 1934 die Prämieinnahmen der gesamten Individualversicherung 2089 Mill. RM. Davon entfielen 1790 Mill. RM oder fast 86 % auf die Privatversicherung.

1. Sozialversicherung

Der Umfang der Sozialversicherung soll hier nur kurz durch einige maßgebende Ziffern gekennzeichnet werden, die für die Zahlen der Versicherten auf 1933, für die Beiträge und Leistungen auf 1935 bezogen sind (vorläufige amtliche Zahlen).

Gruppe	Versicherte (1933)	Leistungen (1935)	
		Beiträge (1935) Mill. RM	Mill. RM
Krankenversicherung einschl. Ersatzkassen	18 540 348	1350	1317
Unfallversicherung	22 055 161	356	284
Invalideversicherung	rd. 17 000 000	963	1186
Angestelltenversicherung	3 600 000	358	305
Knappschaftliche Pensionsversicherung		126	207

Dazu kommt die Arbeitslosenversicherung mit (1933) 10 944 000 Versicherten und im Rechnungsjahr 1933/34: 2666 Mill. RM, im Rechnungsjahr 1934/35: 1978 Mill. RM Arbeitslosenhilfe.

2. Privatversicherung

Die Privatversicherung umfaßte nach dem Geschäftsbericht des Reichsaufsichtsamtes für 1935 2117 Gesellschaften, davon 229 Aktiengesellschaften und 1875 Gegenseitigkeitsgesellschaften; mit diesen Zahlen ist aber der Kreis keineswegs voll erfaßt, da beispielsweise die ganze Transportversicherung nicht der Reichsaufsicht unterliegt. Unter den Versicherungszweigen stehen die Lebensversicherung und die Krankenversicherung obenan; Lebensversicherung wird von 487 Gesellschaften, Krankenversicherung von 357 privaten Versicherungsgesellschaften gepflegt. Dazu treten 133 Feuerversicherungsgesellschaften mit verschiedenen Nebenzweigen, 33 Gesellschaften für Unfall- und Haftpflichtversicherung und 968 Gesellschaften für landwirtschaftliche Versicherungen, also besonders für Hagel- und Viehversicherung. Daneben pflegen noch mehr als 100 Gesellschaften sonstige Sachversicherungen.

Deutlicher als durch die Zahl der ausübenden Gesellschaften wird die Bedeutung der einzelnen Versicherungszweige durch die Höhe ihrer Prämieinnahmen gekennzeichnet. In der Privatversicherung (die also immer als

kennzeichnend für die gesamte Versicherungswirtschaft in Deutschland anzusehen ist) verzeichneten im Jahre 1935 die größeren Versicherungsunternehmen nach der Statistik des Reichsaufsichtsamtes Prämieinnahmen von 1903 Mill. RM. Diese verteilten sich in folgender Weise:

Lebensversicherung	902 Mill. RM
Krankenversicherung	365 „ „
Feuerversicherung	194 „ „
Autoversicherung	142 „ „
„Sonstige aufsichtspflichtige Versicherung“ ¹⁾	89 „ „
Haftpflichtversicherung	66 „ „
Nicht aufsichtspflichtige Versicherung ²⁾	52 „ „
Unfallversicherung	47 „ „
Landwirtschaftliche Versicherung	40 „ „
Kreditversicherung	6 „ „
Zusammen	1903 Mill. RM

1) d. h. z. B. Einbruch-, Raub-, Wasserleitungs-, Glas-Versicherung usw.; aufsichtspflichtig im Sinne der Unterstellung unter das Reichsaufsichtsamte.

2) z. B. Transportversicherung.

In der wichtigsten Gruppe der privaten Versicherungswirtschaft, der **Lebensversicherung**, zeigt sich ein beständiger Anstieg der Versicherungen nach der Zahl ebenso wie nach der Versicherungssumme. Bei 58 der größeren deutschen Lebensversicherungsgesellschaften, die, ohne die große Zahl der kleineren privaten Sterbekassen und Vereine zu umfassen, im Jahre 1934 etwa 77 % der gesamten (öffentlichen und privaten) Lebensversicherungssumme deckten, standen in Kraft

	Versicherungen	Versicherungssumme
am 1. Juli 1935	17 274 640	16 310 Mill. RM
am 1. Januar 1936	18 206 519	17 040 „ „
am 1. Juli 1936	18 496 439	17 690 „ „

Versicherungstechnisch werden unterschieden „Groß-Lebensversicherung“, „Klein-Lebensversicherung“ und „Gruppenversicherung“. Die beiden ersten Begriffe erklären sich von selbst, sie sind im wesentlichen getrennt durch die Versicherungssumme von etwa 2000 RM im Einzelfalle. Gruppenversicherung ist die Versicherung der Mitglieder von Vereinen, von ganzen Gefolgschaften oder Angestelltenschaften ohne Namhaftmachung des einzelnen Versicherten. In diesen Gruppen verteilt sich nach dem gegenwärtigen Stande (Juli 1936) bei den genannten 58 Lebensversicherungsgesellschaften die Zahl der Versicherungen in folgender Weise:

	Versicherungen	Versicherungssumme
Groß-Lebensversicherung	2 937 890	12 220 Mill. RM
Klein-Lebensversicherung	9 908 279	3 570 „ „
Gruppen-Versicherung	5 650 270	1 900 „ „

Die Bewegung der Neuabschlüsse in der privaten Lebensversicherung zeigt Abb. 1. Der monatlich abgeschlossenen

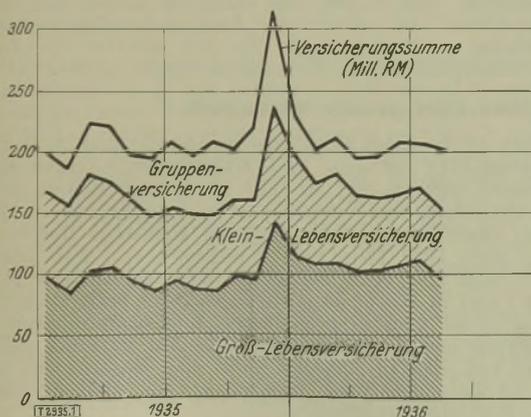


Abb. 1. Neuabschlüsse in der privaten Lebensversicherung

Versicherungssumme nach treten heute die Kleinversicherungen bedeutend stärker hervor als nach der Übersicht über den bisherigen Stand, da hier die Kleinlebensversicherung als verhältnismäßig junge Einrichtung zahlenmäßig

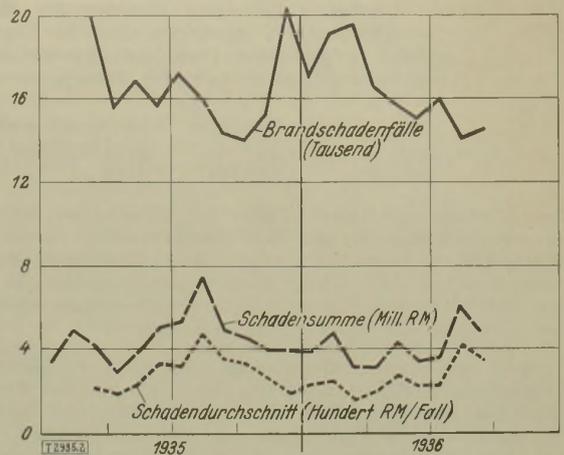


Abb. 2. Die Brandschäden in der privaten Feuerversicherung

gegenüber den aus älterer Zeit bestehenden, sämtlich als Großversicherungen gezählten Summen noch nicht voll zur Geltung kommt. Während nach dem bisherigen Stande die Kleinversicherungen nur 20 % der gesamten Versicherungssumme ausmachten, ist ihr Anteil bei den Neuzugängen des 1. Halbjahres 1936 auf 32,5 % gestiegen. Erst in den letzten Monaten ist wieder ein leichter Rückgang der Kleinversicherung gegenüber dem weiteren Anstieg der Groß-Lebensversicherung festzustellen. Auch die Gruppenversicherung hat als Einrichtung neuerer Zeit erst einen geringen Anteil an der bestehenden Versicherungssumme (rd. 11 %), dem Neuzugang nach ist ihre Bedeutung auf rd. 16 % der Versicherungssumme gestiegen.

Die Bedeutung der privaten Feuerversicherung wird u. a. durch die Tatsache belegt, daß im Jahre 1935 mehr als 200 000 Brandschadenfälle mit einer Gesamtschadenssumme von fast 55 Mill. RM entschädigt worden sind. Im 1. Halbjahr 1936 ergaben sich rd. 103 600 Fälle mit 22,7 Mill. RM Schaden (s. Abb. 2). Der durchschnittliche Schaden schwankt natürlich stark nach dem zufälligen Anteil der „Großschäden“ (zu denen im allgemeinen Schäden über 50 000 RM gerechnet werden); im ganzen ergab sich beispielsweise im vorigen Jahr für den Einzelfall ein Schaden von 270 RM, im 1. Halbjahr 1936 dagegen stellte sich der Schadendurchschnitt nur auf 220 RM.

3. Öffentliche Versicherung

In der öffentlichen Lebensversicherung waren nach der letzten Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes im Jahre 1934: 17 Gesellschaften tätig. Bei diesen waren Ende 1934: 1,117 Mill. Versicherungen abgeschlossen mit einer Gesamtsumme von 1,922 Mrd. RM. Zu diesen Kapitalversicherungen treten noch rd. 18 000 Rentenversicherungen mit 787 000 RM versicherter Jahresrente. Auf jede Kapitalversicherung entfiel also im Durchschnitt eine Versicherungssumme von 1721 RM. Dabei ist beachtenswert, daß diese durchschnittliche Versicherungssumme in der letzten Zeit von Jahr zu Jahr regelmäßig absinkt; sie betrug

Ende 1913 (bei 6 Anstalten)	3521 M
„ 1931 („ 17 „)	2020 RM
„ 1932 („ 17 „)	1974 „
„ 1933 („ 17 „)	1834 „
„ 1934 („ 17 „)	1721 „

Bei den Neuaufnahmen kommt diese fortschreitende Verkleinerung der Versicherungssumme noch krasser zum Ausdruck; die Durchschnittssumme betrug

1913	2425 M	1933	1100 RM
1931	1868 RM	1934	995 „
1932	1474 „		

Die Prämieinnahmen der 17 öffentlichen Lebensversicherungsanstalten im Jahre 1934 betragen rd. 117 Mill. RM.

Der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland umfaßt heute 17 Anstalten sowie die Deutsche Versicherungsbank in Stuttgart. Diese Arbeitsgemeinschaft hatte als Versicherungsbestand (einschl. Bausparversicherungen)

	Versicherungen	Versicherungssumme
Ende 1934	1 159 388	2017 Mill. RM
„ 1935	1 348 144	2078 „ „

Diese Zahlen sind zwar (wegen des Einschusses der Bausparversicherungen) mit den obengenannten nicht voll vergleichbar, immerhin zeigt die Verringerung der durchschnittlichen Versicherungssumme von 1740 auf 1540 RM die Fortsetzung der Entwicklungsrichtung auf geringere Versicherungssummen hin.

Feuerversicherung wird von etwa 40 öffentlich-rechtlichen Anstalten gepflegt, die 1934 eine Gesamtversicherungssumme von 178,7 Mrd. RM hatten und dafür an Beiträgen 155 Mill. RM erhoben. Den Hauptanteil an dieser Art der Versicherung hat die Gebäudeversicherung, für die in einer Reihe von Ländern und Städten ein Monopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten besteht, mit 145,8 Mrd. RM Versicherungssumme. Geringere Bedeutung hat die Mobilversicherung (31,1 Mrd. RM), während einige Nebenzweige mit 5,4 Mrd. RM weniger ins Gewicht fallen. Hervorzuheben ist, daß die Gesamtschäden (einschl. Nebenkosten) 1934 einen Aufwand von 69,2 Mill. RM erforderten, während für Verwaltungskosten 38,9 und für gemeinnützige Zwecke die erhebliche Summe von 16,1 Mill. RM, d. i. also fast 9% der Beitragssumme, ausgegeben wurde.

Sp. [2935]

Länderberichte

Wirtschaftliche Streiflichter aus USA

Gelegentlich der Teilnahme an der III. Weltkraftkonferenz, die im September d. J. in Washington D. C. stattfand, konnten u. a. auch die folgenden Eindrücke gesammelt werden, die aber kein abgerundetes Bild über die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten geben können. Sie mögen lediglich ein Anhalt dafür sein, in welcher Richtung etwa auf einigen Gebieten der wirtschaftliche Kurs in den Vereinigten Staaten von Amerika geht.

Die soziale Frage

Die Lösung der sozialen Frage steht, wie auch in fast allen andern Ländern der Welt, im Vordergrund der Wirtschaftsdebatten der Vereinigten Staaten. Auch wenn manche noch die Meinung vertreten, daß in Amerika der Tüchtige jederzeit arbeiten und vorwärtskommen kann, und daß man für den Untüchtigen eben nicht zu sorgen braucht, die Einsichtigen erkennen immer mehr, daß auch in Amerika der ungehinderten Freizügigkeit Grenzen gesetzt sind. Hier haben nicht nur das Ende der Prosperity aufklärend gewirkt, sondern auch die jahrelangen erfolglosen Versuche, Glück und Wohlstand wieder „herbeizuzaubern“. Zur Zeit geht es wieder aufwärts in den Vereinigten Staaten. Die Industrien sind gut beschäftigt. Die Automobilindustrie z. B. kann gegenüber der Zeit des Tiefstandes etwa drei- bis viermal soviel absetzen. Im großen und ganzen gilt daher wieder für Amerika, daß der, der gesund und willig zu irgendeiner Arbeit ist, nicht zu darben braucht. Kann man aber den einzelnen für die Arbeitswilligkeit persönlich verantwortlich machen, die Gesundheit hängt nicht allein von ihm selbst ab, und die Vereinigten Staaten werden nicht darum herumkommen, allmählich für die Gesamtheit ihrer werktätigen Bevölkerung einen Schutz zu schaffen, wie ihn auch andre kapitalistisch entwickelte Länder schaffen mußten. Über die vorhandenen Ansätze zu Einzellösungen dieser Frage ist man in USA verschiedener Ansicht. Die Gegner halten den ganzen — in Verbindung mit dem Nira-Programm — bisher errichteten Aufbau der Sozialversicherung für verfassungswidrig, und es bleibt abzuwarten, ob der Oberste Gerichtshof diesem Urteil zustimmt.

Die soziale Lage des beschäftigten Arbeiters und Angestellten kann als gut bezeichnet werden. Über geringe Löhne klagen nur diejenigen, die in letzter Zeit arbeitslos waren und jetzt Stellen angeboten bekommen, deren Entlohnung gerade an

der Lebenshaltungsgrenze liegt. Einige Firmen, z. B. Ford, zahlen aber auch heute noch gut, und da die innere Kaufkraft des Dollars trotz der Abwertung nicht gesunken ist — im Gegenteil viele Preise infolge der langen Depression auch heute noch darnieder liegen — so geht es der arbeitenden Bevölkerung in USA nach wie vor gut. Ein amerikanischer Arbeiter kann sich z. B. einen Gasherd bestimmter Größe für zwei Wochenlöhne kaufen, während sein deutscher Kollege rd. 3,5 Wochenlöhne dafür aufwenden muß, der österreichische aus Graz sogar 7 bis 10. Für den Wohlstand sprechen auch die ungeheuren Parkplätze neben den industriellen Werken, auf denen oft bis zu 6000 Wagen parken. Dabei tun sich Arbeiter und Angestellte eines Werkes, die einen Kraftwagen besitzen und in der gleichen Straße oder Gegend wohnen, aus Gründen der Betriebstoffersparnis noch zusammen und fahren unschichtig ins Werk.

Man schätzt das Volkseinkommen für 1936 auf mindestens 60 Mrd. \$ gegenüber 38 Mrd. \$ im Jahre 1932.

In Verbindung mit der Lohnfrage noch folgende Feststellung: im allgemeinen glaubt man in Deutschland, daß die Arbeitsgeschwindigkeit in Amerika der von Europa weit überlegen sei. Diese Ansicht trifft zum mindesten heute nicht mehr zu. Ein Vorsprung mag vor Jahren vielleicht vorhanden gewesen sein. Heute wird in den Fabriken und in den Büros der Amerikaner nicht schneller gearbeitet als bei uns.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Die Bestrebungen, möglichst viele der durch die Depression arbeitslos Gewordenen wieder zu beschäftigen, nehmen auch in USA einen großen Raum ein. Wer die ausländischen Kritiken am Arbeitsbeschaffungsprogramm der deutschen Reichsregierung kennt, ist erstaunt, zu sehen, wie viele Ansätze hierzu auch in USA vorhanden sind, wenn auch nicht in der Großzügigkeit wie bei uns, und deshalb auch nicht mit dem Wirkungsgrad. Bekannt sind im allgemeinen auch in Deutschland die großen Arbeiten im Tennesseeetal, wo die TVA (Tennessee Valley Authority) den systematischen Aufbau einer ganzen Gegend betreibt, indem sie eine Reihe von Talsperren errichtet, Flußregulierungen vornimmt, Kraftwerke baut, Land bewässert, Wälder aufforstet usw. usw.

Aber auch in den Straßen New Yorks, Chikagos, Washingtons usw. findet man bei öffentlichen Arbeiten, vor allem bei Straßenausbesserungen wiederholt Schilder mit dem Aufdruck WPA (d. h. Works Progress Administration), die besagen, daß die Initiative zur Durchführung dieser Arbeiten in den Händen der staatlichen Arbeitsbeschaffungsbehörde liegt, die ihre Förderung der Hauptsache nach dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Roosevelt, verdankt. Man konnte wiederholt im Vorprogramm der Lichtspielhäuser die Beobachtung machen, wie geschickt die Regierung die Erfolge dieser Maßnahmen darzustellen wußte.

In der Nähe von Washington, auf dem Wege nach dem Nationalfriedhof in Arlington, sah man ein Arbeitslager für die arbeitslose Jugend, die nach Angaben unsrer Begleiter unter staatlicher und militärischer Leitung hauptsächlich zu Bodenarbeiten angehalten wird. Es soll mehrere Hundert solcher Arbeitslager in den Vereinigten Staaten geben.

Öffentliche oder private Wirtschaft

Denkt man an die vielen Gespräche zurück, die man im Laufe der Wochen über nationale und Weltwirtschaftsfragen mit Amerikanern geführt hat, so fällt einem nachträglich auf, daß — wenigstens dem Verfasser ist es so gegangen — niemals der Amerikaner auf die National Industrial Recovery Act vom Juni 1933 (Nira) zu sprechen kam. Wir haben ja erlebt, daß eine Nira-Maßnahme nach der andern vom Supreme Court in Washington als ungesetzlich erklärt wurde, so daß allzuviel vom ursprünglichen Wirtschaftsprogramm der Regierung nicht übrig geblieben ist. Auf Befragen stellt man aber fest, daß in Amerika leicht eine Gegnerschaft zu finden ist, wenn der Staat regelnd in das Getriebe der privaten Wirtschaft eingreift.

So finden auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Präsidenten der Vereinigten Staaten nur geteilt Zustimmung. Die Gegner befürchten, daß die Privatwirtschaft in den Vereinigten Staaten allmählich von einer Staatswirtschaft abgelöst wird. Die Bekämpfung des TVA-Projektes spielte z. B. im Kampf um die Wiederwahl von Roosevelt eine erhebliche Rolle. Es soll sogar ein regelrechter Prozeß

gegen den Fiskus angestrengt worden sein mit dem Ziel der Feststellung, ob der Staat mit öffentlichen Mitteln derartige Wirtschaftsunternehmen, die letzten Endes den privaten Kraftwerken usw. unnötigen Wettbewerb machen, errichten darf.

Der Kampf der Public Utilities gegen die Private Utilities ist geradezu zum Kernproblem der III. Volltagung der Weltkraftkonferenz gemacht worden. Die Staaten der Welt marschierten auf und berichteten, wie diese Frage in den einzelnen Ländern gelöst und wie die zukünftige Entwicklung gedacht sei. Man bekam so ziemlich alle Schattierungen zu hören von der Forderung der restlosen privaten Freiheit bis zum Verstaatlichungsprogramm des Vertreters der Sowjetunion. Hier hatten die deutschen Vertreter, voran der Führer der deutschen Delegation, Direktor C. Krecke, der gleichzeitig auch der Leiter der Reichsgruppe Energiewirtschaft in Deutschland ist, Gelegenheit, darauf hinzuweisen, welch großen Fortschritt das deutsche Energiewirtschaftsgesetz im Kampf der hier miteinander streitenden Meinungen darstellt.

Der Kampf gegen die staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft ist in Amerika mehr als in andern Ländern historisch bedingt. Die Staatsgewalt, die staatlichen Organe, waren in Amerika noch wenig entwickelt und unbedeutend, als es schon machtvolle wirtschaftliche Unternehmen und Zusammenschlüsse gab. Der Staat als solcher war in Amerika zu lange reines Verwaltungsgorgan.

Steuerfrage und Staatsschulden

Wenn der Staat gezwungen ist, mangels genügend großer privater Unternehmerinitiative helfend und fördernd in den Wirtschaftsvorgang einzugreifen, so kann er dies naturgemäß nicht mit den ihm normalerweise zur Verfügung stehenden Steuermitteln. Auch die amerikanische Regierung kann ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm nur durchführen, indem sie die Steuerschraube etwas stärker anzieht. Die deutschen Teilnehmer an der III. Weltkraftkonferenz hatten aus der — allerdings neben der Konferenz sich ergebenden — Diskussion der Steuerfrage den Eindruck, daß Amerika Gefahr läuft, etwas zu bekommen, an dem es bisher trotz marxistischer und kommunistischer Verhetzungsversuche glücklich vorbeigekommen ist: nämlich den Klassenkampf. Die Steuerfrage, die ebenfalls im letzten Präsidentschaftskampf im Vordergrund stand, scheint zur Zeit die sogenannten besitzenden Teile der Bevölkerung oder die, die über ein größeres Einkommen verfügen, restlos zu Gegnern der derzeitigen Regierungspolitik zu machen. Die Kürze der Zeit ließ ein eingehendes Studium der amerikanischen Steuerpolitik nicht zu. Aber wenn man hörte, daß z. B. Einkommen bis zu 5000 \$ auch heute noch von der Einkommensteuer in USA befreit sind, so schüttelte man als Europäer nur den Kopf darüber, daß da überhaupt noch kritisiert wird. Denn wir wissen z. B. aus den deutschen Verhältnissen, daß die Einkommen bis zu 5000 \$ in Deutschland schon immer den größten Teil der Einkommensteuer aufbringen müssen.

Bedenklicher stimmen die Klagen über die öffentliche Verschuldung. Nicht alle werden in Deutschland wissen, daß die amerikanischen Banken, deren Gesamtkapital weniger als 6 Mrd. \$ beträgt, von der Regierung gezwungen wurden, rd. 60 % der Staatsschuld oder rd. 18 Mrd. \$ zu übernehmen. Die Ungewißheit dieser Schuldenlast, die mancher Bank auch zum Verhängnis wurde, drückt viele Kreise, die sich um die Zukunft der Staatsfinanzen Sorge machen, sehr. Welche Zustände auf diesem Gebiete in Amerika noch vor einiger Zeit herrschten, geht aus einer Zeitungsmeldung Anfang Oktober d. J. hervor, wonach in den letzten 12 Monaten keine einzige Nationalbank des Landes zusammengebrochen sei. Die Unsicherheit war so groß, daß Anfang 1934 ein Gesetz über die Versicherung von Depositen erlassen wurde, wonach alle Einlagen unter 5000 \$ versichert werden müssen. Öffentlich werden aber auch in diese Sicherheit einige Zweifel gesetzt, indem darauf hingewiesen wird, wieviel Staatsbonds sich in den Tresors der Federal Deposite Insurance Corporation befinden.

Verkehr

Daß in Amerika mit seinen riesigen Entfernungen der Verkehr ausgezeichnet entwickelt ist, ist allgemein bekannt. Überrascht ist man aber doch, wenn man persönlich fest-

stellt, wie ungeheuer groß die Breitenarbeit auf diesem Gebiet ist. Die Eisenbahnzüge fahren nicht nur sehr schnell, sondern auch in rascher Reihenfolge. Zwischen New York und Washington verkehren z. B. die Züge zweier Eisenbahngesellschaften, die am Tage durchschnittlich alle Stunde einen Zug in jeder Richtung laufen lassen. Die Pennsylvania RR, die auf der Strecke New York—Washington auf elektrischen Betrieb abgestellt ist, entwickelt dabei eine Durchschnittsgeschwindigkeit von rd. 90 km/Stunde. Die Wagen sind ausgezeichnet gelüftet und gekühlt, eine Eigenschaft, die in den heißen Sommermonaten sehr geschätzt wird. Dagegen ist man ebenfalls überrascht, z. B. in New York in der 42. Straße, einer sehr belebten Straße, in der die Public Library, große Waren- und Geschäftshäuser zwischen der 5. und 6. Avenue liegen, eine Straßenbahn ältesten Formates zu finden, wie sie in einer deutschen Provinzstadt nicht mehr verkehren würde. Auch die Hochbahnen in New York sind kein Schmuckstück. Sie versehen aber ihren Dienst, und das genügt dem Amerikaner. Selbst gegenüber dem besten Verkehrsmittel New Yorks, den Subways, sind z. B. die Schnellbahnen Berlins geradezu Luxuszüge. Doch wäre es verkehrt, etwa geringschätzig auf die alten Diener des amerikanischen Verkehrs herabzusehen. Rein verkehrstechnisch leisten sie Vorzügliches, und wer einmal den Versuch gemacht hat, mit einem moderneren Verkehrsmittel, dem Automobil, die Manhattan Halbinsel in langer Fahrt und für teures Geld zu durchqueren, kehrt reumütig zu der New Yorker Untergrundbahn zurück, deren Expreszüge einen für 5 c in wenigen Minuten von einem Ende New Yorks bis zum andern bringen.

Daß der Ausbau der Automobilstraßen im Lande eines Ford, der General Motors und der andern großen Kraftwagen-gesellschaften stets gefördert und gepflegt wird, ist selbstverständlich. In Verbindung hiermit fielen zahlreiche neue Brückenbauten auf. Schon das Nebeneinanderarbeiten der vielen privaten Eisenbahngesellschaften bedingt zahlreiche Brückenbauten. Es sei anerkennend hervorgehoben, daß sich die Brücken in den Vereinigten Staaten in ihrer überwiegenden Mehrzahl hervorragend in das Landschaftsbild einfügen. Vor allem die neue George Washington-Brücke über den Hudson in New York stellt nicht nur eine technisch hervorragende, sondern gleichzeitig landschaftlich und künstlerisch wirkungsvolle Lösung dar.

Energiewirtschaft

Es lag im Charakter der Reise begründet, daß wir über Energiewirtschaftsfragen am meisten unterrichtet wurden. Die hierfür zur Verfügung stehenden Unterlagen sind sogar so umfangreich, daß sie im Rahmen dieser Streiflichter nicht voll ausgewertet werden könnten. Es muß dafür auf die Sonderfachzeitschriften verwiesen werden. Folgende Zahlen sind aber von allgemeinem Interesse.

Die amerikanischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben 1935 bei einer Erzeugung von rd. 93 Mrd. kWh an ihre letzten Abnehmer 77,6 Mrd. kWh abgegeben. 41,2 Mrd. kWh gingen hiervon an industrielle Großabnehmer, die dafür im Durchschnitt 1,27 c/kWh (3,18 Rpf/kWh) bezahlten. Kleinere gewerbliche Abnehmer verbrauchten 14,2 Mrd. kWh mit einem Durchschnittspreis von 3,79 c/kWh (rd. 10 Rpf/kWh), während 20,8 Mill. Haushaltungen zusammen 14 Mrd. kWh abnahmen und 5,03 c/kWh (etwa 12,5 Rpf/kWh) erbrachten. Einschließlich des Restes, der für Bahnen, Straßenbeleuchtung usw. abgegeben wurde, ergibt sich hieraus ein Durchschnittserlös von 2,48 c/kWh (6,2 Rpf/kWh).

Die Entwicklung wird dadurch am besten gekennzeichnet, daß 1935 der Gesamtabsatz zwar um 9,6 % höher war als 1934, daß jedoch die Gesamteinnahme nur um 4,6 % gestiegen ist. Vielfach müssen die Werke die auf Verlangen der öffentlichen Meinung vorweggenommenen Tarifermäßigungen erst nachträglich durch eine mit allen Mitteln betriebene Absatzsteigerung ausgleichen. So konnte z. B. der Verbrauch je Haushalt von 500 kWh (1929) auf 673 kWh (1935) erhöht werden, wozu vor allem die intensive Werbung zusammen mit der eigenen Verkaufstätigkeit viel beigetragen hat. So wurden 1935 elektrische Haushaltgeräte im Gesamtwert von 535 Mill. \$ abgesetzt, unter denen sich z. B. 1,6 Mill. Kühlschränke, 215 000 Herde und 65 000 Heißwasserspeicher befanden. Diese Zahlen lassen schon auf eine von Deutschland verschiedene Verbreitung der Geräte schließen, die

durch die folgenden Angaben über die Ende 1935 insgesamt vorhandenen Geräte noch bestätigt wird:

Bügeleisen	20,6 Mill.
Staubsauger	10,1 „
Waschmaschinen	9,4 „
Brotröster	8,9 „
Kühlschränke	7,3 „
Kaffeemaschinen	5,0 „
Herde	1,1 „

Neben den durchschnittlich niedrigen Anschaffungspreisen der Geräte ist die verbrauchsfördernde Gestaltung der Tarife wichtig. Für die Kleinabnehmer, vor allem im Haushalt, hat man überwiegend Blocktarife, bei denen die

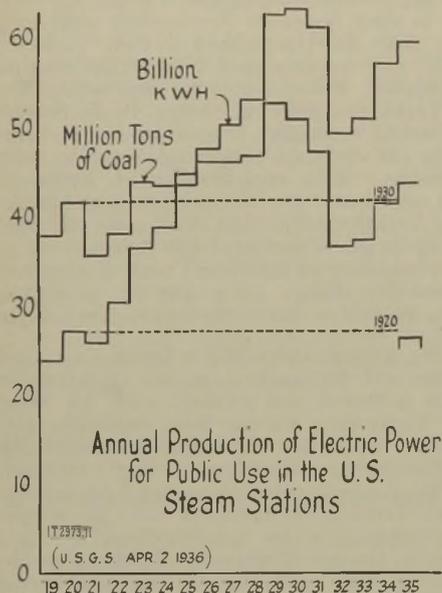


Abb. 1
Stromerzeugung der öffentlichen Dampfkraftwerke in USA (1 Billion in USA entspricht einer Milliarde in Deutschland)

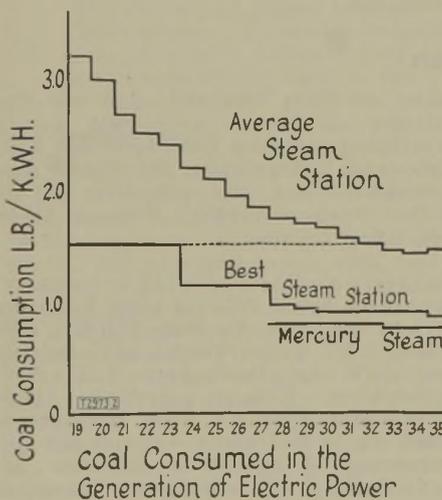


Abb. 2
Kohlenverbrauch bei der Stromerzeugung der öffentlichen Dampfkraftwerke in USA

Zahl der in den verschiedenen Preisstufen verrechneten Kilowattstunden für alle Abnehmer gleich — also unabhängig von Wohnungsgröße, Anschlußwert usw. — ist, und die vor allem in der untersten Stufe einen sehr niedrigen Preis haben (1,5 bis 2,5 c/kWh). Diese im Vergleich zu Deutschland wohl durchweg niedrigeren Preise sind möglich, weil nicht nur die Erzeugungs-, sondern hauptsächlich auch die Verteilungskosten billiger sind. Einerseits liegen die Benutzungsdauern der amerikanischen Unternehmen günstiger — wozu die dortigen Lebensgewohnheiten wesentlich beitragen — andererseits wird durch eine Ausführung der Anlagen, die bei uns wohl nicht angewandt werden könnte, das Anlagekapital geringer gehalten.

Über die weitere Ausgestaltung der Wirtschaftlichkeit von Elektrizitätswerken machte auf einer mit der Konferenz verbundenen Studienreise das Vorstandsmitglied der General Electric Co., R. C. Muir, interessante Angaben in Schennac-

tady, und zwar befaßte sich Muir ausschließlich mit Wärme-kraftwerken. Er zeigte die hier wiedergegebenen Abb. 1 und 2 und führte zu Abb. 1 etwa folgendes aus:

1920 brauchte man 41 Mill. t Kohle, um 27 Mrd. kWh zu erzeugen. 1934 konnten 57 Mrd. kWh aus der gleichen Kohlenmenge erzeugt werden. Infolge des technischen Fortschritts kann also heute der Öffentlichkeit mehr als das Doppelte an elektrischer Kraft geliefert werden, ohne daß mehr Brennstoff verbraucht wird.

Abb. 2 zeigt die Unterschiede im Kohlenverbrauch bei einem Durchschnitts-Dampfkraftwerk und beim Bestwerk sowie die Fortschritte, die durch die Entwicklung des Quecksilber-Dampfkraftwerkes der General Electric Co. erzielt worden sind. Ein Vergleich des Durchschnittswerkes mit dem Bestwerk zeigt, daß wenn alle Wärmekraftwerke auf den gleichen Stand kommen würden wie die besten Werke, man in den Vereinigten Staaten nur 26 Mill. t Kohle verbrauchen würde, um 57 Mrd. kWh zu erzeugen. Weiter sieht man aus Abb. 2, daß es 15 Jahre gedauert hat, die Wirtschaftlichkeit des Durchschnittswerkes der Wirtschaftlichkeit des besten Werkes anzupassen.

Die amerikanischen Gaswerke haben insgesamt rd. 10 Mill. Abnehmer, die im Jahr rd. 10 Mrd. m³ Gas zum Durchschnittspreis von 9,4 Rpf/m³ beziehen. Der Verbrauch verteilt sich im einzelnen folgendermaßen: An 9,4 Mill. Haushalte wurden 6,4 Mrd. m³ Stadtgas abgegeben. Der Durchschnittspreis beträgt 4,4 c, also etwa 11 Rpf/m³. Für industrielle und gewerbliche Zwecke wurden 2,7 Mrd. m³ Gas zum Durchschnittspreis von 2,5 c, d. h. rd. 6,3 Rpf/m³ abgegeben. Zu diesen beiden Zahlen tritt noch die Lieferung von rd. 1 Mrd. m³ für Zentralheizungen zum Preise von 2,3 c oder 6 Rpf/m³.

Bemerkenswert ist, daß neben einem hohen Durchschnittsverbrauch der amerikanischen Haushaltungen an Elektrizität auch ein hoher Durchschnittsverbrauch an Gas kommt, denn durchschnittlich wird der angeschlossene Haushalt in USA mit 685 m³ Gas im Jahr beliefert. Einige Städte wie z. B. Chicago kommen auf über 1000 m³ je Jahr und Haushalt.

In Verbindung mit der Energieversorgung hatte man des öfteren Gelegenheit, festzustellen, daß „Service“ in USA wirklich nicht nur ein Schlagwort ist, wie es manchmal von hier aus vielleicht erscheint. Interessant war, zu studieren, wie eine große Elektrizitätslieferungsgesellschaft, nämlich die Detroit Edison Co., ihre Stromabnehmer bedient. Die Stromabnehmer erhalten nicht nur Licht und Kraft, sondern haben die Möglichkeit, der Licht- und Kraftzentrale jede Störung zu melden, die in ihrem Haushalt, im Betrieb usw. auftritt. Die Zentrale gibt diese Meldung durch Fernschreiber an die zuständige Bezirksstelle weiter, und diese beauftragt sofort einen Kundendienstwagen mit der Reparatur der gestörten Anlage. Schadhafte gewordene Glühlampen werden kostenlos ausgewechselt! Natürlich muß der Stromabnehmer auch den Preis hierfür in der einen oder andern Form mitbezahlen, und es muß auch gleich an dieser Stelle unterstrichen werden, daß wir eine derartige Einrichtung in Deutschland nicht nachahmen können, weil wir sonst ein wertvolles selbständiges Gewerbe in Deutschland vernichten würden. Lehrreich war aber auf jeden Fall, zu sehen, auf welche Weise es gelungen ist, eine wirklich enge Verbundenheit zwischen Lieferwerk und Abnehmer herbeizuführen, eine Verbundenheit, die z. B. dadurch noch verstärkt wird, daß Stadtverkaufsgeschäfte des Elektrizitätswerkes nicht nur die Ausstellung, sondern auch den Vertrieb von ihr geprüfter elektrotechnischer Geräte in die Hand genommen haben.

Daß die Weltkraftkonferenz dazu beigetragen hat, Fragen der Energiewirtschaft noch mehr als bisher in den Vordergrund öffentlicher Erörterungen in USA zu stellen, ist natürlich. Die Regierung wacht darüber, daß die Strompreise möglichst niedrig gehalten werden. Durch den Bau eigener Anlagen, z. B. im Tennesseeetal, hat sie auch die Möglichkeit, wirtschaftlich regelnd einzugreifen.

Präsident Roosevelt hat auf der III. Weltkraftkonferenz dieses Bestreben noch einmal unterstrichen, indem er sagte, daß eine weise Wirtschaftspolitik darauf gerichtet sein muß, den circulus vitiosus zu brechen, der darin besteht, daß die elektrische Kraft noch zu teuer sein muß, weil sie nicht weit genug ausgenutzt wird, und daß sie nicht weit genug ausgenutzt wird, weil sie zu teuer ist!

Dr. Georg Freitag VDI [2973]

SCHRIFTTUM

Wirtschaftswissenschaft und -politik

Nationalsozialistische Wirtschaftsgestaltung. Einleitung in ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Von *Hans Merkel*. Stuttgart und Berlin 1936, W. Kohlhammer Verlag. 104 S. Preis 4,80 RM.

Nach den Worten des Verfassers in seiner Einleitung soll mit diesem Buch der „Versuch zu einer Gestaltung der Wirtschaftswissenschaft nach den Forderungen unserer Zeit“ gemacht werden. Der „Versuch“ soll auch im vorliegenden Heft noch nicht durchgeführt werden, sondern es kommt dem Verfasser nur darauf an zu zeigen, daß „auch das Weltbild der Wissenschaft sich wandelt, wenn eine neue Lebensgesinnung ihren Einzug in die Welt gehalten hat“. Ob und inwieweit dies gelungen ist, zeigen folgende Proben:

Auf S. 7 heißt es, daß „die Wirtschaft keine für sich selbst bestehende Größe mit einem besonderen Eigenleben“ sei, vielmehr „stellt sie die Gesamtheit der wirtschaftenden Menschen eines Lebensbereichs dar“. Dazu kommt auf S. 8 die Feststellung „die Menschen sind es, die wirtschaften, die also auch ihre wirtschaftlichen Handlungen bestimmen“. — Dies wäre in der Tat eine Auffassung, die das „Weltbild der Wissenschaft“ (nämlich von der Wirtschaft) völlig ändern müßte. Statt dessen finden wir aber auf den folgenden Seiten doch nur die altbekannten Vorstellungen vom „Wirtschaftskörper“ (z. B. S. 16 „Erkrankung des W.“) und den „Wirtschaftskreisläufen“ (S. 8, 9, 12 usw.) wieder.

Daß die Menschen eben nicht ihre wirtschaftlichen Handlungen bestimmen, sondern daß Sachgüter „in der Hand des wirtschaftenden Menschen“ nicht „toter Besitz“ bleiben, sondern einen eigenen Willen haben, lesen wir auf S. 42: „Das Vermögen will angelegt sein in ertragbringenden Werten“. Wir könnten daraus also lernen, daß es „ertragbringende“ Werte auch noch neben der fleißigen Arbeit gibt, also ein „ökonomisches Phänomen“. — Früher nannte man es „Mehrwert heckender Wert“.

Um dieses Ergebnis seines Forschens vorzubereiten, teilt der Verfasser „die Güter“ (S. 26) neu ein in Verbrauchsgüter, Gebrauchsgüter und Anlagegüter. Daß „Anlagegüter“ etwas anderes sind als „Gebrauchsgüter“, gilt sozusagen als selbstverständlich, daß es dasselbe ist, wird nicht erkannt.

Vor dem Gebrauch des Wortes „Kapital“ wird gewarnt, weil der zugehörige Begriff „schillernd und zwiespältig“ geworden ist. Außerdem sei die deutsche Sprache so reich, daß es nicht schwer fallen kann, für „die wichtigsten volkswirtschaftlichen Tatbestände auch deutsche Worte zu finden“ (S. 41). Welches Wort nun dafür vorgeschlagen wird, erfahren wir auf S. 44: „Man wird nur dann zu einer klaren volkswirtschaftlichen Betrachtung kommen, wenn man an die Stelle der Dreieheit Boden, Arbeit und Kapital die Dreieheit Boden, Arbeit und Werk setzt, wobei Werk im Sinn von Unternehmen gemeint ist“. — Kommt man mit diesem Wortwechsel nun wirklich zu einer „klaren volkswirtschaftlichen Betrachtung“?? Leider nicht; denn erstens feiert hier das „positive Wissensgut“ der liberalistischen Wissenschaft fröhliche Auferstehung, und zweitens ist es völlig abwegig, das Wort „Kapital“ mit „Werk“ gleich Unternehmen zu übersetzen. Dies fühlt der Verfasser anscheinend auch deutlich genug. Er wird seinem Vorschlag bald untreu und spricht wieder vom „tätigen Kapital“, „kapitalintensiv“, „Kapitalertrag“ (z. B. S. 57 und 58) usw.

Der unverkennbare Wille zum Neuen versinkt leider hier wie bei vielen andern Stellen immer wieder in Vorstellungen und Redewendungen einer noch nicht überwundenen Zeit. Im ganzen ist dieses Buch für Kundige ein neuer Beweis, neben mehreren gescheiterten Versuchen vom vorigen Jahre, für die Schwierigkeit der noch ungelöst vor uns liegenden Aufgabe. Dem Verfasser kann nicht bestritten werden, daß er die Größe und Bedeutung dieser Aufgabe in Worte zu kleiden vermag (z. B. S. 67, letzter Absatz). Ob aber das Buch für die studierende Jugend geeignet ist, scheint doch recht fraglich, weil der Verfasser selbst von den Fesseln seiner eigenen Lernzeit noch nicht frei ist.

W. A. Th. Müller-Neuhaus VDI [2919]

Weltwirtschaft

Wandlungen in der Weltwirtschaft. Herausgegeben von Geheimrat Prof. Dr. h. c. *Hermann Schumacher*, Berlin. Leipzig 1936, Bibliographisches Institut.

Die Sammlung will als Beitrag zum Verständnis der „Weltwirtschaftskrise“ die Schicksale der großen Welthandelswaren nach dem Kriege wissenschaftlich aufzeigen. Vorläufig sind über textile Rohstoffe drei Hefte: Rohseide, Wolle und Kunstseide erschienen. Es wäre wünschenswert, daß auch die andern Textilfasern, besonders Baumwolle, in ähnlichen Arbeiten behandelt würden.

1. Heft: **Rohseide.** Von *Eva Flügge*. Wandlungen in der Erzeugung und Verwendung der Rohseide nach dem Weltkrieg. 113 S. 7 Tab. Preis 6 RM.

Ungeheuer reich an Wandlungen ist die Geschichte der Seidenkultur! Aus China, dem Mutterland der Seide, drang das ängstlich gehütete Geheimnis westwärts. Byzanz, Sizilien, Oberitalien und Südfrankreich sind die Stationen. Nach dem Weltkrieg jedoch geht die europäische Kokonerzeugung immer mehr zurück, und der Schwerpunkt der Seidenwirtschaft verlagert sich wieder nach dem Fernen Osten. Frankreich, Deutschland, die Schweiz und England, die im 17. und 18. Jahrhundert Seidenausfuhrländer waren, werden nun wieder zu Einfuhrländern. Selbst Italien kämpft gegen die niedrigen Preise der ausländischen Konkurrenz einen aussichtslosen Kampf, der nur durch die verschiedenen Stützungsmaßnahmen der Regierung in die Länge gezogen wird. 80 bis 90 % des Weltrohseidenangebots entfallen heute auf die japanische Ausfuhr. Dem japanischen Seidenwirtschaftsplan ist daher große Aufmerksamkeit zu widmen. Seine verschiedenen Maßnahmen in bezug auf Zucht- und Zuchtertragsverbesserungen, finanzielle Unterstützung des Kokonabsatzes und Schulung der Seidenraupenzüchter werden eingehend erläutert.

Auch der Seidenhandel und der Rohseideverbrauch erfuhr nach dem Kriege durchgreifende Wandlungen. Hatte zunächst die Führung des Seidenhandels noch in Europa gelegen, so lief allmählich das gesamte Rohstoffangebot über die Handelsplätze im Fernen Osten. Auch der europäische Seidenverbrauch geht immer mehr zurück. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die steigende Erzeugung von Kunstseide. Vor dem Kriege betrug die europäische Nachfrage noch fast die Hälfte des Weltbedarfes; sie schrumpfte trotz steigender Weltseidenherzeugung immer mehr zusammen und betrug 1932 nur noch 11 %.

In den Vereinigten Staaten bewirkte die Wirtschaftskrise an sich zwar keine so tiefgreifenden Wandlungen, doch nahm hier die Kunstseide der Rohseide einen großen Teil des Absatzes fort. In den Erzeugungsländern, vornehmlich Japan, bildeten sich bald so große Vorräte, daß ein Preisfall größten Ausmaßes eintrat und hierdurch die ganze übrige Seidenwirtschaft mit in die neue Problemlage hineingerissen wurde. Die Auswirkungen dieser Wirtschaftsentwicklung auf die Preisentwicklung der Rohseide wird eingehend dargestellt; die Technik der Preisbildung für Kokons und Rohseide, der Einfluß der Vorratsbildung auf die Preisentwicklung, die Rückwirkungen der Preisgestaltung auf Angebot und Nachfrage werden aufgezeigt. Produktionskostensenkung, Angebotsbeschränkung oder Anregung der Nachfrage sind möglich. Es ist Japan gelungen, die Kokonkosten um 60 %, die Ausgaben der Filatur um 55 % zu senken. Allerdings war das Absinken des Rohstoffpreises noch beträchtlicher. Die Beschränkung des Angebotes stößt auf Schwierigkeiten, da gerade in Japan der spezialisierte Seidenzüchter, der mit seiner ganzen Existenz vom Seidenbau abhängt, stark getroffen wurde. Für den Ausfall der japanischen Erzeugung würde auch sofort der Konkurrent China einspringen. Man wird also versuchen müssen, die Nachfrage anzuregen.

Im gewissen Maße hat dies schon der niedrige Rohstoffpreis von 1934 getan. Doch wächst auch das Interesse für Kunstseide immer mehr. Japan wird wohl im eigenen

Lande der Rohseide neue Absatzgebiete schaffen und daneben seine Ausfuhr an Seidenwaren zu steigern versuchen. Aber selbst dann wird noch immer nicht der Verbrauch die Erzeugung erreichen und die Weltseidenwirtschaft eine merkliche Entlastung vom Rohstoffangebot erfahren. Die Seide befindet sich heute von allen Textilrohstoffen in der schwierigsten Lage, die auch schwer zu ändern sein wird.

Heft 2: Wolle. Von *Hans Hermann Schüller*. Wandlungen in der Erzeugung und Verwendung der Wolle nach dem Weltkrieg. 200 S. 15 Tab. Preis 10 RM.

Um die nach dem Weltkrieg eingetretenen Wandlungen der Produktion, des Bedarfes und des Preises zu verstehen, bedarf es zunächst einer Schilderung der Verhältnisse vor dem Weltkrieg sowie der Einwirkung des Krieges selbst. Hierzu dient ein Überblick über die Schafzucht mit zahlreichen Statistiken. Die Wandlungen der Produktion nach dem Kriege sind zurückzuführen auf Wandlungen in der Weidewirtschaft, im Schafbestand und in der Wollerzeugung. Hemmend auf die rationelle Handhabung der Schafzucht wirken Dürre, Krankheit und Schädlinge. Besonders die Wasserbeschaffung wird immer der stärkste Faktor der Weidewirtschaft bleiben; dieser Frage ist auch ein großer Raum gewidmet. In absehbarer Zeit dürfte eine Verminderung des Dürre-Risikos möglich sein; daneben wird züchterische Abhilfe darin versucht, daß man Pflanzen und Tiere mehr an die Trockenheit gewöhnt.

Zahlreiche und tiefe Wandlungen erlitten die drei Betriebssysteme der Schafzucht. Die freie Weidewirtschaft, gekennzeichnet durch unbegrenzte meist herrenlose Weiden, war das ursprüngliche. Bei dichter Besiedlung, rasch anwachsender Schafzahl und Mangel an Arbeitskräften führte die Entwicklung — zuerst in Australien — zur Paddock-Wirtschaft mit umzäunten Weiden und Tränkstellen. Bereits vor dem Kriege wurde dieses System zur vorherrschenden Form; die Wertsteigerung der Tiere nach dem Kriege führte naturgemäß zu seiner noch größeren Verbreitung. Das Farmsystem erfordert eine wesentlich geringere Betriebsfläche, bleibt aber auf Gebiete beschränkt, wo der Großbesitz bereits von der kleineren Siedlung abgelöst ist. Seine Bedeutung für die Schafhaltung liegt in einer noch größeren Sicherheit und Vergleichmäßigkeit des Bestandes als beim Paddock-System. Allerdings kann die mit abnehmender Herdengröße eintretende Minderung in der Zuchtwahl nachteilig sein; auch neigt der Farmbetrieb zur Fleischschafzucht. Heute verteilen sich die drei Systeme etwa im Verhältnis 2 : 4 : 1.

Der Schafbestand der fünf Überschußländer, Australien, Neuseeland, Südafrika, Argentinien und Uruguay stieg von 200 Mill. im Jahre 1913 auf 244 Mill. im Jahre 1932. Die stärkste Anteilnahme, nämlich 67 %, weist Südafrika auf. Aber auch in Australien betrug die Zunahme etwa 22 %. Die beherrschende Stellung, die das Empire auf dem Weltwollmarkt von jeher einnahm, wurde also noch gestärkt. Was dies, besonders im Kriegsfall, bedeuten kann, haben die Mittelmächte deutlich zu spüren bekommen. Durch Verwissenschaftlichung der Schafhaltung konnte das durchschnittliche Vließgewicht, besonders der Merinoschafe, stark gesteigert werden. Vor dem Kriege setzte sich die Produktion der Überschußländer zu etwa gleichen Teilen aus Merinos und Kreuzzuchten zusammen. 1932 war das Verhältnis 60 : 40. Das Zwei-Leistungs-Schaf, das Woll- und Fleischlieferer zugleich ist, hat besonders in den Kreuzzuchtgebieten an Bedeutung gewonnen. Die Zukunft gehört wohl in erster Linie dem qualitativen, weniger dem quantitativen Fortschritt.

Die Bedarfs wandlungen können geographischer Art sein oder auf mengenmäßigen Änderungen in der Nachfrage bzw. qualitativen Änderungen im Wollbedarf beruhen. Am meisten fällt die Steigerung des japanischen und italienischen Bedarfes ins Auge, während andere Länder Bedarfsenkungen aufweisen. Die Vereinigten Staaten haben sich durch Eigenproduktion immer mehr von der ausländischen Rohstoffversorgung zu lösen vermocht.

Die Zusammensetzung des Textilverbrauches ist heute eine ganz andere als vor dem Kriege. Baumwolle und Kunstseide treten immer stärker als Konkurrent der Wolle auf. Die Vorkriegszeit war durch einen stetig steigenden Wollbedarf bei etwa gleichbleibendem Angebot gekennzeichnet,

was automatisch zu einer Steigerung des Preises führte. Nach dem Kriege waren die Verhältnisse umgekehrt. Zwar begann der Preisverlauf auch hier wieder mit einer Steigerung, jenem beispiellosen „Boom“ von 1919; er darf aber nur als Folgeerscheinung des Krieges bewertet werden. Der unerträglich hohe Preis ließ den Bedarf absinken; das Angebot stieg dauernd und übertraf immer mehr die Nachfrage. Auch die Sondernachfrage Anfang 1934 kann das Sinken des Preises nicht erheblich beeinflussen. Die Folgen dieser Preisentwicklung treffen am schärfsten den Merinozüchter als reinen Wollproduzenten. Das Wollproblem liegt also heute weniger in der Erzeugung als im Absatz, und bekanntlich sind ja auch in dieser Richtung verschiedene Lösungsvorschläge gemacht worden, von denen der Higgins-Plan und der Watson-Plan besprochen werden, allerdings mit dem Ergebnis, daß „bisher weder Vorschläge zur Erörterung gestellt noch praktische Lösungsversuche unternommen worden sind, die der heutigen Problemlage Rechnung tragen.“

Heft 3: Kunstseide. Von *Eva Flüge*. Der internationale Aufbau der Kunstseidenindustrie und seine Folgen. 128 S. 8 Tab. Preis 6 RM.

Zum Verständnis der Vorgänge nach dem Kriege wird die Entwicklung der Kunstseidenindustrie bis zum Kriegsausbruch vorangestellt; insbesondere wird auf die Bedeutung sowohl der Patente als auch der Produktionserfahrungen der großen Unternehmungen hingewiesen.

An die Spitze der nach dem Kriege eingetretenen Wandlungen wird mit Recht die Mengensteigerung der Kunstseidenproduktion (von 11 Mill. kg 1913 auf 435 Mill. kg 1935) gestellt und mit der Entwicklung der bestehenden und neuer Verfahren sowie der neuen Verwendung des chemischen Grundstoffes begründet. Wir stehen ja noch mitten in dieser Entwicklung, aus der die (leider nicht behandelte) Zellwolle und das Zellophan sich besonders herausheben. Auch die Kunstseide selbst erschließt sich immer neue Einführungsmöglichkeiten. Ein Kampf um das Monopol der Pionierfirmen bricht aus, der zunächst zu keinem eindeutigen und endgültigen Ergebnis führte, sondern zu einer ausgesprochenen Wachstumskrise der Kunstseidenindustrie noch vor der internationalen Verschlechterung der Wirtschaftslage. Der Kampf ist noch in vollem Gange. Der Ausleseprozeß unwirtschaftlich gewordener Betriebe zu Gunsten bessergestellter und kapitalkräftiger Unternehmungen ist noch nicht zum Abschluß gelangt.

Aber auch von außen her traten Erschütterungen auf. Neue Produktionsländer, insbesondere Japan, störten das durch Kartelle und Preisvereinbarungen mühsam hergestellte Gleichgewicht. Japan hat eine Erzeugungssteigerung aufzuweisen, die selbst in der Geschichte der Kunstseidenindustrie einzig dasteht. Es hatte von vornherein erprobte und hoch entwickelte Verfahren zur Verfügung, die sich die andern Länder erst hatten schaffen müssen. Billige Löhne gestatteten ein erheblich tiefer liegendes Produktionskostenniveau als alle andern Länder; allerdings scheint die Beeinflussung der europäischen Kunstseidenindustrie, mit Ausnahme derjenigen Italiens, durch Japan vorläufig noch gering zu sein. Die Verfasserin kommt sogar zu dem Ergebnis, daß die Problemlage ohne die japanische Entwicklung kaum anders als heute wäre.

Schließlich wird die Entwicklung der Kunstseidenwirtschaft noch von der Nachfrageseite her betrachtet. Sie sei auch heute noch, besonders in Europa, ausdehnungsfähig, lasse aber keine so sprunghaften Steigerungen mehr erwarten wie in der Nachkriegszeit. Ohne Berücksichtigung der Entwicklung der Zellwolle mag dies richtig sein. Eigenartigerweise tritt als Konkurrent besonders in Amerika wieder die Seide auf, deren Gütevorsprung bei einem äußerst niedrigen Preis groß genug ist, um bei breiten Käuferschichten den Preisvorsprung der Kunstseide auszu-schalten. Der Kunstseidenpreis ist bisher vom Erzeuger, nie vom Markt geregelt worden und zeigt daher eine größere Stetigkeit als etwa die Preise für Seide, Wolle und Baumwolle. Lediglich der Preisfall der Seide hat den Kunstseidenpreis beeinflussen können! Da parallel hierzu Rationalisierungsmaßnahmen der Kunstseidenindustrie gingen, dürfte allerdings kaum eine Belastung eingetreten sein.

Die Kunstseidenindustrie ist nach dem Kriege zwar durch eine schwere Krise gegangen, die sie auch heute noch nicht völlig überwunden hat; es handelt sich aber mehr um eine Wachstums-, weniger um eine Absatzkrise. Solange Absatzvergrößerungen und Produktionskostensenkungen möglich sind, wird sie von einer „echten“ Krise verschont bleiben.
Matthes [2949]

Heft 4: Steinkohle. Von Ernst-Georg Lange. Wandlungen in der internationalen Kohlenwirtschaft. 155 S. Preis 6,50 RM.

Die Steinkohlenförderung der Welt zeigte in den Jahren von 1860 bis 1913 eine einheitliche stetige Aufwärtsbewegung, für die Folgezeit dagegen ein heftiges Schwanken um die damals erreichte Höhe von 1216 Mill. t. 1921 und 1932 verzeichnete man tiefe Abstürze und 1929 eine neue Höchstförderung von 1325 Mill. t. Es zeigte sich aber seit 1913 niemals wieder eine anhaltende Aufwärtsentwicklung. Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, den in diesen Zahlen zum Ausdruck kommenden tiefgreifenden Wandlungen der internationalen Kohlenwirtschaft, insbesondere des internationalen Kohlenhandels, nachzugehen.

Diese Wandlungen sind im wesentlichen bedingt durch die Veränderung der Förderverfahren, durch den Wettbewerb der übrigen Energieträger wie Braunkohle, Wasserkraft, Erdöl, Brennholz und Torf sowie durch die Tatsache, daß Kohle heute nicht mehr als Brennstoff, sondern als wertvoller Rohstoff zu betrachten ist, mit dem entsprechend sorgfältig umgegangen wird.

Das Buch gibt einen ausgezeichneten Überblick über die Wandlungen in der internationalen Kohlenwirtschaft vom Standpunkt der Steinkohle aus betrachtet.

Heft 5: Silber. Von Herbert Wegner. Wandlungen in der Erzeugung und Verwendung nach dem Weltkrieg. 176 S. m. 6 Tab. Preis 7,50 RM.

Das Silber hat im europäischen Geldwesen viele Jahrhunderte die erste Rolle gespielt und ist erst im 19. Jahrhundert durch das Gold immer mehr zurückgedrängt worden. Im Gegensatz zum Gold kommt es in Europa heute im wesentlichen nur noch als Ware in Betracht. Als solche will es der Verfasser in seiner Arbeit auch behandeln. Die Frage seiner Erzeugung liegt auf amerikanischem und die seiner Verwendung auf asiatischem Boden. Nur von Asien und Amerika läßt sich die Stellung und Entwicklung des Silbers in der Weltwirtschaft richtig verstehen.

In der Betrachtung schaltet der Verfasser jede währungstheoretische und währungspolitische Erörterung, soweit sie sich nicht unmittelbar aus der Silberverwendung Chinas ergibt, aus, um den Warencharakter des Silbers betont herauszustellen. Hierbei wird versucht, eine scharfe Trennung zwischen der Silberverwendung für Luxus Zwecke und dem Silber als technischem Werkstoff zu machen. Für den ersten Teil kommt als Großverbraucher das Silberwarengewerbe in Frage, während auf dem Gebiet der industriellen Verwendung des Silbers die Photo- und Filmindustrie an erster Stelle zu nennen ist, wo dieses Metall eine ausgesprochene Monopolstellung einnimmt. Als dritter Verbraucher kommt dann noch die Verwendung als Währungsreserve sowie zur Ausprägung von Scheidemünzen hinzu. Auf dieses Gebiet geht der Verfasser übersichtlich ein und kommt zu dem Schluß, daß „die monetäre Nachfrage in Zukunft nur noch die Aufgabe haben wird, den Umlauf von Silbermünzen einem allgemein steigenden Bedarf anzupassen“.

Zum Schluß wird die Frage der Silbermarktregelung behandelt und eine Auseinandersetzung mit der amerikanischen Silberpolitik seit 1934 gegeben.

Heft 6: Zinn. Von Josef Wollnik. Wandlungen in der Erzeugung und Verwendung des Zinns nach dem Weltkrieg. 224 S. m. 6 Tab. Preis 10 RM.

Die Veränderungen in der überseeischen Rohstoffwirtschaft in der Nachkriegszeit sind auf dem Gebiet der wichtigen Nichteisen-Metalle von besonderer Schnelligkeit und Stärke gewesen. Das Metall Zinn steht unter den übrigen Nichteisen-Metallen der Menge nach an letzter, dem Werte der Erzeugungseinheit nach an erster Stelle. In der vorliegenden Arbeit werden die Wandlungen in der Erzeugung und ihre Auswirkungen untersucht.

In den letzten 20 Jahren hat das Zinn weder eine neue bedeutende Verwendungsart erhalten, noch ist ihm auf dem Weltmarkt ein Verwendungsgebiet völlig verloren gegangen. Es haben sich lediglich innerhalb der Anwendungsgebiete weitgehende Verschiebungen vollzogen. Eine Vermehrung des Verbrauches ist vor allem durch die Konservenindustrie in der Verwendung des Weißblechs und durch die fortschreitende Motorisierung der Welt hervorgerufen worden. Dem gegenüber stehen starke Einschränkungen des Verbrauchs, die bedingt waren durch die Unterbrechung der Weltverkehrswege während des Krieges und durch die teilweise sehr hohen Zinnpreise nach dem Kriege und die Gerüchte von einer baldigen Erschöpfung der Zinnerzvorkommen der Welt. Eine starke Einschränkung des Verbrauches zeigte sich gerade in der letzten Zeit durch die Bestrebungen einiger Länder, allen voran Deutschland, die unerwünschte Abhängigkeit von den überseeischen Rohstoffgebieten durch verstärkte Umstellung auf andere Metalle abzuschütteln.

Das Zinn kann ein „politisches Metall“ genannt werden. Seine Hauptbesonderheit besteht darin, daß es in Ländern gewonnen wird, die es zwar zum erheblichen Teil verhütten, aber selbst, mit Ausnahme des britischen Reiches, nicht weiterverarbeiten. Es haben sich so nicht nur Vereinigungen von Erzeugern gebildet, sondern die Regierungen der Erzeugungsländer befassen sich heute in stärkstem Maße mit der Marktregelung des Zinns.

Der Verfasser ist der Ansicht, daß die selbstregelnde Wirkung des Preises von Erzeuger- und Verbraucherseite immer mehr eingeschränkt wurde, und erhebt die Frage, ob dieser Entwicklung auf dem Zinnmarkt freier Lauf gelassen oder ob auf künstlichem Wege der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage wieder hergestellt werden solle. Wenn wir auch in Deutschland zur Zeit einen Austausch des Zinns auf allen Gebieten erstreben und an sich auf die Regelung des internationalen Marktes wegen Fehlens eigener Rohstoffquellen weniger Einfluß nehmen können, so sollte man doch die Bewegungen dieses sehr wichtigen Metalls aufmerksam verfolgen, wozu das vorliegende Buch eine ausgezeichnete Handhabe gibt.
M. H. Kraemer [2895/97]

Verkehr

Gesetz über den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 26. Juni 1935. Erläutert von Georg Heim. Berlin 1936, Franz Vahlen. 116 S. Preis 3,80 RM.

Das neue Gesetz über den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen liegt jetzt mit Erläuterungen von Min.-Rat Heim, dem Sachbearbeiter dieser Fragen im Reichsverkehrsministerium, vor. Dieser Kommentar darf daher mit Recht als besonders zuverlässig, sachkundig und erschöpfend angesehen werden. Er enthält neben dem Gesetz auch die Durchführungsbestimmungen, dagegen nicht die Satzung des RKB, die Kraftverkehrsordnung (KVO), auch nicht den Kraftwagentarif. Gerade der Kraftwagentarif hätte aber einer ausführlichen Behandlung bedurft, obschon gerade hier die meisten Änderungen dieses Gesetzes zu erwarten sind. Bereits in der Gegenwart sind wichtige Änderungen getroffen worden (Wegfall der Anstoßgebühren und der Rollgebühren für Ladungen über 2,5 t), weitere werden folgen müssen, da der Grundgedanke der Wettbewerbsregelung, die Tarifparität zwischen Eisenbahn und Kraftwagen, zu einer befriedigenden Lenkung des Verkehrs nicht führen kann.

Abgesehen von dieser wünschenswerten Ergänzung durch die Behandlung des Reichskraftwagentarifs, wird der vorliegende Kommentar sicher den Beifall seiner Benutzer finden, besonders auch des privaten Kraftverkehrsgewerbes.

K. Mellerowicz [2910]

Technik und Recht

Das Steuerrecht für die Praxis. Bd. 1 und 2, bearb. von Heinz Wiers. Berlin 1936, Carl Heymanns Verlag. 480 und 520 S. Preis je Bd. 7,50 RM.

Die Neugestaltung unseres gesamten Staats- und Wirtschaftslebens bringt es mit sich, daß in den letzten Jahren zahlreiche Rechtsgebiete eine neue gesetzliche Regelung erfahren haben. Die Kenntnis der neuen Gesetze sowie auch der früheren, noch in Geltung befindlichen Rechtsvorschriften ist für jeden, der sich im täglichen Leben mit Rechts-

fragen zu befassen hat, von besonderer Wichtigkeit. Aus diesem Grunde ist das neue große Werk „Deutsches Reichsrecht in der Praxis“, herausgegeben von Dr. O. Warneyer, Dr. O. Freisler und Dr. H. Wiers, zu begrüßen, das in etwa 25 nach organischen Rechtsgruppen geordneten Bänden eine lückenlose Sammlung aller Reichsgesetze, Bestimmungen, Verordnungen und z. T. unveröffentlichter Erlasse enthalten wird.

In dem „Steuerrecht für die Praxis“ sind kürzlich 2 Bände dieses Werkes erschienen, die für einen großen Kreis von Personen ein wertvolles Hilfsmittel bei ihrer täglichen Arbeit darstellen. Die beiden Bände enthalten alle wichtigen Gesetze, Ausführungsverordnungen, Richtlinien und Runderlasse auf dem Gebiet des Steuerrechtes. Die Tatsache, daß einige weniger bedeutsame Rechtsgebiete, wie z. B. die Beförderungs- und Versicherungssteuer, nicht in diese Bände aufgenommen sind, dient nur einer besseren Übersichtlichkeit und Verwendbarkeit.

Wenn auch anzunehmen ist, daß nach der grundlegenden Steuerreform im Jahre 1934 in nächster Zeit keine durchgreifenden gesetzlichen Neuregelungen auf diesem Gebiet stattfinden werden, so müßte es doch begrüßt werden, wenn einzelne Gesetzesänderungen, wie z. B. das Gesetz zur Änderung des Körperschaftssteuergesetzes vom 27. 8. 1936 in Form von Nachträgen herausgegeben würden, damit das Werk stets dem neuesten Stand der Steuergesetzgebung entspricht.

Dr. Zemlin [2966]

Aus andern Zeitschriften

Der Aufbau der deutschen Wirtschaft. W. Schötz. Der praktische Betriebswirt, Jg. 16 Nr. 8 (August 1936) S. 923/36, 7 Schaubilder.

Darstellung der Gesamtorganisation der deutschen Wirtschaft in ihrem Aufbau nach dem neuesten Stande, getrennt nach Reichsnährstand, gewerblicher Wirtschaft und den besonders geregelten Gruppen der Verkehrswirtschaft und Wohnungswirtschaft. Fachliche und bezirkliche Gliederung der gewerblichen Wirtschaft.

Bei der Darstellung der Gliederung der gewerblichen Wirtschaft fällt auf, daß der Verfasser die 7 Hauptgruppen der Reichsgruppe Industrie mit den Reichsgruppen 2 bis 6 in Parallele stellt, und damit der Reichsgruppe 1: Industrie eine Sonderstellung gegenüber den übrigen Reichsgruppen zuweist; diese Gruppierung scheint mit der tatsächlichen Stellung der Reichsgruppe Industrie und ihrer Hauptgruppen nicht übereinzustimmen.

Die Marktordnung der deutschen Ernährungswirtschaft. A. M. Wegmann. Die Betriebswirtschaft Jg. 29 (1936) H. 5, S. 107/12, H. 8, S. 207/12.

Grundzüge der landwirtschaftlichen Marktordnung im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik nach ihren drei

Zielen: Bedarfsdeckung, „gerechter“ Preis, sinngemäße Verteilung und Verwertung. Aufgaben und Wege zur Lösung. Praktische Beispiele der Marktordnung: Die Regelungen für Getreide, Milch und Fleisch, jeweils unter Betrachtung der Einzelheiten nach den drei Zielen (Stand der Regelung: April 1936).

Die Devisenbewirtschaftung und ihr Einfluß auf die praktische Gestaltung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland. Ger. Assessor Hoheisel. Der praktische Betriebswirt, Jg. 16 (1936) Nr. 6 S. 645/55, Nr. 8 S. 904/19.

Zusammenfassende Darstellung des Systems der deutschen Devisenbewirtschaftung und seiner praktischen Auswirkungen, sowohl im Waren- und Dienstleistungsverkehr als auch bei Wirtschaftsvorgängen anderer Art. Versicherungen, Kapitalverkehr, Wertpapiere, sonstiger Zahlungsverkehr (Gehälter, Versorgungsbezüge, Reiseverkehr, Grenzverkehr, Ein- und Auswanderung). Der Verfasser vermittelt einen guten Überblick über die verschiedenen Gebiete, die einschlägigen Verordnungen und Maßnahmen und über die einschneidenden Folgen, die sich daraus für die deutsche Wirtschaft ergeben. Die Schwierigkeit, sich über die Vielfalt von Tatsachen und Fragen im Zusammenhang zu unterrichten, läßt die vorliegende Arbeit besonders begrüßen.

Exports look up. C. J. Stilwell. American Machinist, Bd. 80 Nr. 19 (9. 9. 1936) S. 753/55.

Das Vorstandsmitglied einer bedeutenden Werkzeugmaschinenfabrik in USA sieht heute neue Möglichkeiten für die amerikanische Maschinenausfuhr nach Europa, die in den letzten Jahren, auch nach Überwindung des Krisentiefpunktes in wichtigen Ländern, sehr darnieder gelegen hat. Die Preis- und Kostenunterschiede und die Handelshemmnisse sind nach Ansicht des Verfassers überwindbar, weil in Europa eine starke Nachfrage nach Maschinen auftritt, die nicht voll befriedigt wird seitens der einheimischen Industrie. Dies gelte besonders für England. In der Auswirkung ähnlich sieht der Verfasser die Verhältnisse in Deutschland und andern Ländern Europas; er gibt der Erwartung Ausdruck, daß über die jetzige Bedarfsspitze hinaus die amerikanischen Maschinen vermöge ihrer Leistungsfähigkeit und fortschrittlichen Konstruktion auf dem europäischen Markt wieder eine stärkere Stellung einnehmen werden.

Betriebswirtschaftliche Großzahlforschung. A. Timpe. Annalen der Betriebswirtschaft Bd. 5 (1936) H. 3/4, S. 246/85, 31 Diagr., 10 Zahlentaf.

Für den auf Erfassung von Strukturverhältnissen gerichteten Bereich betriebswirtschaftlicher Statistik, der als betriebswirtschaftliche Großzahlforschung bezeichnet wird, zeigt der Beitrag die statistisch-methodischen Verfahren, die für diese Forschungsweise angewandt werden.

BH

KARTELLWESEN

BEARBEITER: REICHSWIRTSCHAFTSGERICHTSRAT DR. TSCHIRSCHKY
BERLIN-NEUBABELSBERG-BERGSTÜCKEN, HUBERTUSDAMM 17

Eine der wichtigsten, deshalb auch viel berufenen, gleichwohl nur zu oft mißdeuteten Erkenntnisse gipfelt in der Tatsache, daß auf keinem Gebiete menschlicher Tätigkeit Organisation anders von Nutzen sein kann, als daß sie das Mittel zur Verwirklichung eines bereits klar erkannten Zweckes wird. Im allgemeinen neigt der kulturell hoch entwickelte menschliche Geist weit mehr zu einer Überschätzung der Organisation, was sicherlich nicht unwesentlich in der Neuzeit durch die Bedeutung der Technik mit verursacht ist, für die Organisation, freilich unter anderen Gesichtspunkten, ein schlechthin unentbehrliches Rüstzeug bleibt. Welch unheilbare Folgen blinder Glaube an die Macht der Organisation zu zeitigen vermag, stellen wir heute in entsprechendem Ausmaße in der russischen Volkswirtschaft fest. Und umgekehrt zeigt sich der Erfolg richtig eingesetzter und ge-

steuerter Organisation heute grade in unserer eignen Volkswirtschaft.

Von diesem Blickpunkte aus ist die an dieser Stelle schon mehrfach behandelte zwiespältige Auffassung über die Bedeutung der Kartelle für unseren Wirtschaftsaufbau grade kein Mangel an organisatorischem Verständnis oder Entschlußkraft, sondern entspringt der zur Zeit allein dienlichen Überzeugung, daß eine endgültige Entscheidung nicht an den Anfang unseres Wirtschaftsaufbaues gestellt werden, vielmehr nur den Schlußstein unserer Wirtschaftsorganisation bilden kann. Es ist nicht schwierig und sicherlich nicht ohne Wert, grade im gegenwärtigen Augenblick, wo wir am Beginn der Durchführung des neuen „Vierjahresplanes“ stehen, sich die Bedeutung der Kartelle für dieses gewaltige Werk vorzustellen. Sie kann jedenfalls einen wichtigen Baustein

auch zur grundsätzlichen Beurteilung unseres deutschen Kartellproblems liefern.

In dem bisherigen ersten Abschnitt unseres wirtschaftlichen Aufbaues war die Stellung der Kartelle im wesentlichen nur insoweit unumstritten, als sie die sozialpolitische Aufgabe erfüllen, Schutzorganisationen zur Erhaltung so vieler durch die vorausgegangenen Wirtschaftskrisen zermürbten Unternehmen zu bilden und damit Arbeitsstätten zu sichern. Für diese Aufgabe ist ja auch das Zwangskartellgesetz in erster Linie eingespannt worden. Dagegen mußte ihre Bedeutung als Element einer Marktordnung durch die Gegensätzlichkeit der Forderung höchster Leistungsentfaltung des einzelnen Unternehmers zu der zwangsläufigen, weil wesensbedingten Grundlage aller Kartellpolitik getrübt bleiben, daß für sie nicht die Höchstleistung, sondern nur ein Durchschnittsvermögen der Mitglieder bestimmend sein kann. Daß durch die weitgehende behördliche Preisüberwachung dieser Nachteil in volkswirtschaftlich wohl überwiegend unbedenklichen Wirkungsgrenzen gehalten werden kann, ändert nichts an der grundsätzlichen kritischen Sachlage.

Der neue Plan bringt offensichtlich auch für die Kartelle nicht allein neue Aufgaben, sondern, wie mir scheint, ebenso auch eine veränderte Gesamtlage. Dabei ist für unsere kurze Betrachtung auch der gleichzeitig in Angriff genommene „Kampf gegen den Verderb“ von wesentlicher Bedeutung, zumal er vielfach den „Plan“ selbst ergänzen kann und ergänzen muß. Der Begriff „Verderb“ wird dabei nicht nur in dem engeren Sinne einer Vernichtung von wirtschaftlichem Gut durch unsachgemäße oder gar leichtfertige Behandlung verstanden werden dürfen. Er läßt sich sehr wohl und sicher in nicht weniger bedenklichem Umfange auch auf die gewerbliche Privatwirtschaft erstrecken. Zum Beweis will ich nur auf die jetzt bereits seit Jahren mit allem Nachdruck verfochtenen Bestrebungen des Deutschen Normenausschusses verweisen, durch Normung der Überzahl von Formen und Qualitäten in der Warenerzeugung zu steuern. Diese Zersplitterung in der Produktion ist ohne allen Zweifel insofern und insoweit einem Waren-„Verderb“ gleichzusetzen, als sie im Endergebnis eine Masse letzten Endes unverkäuflicher Produkte auf den Markt wirft und damit Rohstoffe bindet, die anderweitig dringlichst gebraucht werden. Das Bild läßt sich ohne Mühe noch mit einer ganzen Reihe dunkler Farben vertiefen. Es mag genügen, nur noch darauf hinzuweisen, daß durch diese Verschwendung auch in der Zwischenhand, namentlich beim Handel Kapitalien nutzlos gebunden werden, die anders angelegt, der Volkswirtschaft größten Nutzen erbrächten. Nun ist es sicher zu treffend, daß dieser Mißstand ein echtes Kind des freien Wettbewerbs ist. Er treibt den einzelnen Unternehmer, seine Konkurrenz durch immer neue Muster auszusteichen und etwa auch dadurch lahmzulegen, daß selbst einfache Ersatzteile von ihm so gestaltet bleiben, daß sie nur bei ihm zu beziehen sind. Daß es sich hierbei keineswegs etwa nur um Verbrauchsgebiete handelt, in denen Mode und Geschmack des „Publikums“ sich glauben unbeschränkt tummeln zu können, daß vielmehr diese angedeuteten Nachteile auch weite Gebiete ernstester technischer Arbeit erfassen, ist jedem Fachmann bekannt. Hingegen kann zweifellos eine rationale Kartellpolitik mit sehr starken Erfolgen eingreifen. Der einzelne Unternehmer wird an der hier ins Auge gefaßten Rationalisierung nicht allein aus den angedeuteten Wettbewerbsgründen sich behindert fühlen, es bleibt für ihn wohl in der Regel auch ebenso aus technischen wie kaufmännischen Gründen zum mindesten sehr schwierig, für sich allein den richtigen Weg zu finden. Die nicht nur privatwirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich allein durchschlagende Lösung ist vielmehr ein kollektiv organisiertes Vorgehen. Das ist technisch geboten, um insgesamt die richtige Warenauswahl und gegebenenfalls ihre Produktionsverteilung zu sichern, es ist aber auch privatwirtschaftlich geboten aus Gründen des Wettbewerbsschutzes. Deswegen eignet sich diese Aufgabe auch grade für das Kartell, weil dieses seiner ganzen Organisation nach den Beteiligten die erforderlichen rechtlich erzwingbaren Verpflichtungen auferlegen kann. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, verbietet der Rahmen dieser Berichte. Es ist bekannt, daß eine vielleicht nicht einmal kleine Zahl von Kartellen der Bedeutung dieser Aufgabe Rechnung zu tragen sich bemüht. Grundsätzlich aber wäre heute zu fordern, daß sie zum Programm der Kartelle erhoben wird, um dem neuen Plan von dieser Seite aus wirksame Beisteuer zu leisten, durch eine weitgehende Uniformierung des Massenbedarfs

dem knappen Rohstoff die zweckdienliche Verwendung zu sichern.

Auf dem Gebiete des „Planes“ selbst dürften ganz besonders die Erzeugung deutscher Roh- und Werkstoffe, ihre Verteilung und natürlich die Preisbildung eine teilweise schon lange erkannte, jetzt aber zum volkswirtschaftlichen Zwang erhobene Bedeutung auch für die Arbeit von Kartellen erringen. Die Gewinnung neuer inländischer Rohstoffe ist regelmäßig nicht nur ein technisches, sondern ebenso ein kaufmännisches Problem, jedenfalls soweit nicht staatliche Mittel eingespannt werden, was aber grade, wenn ich den „Plan“ richtig auslege, nur Ausnahmen bilden kann. Dabei könnte es volkswirtschaftlich kaum erwünscht sein, wenn dieses Gebiet etwa ausschließlich den großen Konzernen offen bliebe, obwohl ihnen, wie das glänzende Beispiel unserer chemischen Industrie seit Jahrzehnten ausweist, wohl auch jetzt ein Hauptteil der erwarteten Leistungen zufallen muß. Hier können nun ohne Zweifel für die weniger kapitalstarken Industrien wiederum die Kartelle einspringen, so etwa in der bekannten Form von Patentgemeinschaften oder ganz allgemein von „Verwertungsgemeinschaften“. Sie vermögen nicht nur die Studien- und Erprobungskosten kollektiv aufzubringen, sondern geben auch, um nur einiges hervorzuheben, die erforderliche wettbewerbliche Grundlage für etwa notwendig werdende fabrikatorische Umstellungen. Sie erleichtern aber auch die markttechnische Einführung. Es ist bekannt, daß gerade im Zuge unseres wirtschaftsorganisatorischen Aufbaues auch der Zwischenhandel sich sehr stark kartelliert und hierbei einen wesentlichen, oft organisatorisch entscheidenden Rückhalt an Industriekartellen durch Abschluß von Ausschließlichkeitsverträgen für den wechselseitigen Geschäftsverkehr gefunden hat. Dieser kartelltechnische Rückhalt könnte weitgehend in den Dienst einer rationalen Einbürgerung neuer Stoffe gestellt werden. Nicht immer sehr leicht wird dagegen die Preisfrage in diesen neuen Zusammenhängen zu lösen sein. Daß erhebliche Kosten im Einzelfalle mit der Gewinnung von neuen inländischen Rohstoffen erwachsen können, versteht sich am Rande. Nicht stets und kaum in voller Höhe können sie von der privaten Unternehmung getragen werden. Eine gewisse Überwälzung wird nicht zu umgehen sein. Sie ist aber jedenfalls unter der Voraussetzung der Beibehaltung einer nachhaltigen behördlichen Kartellkontrolle insoweit volkswirtschaftlich vertretbar, als sie einen Ausgleich für bisherige Einfuhren bildet. Gewiß aber erscheint mir, daß im Rahmen der hier angedeuteten Kartellpolitik diese Mehrkosten sich wesentlich günstiger stellen, als bei individueller Rohstoffpolitik.

Noch eine wichtige Aufgabe kann eine rationale Kartellpolitik zugunsten des jetzt geforderten Rohstoffhaushaltes erfüllen: durch eine zeitlich und sachlich vertiefte Regelung der Marktversorgung. Ich knüpfe hierbei an die kürzlich für den Eisenmarkt ergangene Verordnung über die Lagerhaltung an. Sie soll und muß die nun einmal privatwirtschaftlich im Gefolge jeder Marktverknappung auftretende Hamsterei unterbinden. Damit ist aber das Problem nicht erschöpft, sondern nur an dem Punkte angegriffen, wo es sich durch behördliche Regelung unmittelbar gestalten läßt. Darüber hinaus wäre eine äußerst wichtige Aufgabe grade für das erwähnte heutige Zusammenwirken von Erzeugern mit Händlerkartellen darin gegeben, durch eine beiderseitig ausgebaute Verbandsstatistik fortlaufend die Vorräte an Rohstoffen und ihre Marktbewegungen zu erfassen und diese Stoffe zweckmäßig zu verteilen. Die Behauptung dürfte sich wohl kaum widerlegen lassen, daß insbesondere zeitlich sehr bedenkliche Verdichtungen von Rohstoffverknappung nicht zuletzt eine Folge rein individueller und damit in erheblichem Ausmaße willkürlicher Versorgung sind. Sowohl die Erzeuger- wie die Händlerkartelle wären aber durchaus in der Lage — es geschieht ja auch teilweise schon — hier die jeweils verfügbaren Vorräte, dort den Absatz laufend zu kontrollieren und auf Grund dieser statistischen Übersichten Erzeugung und Bedarf im Einklang zu halten. Auch diese Aufgabe ist zweifellos nur durch kollektives Handinhandarbeiten durchzuführen, und wiederum bieten sich hierfür die Kartelle auch wegen ihrer rechtlichen Grundlagen als die geeigneten Organe an. Richtigerweise wollen und können wir uns, das ist von maßgebender Seite bereits erklärt worden, für die Verwirklichung des neuen Planes keine neue kostspielige Organisation leisten. Unser wirtschaftlicher Organisationsapparat reicht sicherlich auch vollkommen aus — in seinem Rahmen sollte es Aufgabe der Kartelle sein, die ihnen mögliche und zukommende Mitarbeit zu leisten. [2977]

INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

Die Marktorganisation der deutschen Rundfunkindustrie

Von Diplom-Kaufmann HELMUT NORDEN, Berlin

Die Rundfunkindustrie ist außerordentlich jung. Noch vor 10 Jahren trat sie kaum in Erscheinung, und heute ist sie schon ein bedeutendes Mitglied des Marktes. Ein Industriezweig, der in ungewöhnlich kurzer Zeit emporgeschossen ist, hat naturgemäß eine sehr viel weniger straffe Marktordnung entwickeln können, als sie allgemein vorhanden ist. Außerdem waren es in der ersten Zeit des Aufblühens dieses Industriezweiges vorwiegend technisch orientierte Handwerker, die für den Vertrieb von Rundfunkgeräten in Frage kamen. So ergab es sich, daß im Rundfunkhandel mit zunehmender Bedeutung desselben manche Mißstände auftraten, die einer obrigkeitlichen Regelung bedurften. Diese ist im Laufe der letzten Jahre bis zu einer außergewöhnlichen Straffheit durchgeführt worden.

Der Rundfunkmarkt weist nach seiner Neuordnung in den Jahren 1933 und 1936 eine Organisation auf, die für sämtliche Funktionen Richtlinien festgesetzt hat. Die Preisbildung der Rundfunkgeräte ist unter dem Zugeständnis eines nur sehr engen Spielraumes bestimmten Gesetzen unterworfen, die jeder Geräteklasse ihre Preislage zuweist. Es ist bis in die Einzelheiten genau festgelegt, wen die Rundfunkindustrie beliefern darf und wen nicht. Selbst für jede einzelne Einzelhandelsfirma ist obrigkeitlich bestimmt, zu welchen Rabattsätzen sie bei der Industrie oder dem Großhandel beziehen darf. Ein Einzelhandelsbetrieb darf einen Reisenden nur unter genau festgelegten Bedingungen einstellen, muß ihn nach einheitlichen Gesichtspunkten bezahlen und darf ihn in seiner Arbeit nur nach bindenden Vorschriften ansetzen. Das freie Spiel der Kräfte ist weitestgehend unterbunden. Das Studium der Gesetze der Marktordnung dieses Industriezweiges ist auch für Angehörige anderer Wirtschaftsgruppen von Interesse.

Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, ob die ungeordneten Marktverhältnisse von vor 1933 durch eine bis in das Einzelne gehende Bindung abgelöst werden mußten. Die betreffenden Fachverbände und sonstigen Beteiligten haben sich anerkennenswerterweise entschlossen, die Aussprache darüber und über die weitere Entwicklung des sogenannten „Vertragswerkes“ nicht vor den Augen der Öffentlichkeit zu führen.

Maßgebend für die Geschieke der deutschen Rundfunkindustrie ist die Wirtschaftsstelle der Deutschen Rundfunkindustrie. Diese unternahm 1933 die mühevollste Kleinarbeit der Zusammenfassung aller Industrie-, Groß- und Einzelhandelsfirmen. Allerdings ist diese Stelle von Anfang an einseitig industriell ausgerichtet gewesen. Sie arbeitete in den Räumen der industriellen Verbände und war von diesen abhängig. Zu Beginn des Jahres 1936 wurde im Interesse des Rundfunkhandels eine Neuordnung durchgeführt, da die Wirtschaftsstelle der Deutschen Rundfunkindustrie (WDRI) in stärkerem Maße auch in die Belange des Handels eingriff. Es wurden Arbeitsgemeinschaften gegründet, z. B. die Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Rundfunkeinzelhandels, und diese Arbeitsgemeinschaften wurden mit der Organisation des Groß- und Einzelhandels von der Wirtschaftsstelle der Deutschen Rundfunkindustrie beauftragt.

A. Die Zwangsorganisation des Einzelhandels

Nachdem seit 1933 die Interessen des Handels in Händen der WDRI lagen, auf die der Handel selbst keinen Einfluß ausübte, mußte zur Wahrung der ureigensten Interessen des Handels eine eigene Organisation geschaffen werden. Da diese kartellähnliche Funktionen zu erfüllen hatte, lag die Bildung eines Einzelhandelskartells nahe. Dieses wurde wegen der im allgemeinen gegen Kartelle gerichteten Haltung des Reichswirtschaftsministeriums

durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels abgelöst. Ein Rahmenvertrag, den die Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Rundfunkeinzelhandels mit der Wirtschaftsstelle der Deutschen Rundfunkindustrie schloß, regelte im Anschluß an die bisher schon vorliegenden Bestimmungen die gesamte Marktordnung der Rundfunkindustrie.

Die Marktorganisation des Rundfunkhandels beschränkt sich nicht auf die zwangsweise Zugehörigkeit sämtlicher Händler zu einem Verbands. Ausschlaggebend ist, daß der Verband für die Einzelheiten des Beschaffungswesens, des Absatzes, der Einkaufs- und Verkaufspreisgestaltung, des Rabattwesens usw. usw. bindende Bestimmungen erlassen hat. Die Folge ist ein umfangreiches Vertragswerk, das wiederum die schriftliche Verpflichtung der einzelnen, ein Schiedsgerichtsverfahren und eine laufende Revision der Beteiligten zur Voraussetzung hat. Damit ist in großen Zügen der Grundgedanke der heutigen Marktordnung der Rundfunkindustrie gegeben. Das Verfahren und die Grundgedanken sind beim Einzel- und Großhandel die gleichen, so daß wir uns auf den Einzelhandel beschränken können.

1. Das Anerkennungsverfahren

Die Anerkennung eines Einzelhandelsbetriebes der Rundfunkwirtschaft bedarf der Genehmigung einer Kommission. Diese hat in den einzelnen Fällen zu prüfen, ob der Händler zuverlässig ist, die fachliche Vorbildung genossen hat, über ein angemessenes Betriebskapital verfügt und die erforderlichen Räume für Verkauf, Vorführung und Lagerung aufzuweisen hat.

Es hat sich die Auffassung herausgebildet, daß selbst in stillen Zeiten in einer größeren Stadt das Lager des Einzelhändlers mindestens einen Einkaufswert von 1000,— RM aufweisen müsse. Auch wird hier das Vorhandensein eines offenen Ladengeschäftes gefordert. In einer Großstadt wird für den Betrieb eines Geschäftes ein Lager in Höhe von mindestens 2000,— RM Einkaufswert zu Saisonzeiten gefordert. Ferner muß eine feste Verkaufsniederlassung in jedem Falle vorhanden sein. Es ist also der Industrie untersagt, einer Person Geräte zu liefern, die vielleicht auf dem Fahrrad ein Gerät mit herumführt und auf Grund seiner Besuche Bestellungen entgegennimmt.

2. Der Verpflichtungsschein

Der Verpflichtungsschein ist als die Grundlage der Marktorganisation der Rundfunkwirtschaft anzusehen. Er muß von allen Händlern, Einzel- und Großhändlern unterschrieben werden und enthält für beide naturgemäß abweichende Bestimmungen. Wenn er auch eine große Anzahl oft schwerwiegender Bindungen mit sich bringt und manches Opfer von dem Händler verlangt, so bringt er doch den bedeutenden Schutz gegen jeden unlauteren Wettbewerb.

Es ist nicht möglich, die einzelnen Bestimmungen des Verpflichtungsscheines durchzugehen. Es sind derer zu viele. Sie legen die Gesamtheit der Bezugs- und Absatzbedingungen fest. Er regelt die Bedingungen der Lieferung, der Zahlung, der unentgeltlichen Überlassung von Probestandgeräten; das Zugabeverbot, die Haftung für Verstöße usw. usw. Er setzt z. B. fest, daß bei Bestellungen bei Industrie und Großhandel „in keinem Falle die Einräumung günstigerer Bedingungen verlangt werden darf“.

Der Verpflichtungsschein ist von seiten der Händlererschaft stark angefeindet worden. Man wendet sich gegen die Form der Regelung. Man verlangt nicht mit Unrecht an Stelle der Paragraphierung jeder einzelnen Verstoßmöglichkeit allgemeingültige Richtsätze und die Einhaltung derselben. Es sind der Einzelbestimmungen zu viele, und manche unter ihnen sind nur schwer durchführbar.

Ein Beispiel mag darlegen, welche Anforderungen gestellt werden. Ein Kunde kauft einen Apparat zusammen mit einer Antenne. Er überweist den Rechnungsbetrag in Höhe von mehreren hundert Mark am nächsten Tag unter

Abzug von 3% Kassaskonto, wie er es allgemein gewohnt ist. Eine Mahnung würde den Kunden verstimmen und dem Ruf des Händlers schaden. Dennoch verlangt es der Verpflichtungsschein und es soll oft vorgekommen sein, daß der Händler in solchen Fällen ein Mahnschreiben schreibt, aber nur die Kopie zu seinen Akten nimmt, ohne den Brief abzuschicken.

Eine genügende Kontrolle über die Geschäftsabwicklung kann nicht ausgeübt werden, auch kann kaum jeder aufgedeckte Verstoß geahndet werden (vgl. den Abschnitt über die Revisionsfähigkeit). Es fragt sich deshalb, ob man nicht zur Bereinigung der Marktordnung an Stelle von Einzelbestimmungen zu Methoden greift, die in ähnlichen Fällen heute mit Erfolg angewendet werden. Z. B. ist die Überwachungsarbeit des Werberates der Deutschen Wirtschaft ähnlich gelagert. Er leistet sie, weil er nicht zur Einzelparagraphierung gegriffen hat, sondern einige Allgemeinrichtlinien gegeben hat und die Befolgung und Anwendung derselben der Spruchübung überläßt. Den gleichen Weg hat die Reichsstraßenverkehrsordnung beschritten, die mit dem § 25 eine Unzahl von Einzelbestimmungen ersetzt und so das Verfahren nicht nur erleichtert, sondern auch die Möglichkeit hat, nicht jeden einzelnen formellen Verstoß ahnden zu müssen.

Ein Schritt in dieser Richtung ist schon dadurch getan worden, daß nicht in jedem Jahr ein neuer Verpflichtungsschein unterschrieben werden muß, wie es bisher üblich war. Der diesjährige Schein behält seine Gültigkeit bis 1938.

3. Die Rabattregelung

Die Rabatte, die die Industrie an die Händlerschaft gewähren darf, sind in ihrer Höhe bindend festgelegt. Jeder von der WDRI genehmigte Einzel- und Großhändler wird in eine Rabattstufe eingeteilt, die seinen Umsätzen entspricht. Zu festgesetzten Rabattsätzen in Höhe zwischen 22 und 40% bezieht der Handel bei der Industrie, wobei jedem Handelsbetrieb in besonderem Verfahren mitgeteilt wird, welche Rabatthöhe er genießt. Ausgangspunkt sind die festgelegten Bruttoverkaufspreise, so daß Einzelhändler mit geringeren Umsätzen zu höheren Preisen einkaufen und mit niedrigerer Spanne arbeiten als größere Handelsbetriebe.

Die Abrechnung der Rabattverrechnung geht dergestalt vor sich, daß die WDRI die Einzelhändler nach Prüfung der Unterlagen in Rabattgruppen einteilt. Sie gibt dann Listen heraus, aus denen die Rabattgruppierung der Händler hervorgeht, und leitet diese Listen an die Industrie bzw. den Großhandel weiter. Beide dürfen nur zu den festgelegten Bedingungen liefern. Naturgemäß hat dieses Verfahren eine größere Anzahl von Protesten zur Folge, da in der Regel ein Einzelhändler alles daran setzt, um in den Genuß eines möglichst hohen Rabattes zu gelangen, und unter allen Umständen bei nicht gerechtfertigter Eingruppierung einen Rabattsatz verlangt, der seinen Kosten und Aufwendungen entspricht. Die Einspruchsverfahren dieser Art bearbeitet eine sogenannte Rabatt Härtekommission. Damit nicht zuviel unbegründete Einsprüche erhoben werden, wird in jedem Falle eine Hinterlegungsgebühr von 20,— RM verlangt, die nur dann rückvergütet wird, wenn dem Antrag stattgegeben worden ist.

B. Verstöße gegen die Marktordnung

Die Rabattregelung und die übrigen mannigfaltigen Bestimmungen des Verpflichtungsscheines machen das Vorhandensein von Einrichtungen notwendig, die die Einhaltung der zur Marktregelung getroffenen Maßnahmen laufend überwachen und ahnden. Es sind dieses die Aufgaben der Revisionstätigkeit und des Einzelhandelschiedsgerichtes.

1. Die Revisionstätigkeit

In Industrie-, Groß- und Einzelhandelsbetrieben werden nicht nur stichprobenweise, sondern laufend Revisionen vorgenommen, die der Kontrolle der Einhaltung der im Verpflichtungsschein festgelegten Bindungen dienen. Dabei hat der untersuchte Betrieb Auskunft zu geben und in jeder Weise die Nachprüfung seiner Angaben an Hand von Schriftstücken wie Rechnungskopien, Einkaufsbelegen usw. zu unterstützen. Bis zum Beginn 1936 hatten 9 Revisoren insgesamt 28 Vertragsfabriken, 900 Groß-

händler und 32 000 Einzelhändler untersucht. Aus der Zahl der Untersuchungen geht hervor, daß es sich nur um mehr oder weniger oberflächliche Nachforschungen handeln kann, nicht zu unterschätzen ist aber das Moment der Beaufsichtigung. Für die Zukunft ist eine Regelung dahingehend getroffen worden, daß der Industrie, dem Groß- und Einzelhandel ihre eigenen Revisoren zugewiesen werden.

Die bei den Revisionen festgestellten Verstöße werden den Schiedsgerichten weitergeleitet. Die Revisionsberichte der einzelnen Revisoren werden untereinander ausgetauscht, um irgendwie möglich werdende Handlungen unlauterer Art zu unterbinden.

2. Das Schiedsgericht

Verstöße gegen die Bestimmungen des Verpflichtungsscheines bearbeitet ein Handelsschiedsgericht. Dieses bildet einzelne Kammern, die paritätisch besetzt sind und je einen Vertreter aus Handels- und Industriekreisen aufweisen. Es ist zugleich zuständig für Verstöße des Handels wie der Industrie, soweit die Vergehen der letzteren die Belange des Handels betreffen. Der Obmann muß die Fähigkeit haben, ein Richteramt bekleiden zu können. Einzelne Schiedssprüche der Schiedsgerichte werden in der Fachpresse veröffentlicht.

C. Die Umtauschaktion 1936

Der Markt für Rundfunkgeräte liegt in den Sommermonaten darnieder. Der Umsatz sinkt nicht nur wegen der Reisezeit und der ungünstigeren Empfangsverhältnisse, sondern weil man allgemein erst die neuen, formschöneren und oft preiswerteren Apparate der neuen Saison abwarten will. Aus diesem Grunde suchte die Industrie dadurch in den Sommermonaten eine bessere Absatzmöglichkeit zu schaffen, daß sie z. T. nicht unbeträchtliche Rabatte in Höhe von 15 bis 25% gewährte. Groß- und Kleinhandel wurden für die im Verlauf der Monate Mai und Juni auf Lager genommenen Geräte durch eine Gutschrift in voller Rabatthöhe entschädigt. In Wirklichkeit hatte aber dennoch der Handel den ganzen Preisnachlaß selbst zu tragen, weil in der Praxis in dieser Zeit nur selten Geräte auf Lager genommen wurden und die unter Nachlaß verkauften Geräte aus früheren Lieferungen stammten.

Im Jahr 1936 wurden Preisnachlässe irgendwelcher Art im Interesse einer geordneten Marktgestaltung nicht genehmigt. Dagegen wurde der Rundfunkmarkt in den Sommermonaten durch zwei großangelegte Aktionen belebt. In erster Linie war es die Umtauschaktion in den Monaten Mai bis Juli und dann die Schaffung der Olympiakoffer, die einen Ausgleich bringen sollten und zum großen Teil auch gebracht haben.

Im April 1936 wurde für den Sommer 1936 im Einvernehmen mit der Reichsrundfunkkommission die Umtauschaktion vorbereitet. Es wurde festgesetzt, daß für alte Rundfunkgeräte, die vor dem 31. Juli 1931 gebaut worden sind, Gutscheine herausgegeben werden, die dazu berechtigen, einen beliebigen neuen Apparat mit einem Nachlaß zu erwerben. Der Nachlaß betrug 10% bei Rückgabe eines Batterieempfängers und 15% bei Rückgabe eines Netzempfängers.

Die Durchführung dieser Maßnahme war nicht einfach. Außerdem wurde die Umtauschaktion urplötzlich aufgegeben und in die Wege geleitet, so daß viel Unklarheiten entstanden und die nur für die Monate Mai und Juni vorgesehene Aktion bis zum 14. Juli 1936 verlängert werden mußte.

Der Käufer eines neuen Gerätes mußte seinen alten Apparat an eine Zentralstelle in Berlin schicken, wo der Apparat zur Verschrottung weitergegeben wurde. Der Einsender erhielt dann einen Gutschein in Höhe von 10 bzw. 15% des Neuwertes eines neuen Gerätes, den er bei einem beliebigen Einzelhändler für einen neuen Apparat in Zahlung geben konnte. Ausgeschlossen war nur der Bezug des Volksempfängers und des Arbeitsfrontempfängers. Teilzahlung war auch bei Inzahlunggabe eines Gutscheines gestattet.

Der Nachlaß wurde nicht von dem Handel allein getragen. Nur, wenn der Einzelhändler von seinem Lager einen neuen Apparat lieferte, trug er den Nachlaß in voller Höhe selbst. Bezog er das Gerät vom Großhandel oder von der Industrie, so trug er wiederum $\frac{1}{3}$ des Nachlasses und $\frac{2}{3}$ der Großhandel bzw. der Industriebetrieb. Zur Abrechnung waren

drei Formulare notwendig: Der Gutschein des Kunden, ein Bestätigungsvermerk des Einzelhändlers bzw. des Großhändlers. Auf diesen bestätigte der Kunde die Inempfangnahme eines neuen Gerätes auf Grund eines Gutscheines, der Einzelhändler den Bezug eines neuen Gerätes beim Großhandel, gegebenenfalls bei einer Industriefirma. Diese Belege waren dann die Unterlage für die Rabattverrechnung.

Die Umtauschaktion hatte den Zweck, den Markt von alten Rundfunkgeräten zu bereinigen, um den Absatz neuer Geräte in den saisonstillen Zeiten zu ermöglichen. Die Maßnahme war erfolgreich; sie wurde vom Großhandel lebhaft begrüßt, während allerdings der Einzelhandel nicht immer einheitlich urteilte. Auch der Einzelhandel begrüßte die Umtauschaktion, weil durch die Verschrottung alter Geräte die Absatzmöglichkeiten stiegen. Jedoch war die Wirkung bei den Händlern keine einheitliche. Der kleine Händler hatte die Möglichkeit, wenn auch unter Verlust von 10 oder 15 % in der stillen Zeit sein Lager von sonst schwer verkäuflichen Geräten zu räumen. Für die Händler mit einem gut sortierten Lager jedoch bedeutete die Umtauschaktion eine stärkere finanzielle Belastung.

Schwierigkeiten traten auf, weil jedes alte Gerät, ob wertvoll oder fast unbrauchbar, gleich bewertet wurde. Auch wurden unlautere Handlungen dadurch ermöglicht.

Im allgemeinen hat jedoch die Umtauschaktion ihren Zweck erfüllt und einen zusätzlichen Umsatz geschaffen.

D. Neuere Marktprobleme

Trotz der Neuorganisation des Rundfunkmarktes bleibt noch manche Frage offen, die einer baldigen Lösung bedarf. Die Marktorganisation hat noch nicht den Stand erreicht, den man als Ziel vor Augen haben kann.

1. Die Typenbeschränkung

Die Forderung nach einer Beschränkung der Typenzahl wird immer lauter erhoben. Mit Recht wird bemängelt, daß heute 28 Fabriken über 200 neue Modelle herausbringen, denn selbst der größte Einzelhändler kann nur einen geringen Teil des Typenprogramms auf Lager nehmen. Die heutige Typeninvasion bringt in keiner Weise der herausbringenden Fabrik einen gesteigerten Umsatz, sie trägt zur Unrentabilität bei, sie verwirrt die Händlerschaft, erschwert das gesamte Verteilungsproblem, ohne dem Kunden durch seine Vielzahl mehr zu bieten. Die an und für sich vorhandene Überproduktion der Rundfunkindustrie wird durch die große Anzahl von Typen noch verschlimmert. Auch der Präsident der Reichsrundfunkkammer, Ministerialrat *Dreßler-Andreß*, bemängelt „die völlig unzeitgemäße Überproduktion von neuen Gerätetypen“. Er kündigt ein Eingreifen der Behörden an, wenn sich darin kein Wandel einstellen sollte.

2. Die Preisgestaltung

Eine andere Frage harrt noch drängender der Lösung. Die Fachpresse behauptet, daß auf der letztjährigen Rundfunkausstellung rd. $\frac{1}{3}$ Apparate weniger verkauft worden sind als auf der vorhergehenden, obwohl die Anzahl der Hörer gestiegen ist. Der Gesamtumsatz vom 1. 8. 1935 bis 31. 7. 1936 wird mit 1 400 000 Empfängern (490 000 Volksempfänger und über 900 000 Markengeräte) im Werte von 200 Mill. RM angegeben. Eine Preissenkungsaktion wird in immer schärferer Weise gefordert. Lettland z. B. hat Höchstpreise festgesetzt, und noch im Juli dieses Jahres wurde die sofortige Senkung der Preise um 9 bis 12 % angeordnet.

In Deutschland bestehen dagegen Mindestpreise. Die Rundfunkindustrie arbeitet mit einer Zahl strenger Preisbestimmungen. Neben der allgemeinen Einteilung von Gerätetypen in Zwangspreisklassen besteht die Übereinkunft, daß Preisherabsetzungen seitens der Industrie nur nach vorheriger Fühlungnahme zwischen der Wirtschaftsstelle der Deutschen Rundfunkindustrie und der Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Rundfunkeinzelhandels vorgenommen werden dürfen. Dazu ist bekannt, daß die Wirtschaftsstelle nur in außergewöhnlichen Fällen bereit ist, Preisherabsetzungen zu genehmigen.

3. Leistungsziffern

Bei Rundfunkapparaten handelt es sich um einen Artikel, über dessen Güte sich nicht nur der oft völlig unerfahrene Käufer, sondern auch mancher Händler nicht unterrichten

kann. Ausschlaggebend für die Güte eines Gerätes sind zahlreiche Punkte wie Reichweite, Klangfülle, Eichgenauigkeit, Störanfälligkeit, Aussehen, Art der Abstimmung, technische Ausrüstung wie Anschlußmöglichkeit von Schallplatten und zwei Lautsprechern usw. usw. Leistungsziffern für die technischen Daten wie den Verstärkungsgrad, die Trennschärfe usw., die eine sehr gute Beurteilungsmöglichkeit für den Erfahrenen und den Nichteingeweihten abgeben, hat die Rundfunkindustrie noch nicht eingeführt. Dennoch sind die Verfahren für die Durchbildung der Messungen elektromechanischer Leistungsgrade so weit entwickelt, daß sie angewandt werden können.

Die Kraftfahrzeugindustrie setzt für jedes ihrer Modelle die PS-Leistung, die Umdrehungszahlen des Motors u. a. Leistungsziffern z. T. sehr genau fest. Die Photoindustrie kann durch Angabe der Plattenempfindlichkeit, der Brennweite von Apparaten, der Lichtstärke des Objektivs sowie durch Ziffern für die Leistungsfähigkeit des Verschlusses einen Anhaltspunkt für die Güte ihrer Ware geben. Auch für die Rundfunkindustrie liegen Angaben über die Leistungsfähigkeit ihrer Apparate im Bereich der Möglichkeit. Behauptungen wie „größte Trennschärfe“, „unerreichte Reichweite“ usw. könnten dann aus den Prospekten verschwinden. Sie sollte davon Gebrauch machen, um dadurch dem Händler und dem Konsumenten die Möglichkeit zu geben, die äußeren Eindrücke von dem Apparat (Klangreinheit, Äußeres) wirksam zu ergänzen.

E. Zusammenfassung

Die Marktordnung der Deutschen Rundfunkindustrie ist nach ihrer Umgestaltung in den Jahren 1933 und 1936 äußerst straff. Die Zwangsorganisation der Rundfunkwirtschaft regelt in einer großen Zahl von Einzelbestimmungen alle wesentlichen und weniger wesentlichen Punkte des Marktgeschehens. Zur Einhaltung derselben bedarf es einer Marktgerichtsbarkeit und eines laufenden Revisionsdienstes. Die Bindungen der Marktteilnehmer werden durch umfangreiche Verträge, die in kürzeren Abständen neu unterschrieben werden müssen, festgelegt.

Eine Anzahl von Marktproblemen harrt noch der Lösung. Besondere Aufmerksamkeit muß darauf gerichtet werden, das heute umfangreiche Typenprogramm auf wenige Standardtypen zu beschränken und die Preise auf einen Stand zu senken, der den Kosten der Industrie und der Händler entspricht. Dazu sollte der bevorstehende Ablauf einiger ausschlaggebender Patentverpflichtungen die Möglichkeit geben. [2955]

Inhalt	Seite
Aufsatzteil:	
Wirtschaftsauffassung und Betriebswirtschaft. Von Prof. Dr. <i>Walter Thoms</i>	321
Deutscher Flachs-anbau in den Jahren 1933/36	324
Die Braunkohlenwirtschaft der Welt und Deutschlands 1935. Von Dr. jur. <i>Hellmut Bauer</i>	325
Die Türkei als künftiges Industrieland des Nahen Ostens. Von <i>Wilhelm Kiewitt</i>	328
Archiv für Wirtschaftsprüfung:	
Selbstanfertigung oder Fremdbezug? Von Dr.-Ing. <i>H. Funke</i> <i>VDI</i>	334
Wirtschaftsberichte:	
Die deutsche Wirtschaft im Oktober 1936. Von Dr.-Ing. <i>Otto Bredt</i>	336
Wirtschaftskennzahlen	339
Maschinenindustrie	339
Nichteisenmetalle	339
Kohlenbergbau	340
Versicherung	340
Länderberichte	342
Schrifttum:	
Wirtschaftswissenschaft und politik	345
Weltwirtschaft	345
Verkehr	347
Technik und Recht	347
Aus andern Zeitschriften	348
Kartellwesen. Von Dr. <i>S. Tschierschky</i>	348
Industrieller Vertrieb:	
Die Marktorganisation der deutschen Rundfunkindustrie. Von Dipl.-Kfm. <i>Helmut Norden</i>	350